

d'Lëtzebuerger **Land**

250

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#16 65. Jahrgang 20. April 2018



5 453000 174663



4,00€

Psychologie mit Deadline

Noch steht nicht fest, wie viel Psychotherapie es von der Kasse geben soll. Denn es geht auch um die Zukunft der „Staatsmedizin“

Wechselgeld und Lehrgeld

Anders als 2013 machen sich im Wahlkampf 2018 keine Unternehmerorganisationen mehr für oder gegen die Regierungskoalition stark

Olos, Pharos & Cluster

Quel sera le déchet fiscal des fonds immobiliers de Becca, Lux et Giorgetti ?

Photo: Sven Becker

Psychologie mit Deadline

Peter Feist

Alle zur Kasse „Das ist schwierig“, sagt CNS-Vorstandspräsident Paul Schmit. Seit Januar verhandeln die Gesundheitskasse und die Fédération des associations représentantes des psychothérapeutes au grand-duché de Luxembourg (Fapsylux) über eine Konvention. Das klingt technisch, ist es aber bei weitem nicht nur: Für Gesundheitsleistungen gleich welcher Art zahlt die öffentliche Krankenversicherung erst, wenn eine Vereinigung der Gesundheitsberufler, die die betreffenden Leistungen anbieten, sich mit der CNS auf eine Konvention geeinigt hat. Anschließend werden alle, die in Luxemburg diesen Beruf ausüben, automatisch und obligatorisch Kassen-Arzt, Kassen-Krankenhaus, Kassen-Kiné und so weiter – und vielleicht demnächst Kassen-Psychotherapeut. Wenn das nicht so „schwierig“ wäre.

Abgezeichnet hatte sich das schon vor zwei Jahren. Da hatte Paul Schmit in einem Radiointerview angekündigt, die Kosten für Psychotherapien zu übernehmen, sei für die CNS nur vorstellbar, wenn sie „ärztlich verschrieben“ würden. Einerseits, weil für fast alles, wofür die Krankenversicherung aufkommt, eine Verschreibung Voraussetzung ist – ob das die Zuzahlung zu einem Medikament betrifft, eine Laboranalyse oder in einem Krankenhausbett liegen zu können. Andererseits, weil es gerade für Psychotherapie schwierig schien, abzugrenzen, wann die Krankenversicherung zu zahlen hätte und wann noch nicht. Im Juli 2015 hatte die Abgeordnetenversammlung zwar das „Psychotherapeutengesetz“ verabschiedet und dem waren fast zwei Jahre lange Debatten vorausgegangen. Doch die drehten sich vor allem darum, was Psychotherapie eigentlich sei, wie sie ausgebildet werden müsse und wer die geschützte Berufsbezeichnung tragen dürfen. Zur Krankenversicherung legt das Psychotherapeutengesetz lediglich fest, dass die auch „d'une manière suffisante et appropriée“ für Psychotherapien aufkomme, jedoch nur, wenn ein „trouble mental“ behandelt werden soll.

Am liebsten wäre dem Therapeutenverband, es würde auch präventive Therapie angeboten. Doch das verlangt er nicht gleich in der ersten Konvention, aus Rücksicht auf die CNS, die fürchtet, Psychotherapie werde für sie zu einem Fass ohne Boden

Störungen Was das ist, ist eine der Fragen, über die CNS und Fapsylux seit Januar diskutieren. Ein Streitpunkt scheint das nicht zu sein: Kapitel 5 der Diagnosen-Klassifikation ICD-10 der Weltgesundheitsorganisation WHO listet „mental, behavioral and neurodevelopmental disorders“ auf – das wären *troubles mentaux* im Sinne des Gesetzes, zu deutsch „Störungen mit Krankheitswert“. Doch festzustellen, wann eine solche Störung vorliegt und wie viel an Behandlung dagegen aufgewandt werden soll, will die CNS lieber nicht den Psychotherapeuten überlassen. Die Kasse fürchtet, die Psychotherapie könnte zu einem Fass ohne Boden werden, ähnlich wie die

Kinesitherapie, für die die Ausgaben von 33 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 71 Millionen im Jahr 2016 zunahmen. Wie groß der Psychotherapie-Bedarf im Lande ist, weiß niemand auch nur schätzungsweise. Als 2013 der Entwurf zum Psychotherapeutengesetz im Parlament eingereicht wurde, verwies dessen Motivenbericht auf Belgien, wo 2004 eine Studie ergeben habe, 10,7 Prozent der Bevölkerung hätten in jenem Jahr einen *trouble mental* entwickelt, doch nur jede dritte der betroffenen Personen habe professionelle Hilfe gesucht. Dass die Probleme in Luxemburg ähnlich groß sein könnten, darauf deutet hin, dass die Psychiater überlastet sind. „Es kann Monate dauern, einen freien Termin zu finden, und manche Psychiater nehmen keine neuen Patienten an“, weiß Fapsylux-Präsidentin Delphine Prüm.

Überlastete Psychiater – daraus folgt auch, dass „Psychotherapie auf Rezept“ rein praktisch schwer zu haben wäre. „Nicht jeder Arzt ist instande, abzuklären, ob ein Patient eine Psychotherapie braucht“, erklärt Delphine Prüm etwas, das auch Ärzte einräumen. „Auch ein Psychotherapeut kann das nicht immer schon nach der ersten Sitzung sagen.“ Da blieben nur die Psychiater – doch die sind überlastet. Dass es Psychotherapie nur über sie geben könnte, lehnt die Fapsylux aber auch prinzipiell ab: „Wir sind nicht gegen die Zusammenarbeit mit ihnen, ganz im Gegenteil, wollen aber nicht, dass sie verschreiben, wer zu uns kommen darf.“ Schließlich ist laut dem Gesetz von 2015 der Psychotherapeut ein „autonomer“ Beruf und ermächtigt, eigene Diagnosen zu stellen.

Die Idee der Fapsylux lautet, Patienten, die ein Psychotherapeut mit einer behandlungsbedürftigen Störung diagnostiziert hat, generell eine gewisse Zahl Therapiesitzungen zuzugestehen. Sind die absolviert, würde geprüft, wie es weitergehen soll, auch mit Abklärung durch den Arzt. Ob die CNS sich darauf einlässt, bleibt abzuwarten. In anderen Ländern ist die Zuerkennung von Psychotherapie durch die

öffentliche Krankenversicherung ebenfalls ein Problem. In der Schweiz gibt es Psychotherapie nur auf ärztliche Verschreibung. Im Sigmund-Freud-Land Österreich wurde darüber zwei Jahrzehnte erfolglos diskutiert und am Ende entschieden, kaum zu kontrollieren, die öffentliche Krankenkasse aber nur kleine Zuzahlungen zu den Therapiekosten tragen zu lassen. In Großbritannien beschloss 2009 die damals noch von Tony Blair geführte Regierung, massive Investitionen in den National Health Service, damit der „psychologische“ Behandlungseinrichtungen aufbaue – aber die sollten nur für Patienten mit Depressionen und Angststörungen da sein, deren Zahl nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise sprunghaft zugenommen hatte. Auch in Frankreich wurde kürzlich entschieden, nur für solche Patienten psychologische Psychotherapien von der Kasse anbieten zu lassen – aber vorerst als Pilotversuch in lediglich drei Départements.

Nicht diskriminieren Sich auf bestimmte Störungen zu konzentrieren, hielte Delphine Prüm für eine Diskriminierung: „Wieso sollte eine gravierender sein als die andere?“ Eigentlich, sagt die Fapsylux-Präsidentin, müsse Kassen-Psychotherapie ohnehin weiter reichen, als „krankheitswerte Störungen“ zu behandeln. In Deutschland wird das seit einem Jahr versucht, dort trat im April 2017 eine Neufassung der Bundesrichtlinie für Psychotherapie in Kraft; seither darf mit Geld von den Krankenkassen auch „präventiv“ therapiert werden, wenn etwa eine Depression sich anbahnt, aber noch nicht voll eingesetzt hat. „Es ist ja auch ein Unding, einem Patienten zu sagen: Ich sehe zwar, dass es Ihnen nicht gut geht, Sie schlecht schlafen und es Ihnen schwer fällt, Entscheidungen zu treffen. Sie sind aber leider noch nicht richtig krank“, meint Delphine Prüm. Das liefe auf Zwei-Klassen-Psychotherapie hinaus: Wer es sich leisten könnte, aus eigener Tasche zu zahlen, oder Kunde bei einer Privatversicherung wäre, könnte dann doch mit einer Therapie beginnen.

Doch so weit will die Fapsylux in ihrer ersten Konvention mit der CNS noch nicht gehen. Wenngleich ihre Präsidentin überzeugt ist, dass das im gesamtgesellschaftlichen Interesse wäre: „Studien haben ergeben, dass jeder in Psychotherapie investierte Euro an anderer Stelle Ausgaben von zwei bis drei Euro spart.“ Doch die Verschreibungs- und Kontrollfrage würde sich noch stärker stellen, wenn man Prävention will, und die Administration ist auch in Deutschland nicht einfach: Jede Psychotherapie muss dort bei der Kasse beantragt werden, die darüber innerhalb von drei Wochen entscheidet. In Luxemburg hielt die CNS schon vor zwei Jahren den Aufwand, sich eine eigene psychotherapeutische Expertise zu geben, für viel zu hoch.

Welche Schulen? „Wir sind nicht etwa gegen die Psychotherapie als Kassenleistung“, sagt ihr Vorstandspräsident Paul Schmit. „Weder unsere Verwaltung ist es, noch sind es die Vertreter von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden im Vorstand.“ Aber neben der Frage, wer die Tür öffnen soll für Psychotherapie von der Kasse, ist eine weitere die, welche Therapierichtungen als Kassenleistung anerkannt würden. Über „Therapie-Schulen“ sagt das Psychotherapeutengesetz nichts, das überlässt es einem Wissenschaftlichen Beirat, in dem Psychologen, Psychiater und ein Vertreter der Uni Luxemburg sitzen. Der Beirat entschied, großzügig zu sein und den Berufstitel an Vertreter vierer großer „Ansätze“ zu vergeben. Einerseits ist das die kognitive Verhaltenstherapie, zweitens die Psychodynamik, womit auch Psychoanalyse gemeint sein soll. Drittens erkannte der Beirat die systemische Therapie, die auch für Paare und Familien angewandt wird, an und schließlich die humanistische Psychotherapie, unter die verschiedene Schulen fallen.

Doch was für den Titelschutz von Therapeuten gut ist, die anschließend vielleicht auf dem freien Markt agieren, muss es nicht für eine Krankenkasse sein. In Deutschland akzeptiert die Bundesrichtlinie nur Psychodynamik und Verhaltenstherapie als Kassenleistungen. Die CNS tendiert ebenfalls in diese Richtung, weil im Sozialversicherungsbuch steht, der Patient habe Anspruch auf eine Behandlung nach den „acquis de la science“. Die Fapsylux hält dagegen, dass wissenschaftliche Studien ergeben hätten, dass für den Therapieerfolg nicht die „Schule“ entscheidend sei, sondern „andere starke Punkte, in erster Linie das Vertrauensverhältnis zwischen Therapeut und Patient“, betont Delphine Prüm.

Überall Therapeuten Dass die CNS stark auf ihr Geld schaut, wenn es um Psychotherapie geht, hat aber nicht nur damit zu tun, dass diese Leistung eine ganz neue ist und ihre Regulierung sich als nicht einfach ankündigt. Im Raum steht auch, der CNS die Ausgaben für Psychotherapie-Konsultationen zu übertragen, die schon seit 2011 in der Jugendhilfe angeboten werden und für die es ein eigenes Gesetz gibt, eigene Anforderungen an die Therapeuten, aber auch eigene Tarife, die bisher aus der Staatskasse bezahlt werden. Die Sprecherin des Bildungs- und Jugendministeriums, dem das Office national de l'enfance (ONE) untersteht, erklärt zwar, das sei lediglich „eine Piste unter mehreren und noch alles offen in dieser Frage“, aber verführerisch scheint die Idee, Psychotherapie generell von der CNS bezahlen zu lassen, zu sein. Vielleicht könnte das auch für Ministerien der Fall sein, die Einrichtungen unter Vertrag haben, die Psychotherapie schon seit langem zu Sozialtarifen anbieten und als Entgelt entweder um einen kleinen Bruchteil eines Monats-Nettoeinkommens bitten, oder um eine Spende. Schon kursieren Gerüchte, manche dieser ASBL würden von ihren Mitarbeitern verlangen, einen Antrag auf den Therapeutentitel zu stellen, ehe im Juli die Übergangsphase abläuft, in der die Anforderungen an die Kandidaten nicht ganz so hoch sind. Daher kommt es, dass die Kasse nicht genau weiß, was sie von dem Angebot halten soll, das die 301 bisher anerkannten Therapeuten darstellen: Traditionell folgt auf ein Angebot im Gesundheitswesen immer eine Nachfrage. Aber andererseits weiß auch die Kasse, dass die Psychiater überlastet sind und dass in Deutschland auch nach der letzten Reform der Regeln Engpässe herrschen: Erst letzte Woche zitierte der *Spiegel* aus einer Studie,



Der Mensch, ein emotional fließendes Wesen

Ob bis zum Sommer feststeht, wie viel Psychotherapie es von der Kasse geben soll, ist nicht sicher. Denn dabei geht es auch um die Zukunft der Luxemburger „Staatsmedizin“

nach der in Deutschland die Wartezeit auf eine Kassen-Psychotherapie im Schnitt 20 Wochen betrage.

Sicher ist es nicht, ob der Therapeuten-Dachverband und die CNS sich bis zu den Sommerferien werden einigen können. Eigentlich müssten sie das: Laut Krankenkassengesetz muss über eine neue Konvention innerhalb von sechs Monaten ein Konsens gefunden sein. Klappt das nicht, wird ein Schlichter bestellt, der dann drei Monate Zeit hat, eine Einigung herbeizuführen. Schlägt auch die Schlichtung fehl, muss der Sozialminister über eine großherzogliche Verordnung festlegen, was gelten soll.

Wer verdient was? Soweit kam es bisher noch nie, wenn es um eine Konvention ging. Doch die Psychotherapie als Kassenleistung wirft nicht nur viele Fragen auf, manche reichen so weit, dass sie einen Dienstleisterverband und die CNS überfordern und politisch werden können. Über Honorarsätze etwa haben Fapsylux und CNS dem Vernehmen nach bisher noch nicht gesprochen. Das wäre nur normal, über eine Gebührenordnung wird immer erst diskutiert, wenn die Konvention steht. Aber schon während das Psychotherapeutengesetz noch unterwegs war, beschäftigte die Luxemburger Psychologen die Frage, ob sie damit würde leben können, als Kassen-Psychotherapeuten nicht so gut bezahlt zu werden wie Psychiater, die in ihrer Gebührenordnung fast nur Psychotherapien in Rechnung stellen können.

Das ist eine ziemlich brisante Frage, die die Fapsylux-Präsidentin nicht kommentieren möchte. In der Vergangenheit aber sah nicht jeder Psychologe mit Therapeutentitel die Sache so, dass die Ausbildung zum Psychiater elf bis zwölf Jahre dauere, die zum Psychotherapeuten, Psychologiestudium inklusive, dagegen in der Regel acht Jahre und schon deshalb einem Psychiater höhere Einkünfte zustünden. Manche führten auch an, nicht alle Psychiater seien einheitlich qualifiziert für Psychotherapie – denn diese Ausbildung ist bis heute nicht in jedem Facharzt-Curriculum enthalten; es gibt Unterschiede von Land zu Land und zum Teil von Uni zu Uni. In Luxemburg, wo alle Psychiater im Ausland ausgebildet sind, wirkt sich das zwangsläufig aus (*d'Land*, 19.12.2014).

Tarife überschritten Und Gezerre um die Honorare gibt es schon. Zum Beispiel kam es vor, wie die Patientevertriebung feststellt, dass Psychiater ihren Patienten mehr auf die Rechnung schrieben, als laut Gebührenordnung erlaubt ist, und das als *convenance personnelle* mit Zusatz „CP“ deklarierten. In letzter Zeit, fügt die Patientevertriebung hinzu, sei das aber nicht mehr so. Was wahrscheinlich daran liegt, dass die CNS, wie ihr Präsident auf Nachfrage erklärt, „verschiedene Psychiater vor die Überwachungskommission der Sozialversicherung zitiert hat und dort festgehalten wurde, das muss aufhören“. Dass die betreffenden Ärzte Fakten schaffen wollten, ehe die Kassen-Psychotherapie kommt, will Paul Schmit freilich nicht behaupten. Es könne eher damit zu tun haben, dass die Gebührenordnung der



Psychotherapeuten mit Kassenvertrag dürften auch Patienten behandeln können, die nicht an „krankheitswerten Störungen“ leiden – und könnten ihr Honorar dann frei kalkulieren. Ärzte dagegen haben so viel Freiheit nicht. Doch jeder sechste bisher anerkannte Psychotherapeut ist ein Arzt

Ärzte veraltet sei, und das Psychiatrie-Kapitel sei es auch. Mit der Psychiatrischen Gesellschaft werde nun diskutiert, es neu aufzustellen.

Psychologen wiederum fiel auf, dass die Regierung zum Neujahrstag 2016 die Psychotherapie-Tarife, die in der Jugendhilfe gelten, herzhafte kürzte: Konnten bis Ende 2015 pro halbe Stunde Sitzung 86,10 Euro abgerechnet werden, waren es ab 1. Januar 2016 nur noch 57,70 Euro; seit 1. Januar dieses Jahres sind es 59,14 Euro, was vor allem an einer Indextranche liegt. Beim Psychologenverband SLP wurde vor zwei Jahren gergewöhnt, damit könnte ein Maßstab für Psychotherapeuten-Honorare geschaffen worden sein, falls eines Tages mit der CNS über eine Konventionierung verhandelt würde. Das Bildungs- und Jugendministerium hat eine andere Begründung: Die Tarife ergäben sich aus einer alle zwei Jahre durchgeführten Kostenanalyse bei den Dienstleistern und einer Erhebung des Bedarfs. Was sich daraus an Tarifen ergeben soll, werde mit dem Verbands der Sozialdienstleister, der Fedes, verhandelt.

Staatsmedizin? Noch brisanter als die Honorarfrage ist folgende: Könnte ein Psychotherapeut, der mit der CNS unter Vertrag steht, auch Patienten behandeln, deren Probleme nicht so schwerwiegend



sind, dass dafür eine Kassen-Psychotherapie nötig wäre? „Selbstverständlich“, meint Delphine Prüm, und plausibel ist das, so fließend wie die Problemlagen sein können. Doch wäre keine Kassen-Therapie nötig, gälte keine Gebührenordnung und der Therapeut könnte sein Honorar frei festlegen. Das ist nicht ganz ungewöhnlich, das kann auch ein Kinesitherapeut, falls jemand sich auf eigene Kosten massieren lässt oder der Kiné etwas anbietet, wofür es keinen Kassentarif gibt.

So viel Freiheit aber gilt nicht für die Ärzte, jedenfalls nicht offiziell. Als der Ärztesverband AMMD und die CNS ab 2013 fast zwei Jahre lang diskutierten, ob auch den Ärzten mehr Privatmedizin erlaubt werden könne, ging der AMMD das Entgegenkommen der Kasse nicht weit genug. Heute jedoch sind unter den bisher 301 anerkannten Psychotherapeuten, die beim Collège médical, der dafür zuständig ist, gelistet sind, auch 59 Ärzte. Meist sind das Psychiater, vereinzelt aber auch Neurologen und Allgemeinmediziner. Ob sie bald als Arzt, bald als Psychotherapeut arbeiten könnten, dazu verliert das Psychotherapeutengesetz kein Wort. Juristen des Gesundheitsministeriums erklärten vor drei Jahren, diese Ärzte müssten sich entscheiden, ob sie Mediziner oder Psychotherapeut sein

wollen, beides „geht nicht“. Ein Jahr später war das Ministerium der Meinung, das gehe doch.

Wenn das so ist, dann könnte ein Arzt, der auch Psychotherapeut ist, nicht nur zwei Berufe ausüben, sondern hätte auch zwei Verträge mit der CNS und könnte nach zwei Gebührenordnungen abrechnen – darunter eine, die nur für Fälle ab einem bestimmten Schweregrad gilt, während für alles andere freie Preisbildung möglich wäre. Damit hielte in die Luxemburger Medizin Einzug, wofür die AMMD vor zwei Jahrzehnten stritt und im Herbst 2000 sogar einen Tag streiken ließ, was ihr aber weder die CSV noch die LSAP geben wollten und die DP nur in Wahlprogrammen: die teilweise Dekonventionierung. Dass die CNS das in den Verhandlungen mit der Fapsylux über die Psychotherapie abwenden könnte, ist nicht sehr wahrscheinlich, denn diese Frage wäre eine grundsätzliche und damit eine politische. Mit Einführung der Kassen-Psychotherapie könnte auch der Anfang vom Ende von dem verbunden sein, was der Ärztesverband in den letzten zwei Jahren immer wieder als „Staatsmedizin“ gebrandmarkt hat, die aber noch nie eine war, sondern stets ein fragiles Gebilde, das alle möglichen Interessen austariert.

Ein Deontologie-Kodex fehlt noch

Das Tun und Lassen der Psychotherapeuten

Am Mittwoch trafen sich der Collège médical, der wissenschaftliche Beirat für Psychotherapie und der Psychotherapeuten-Dachverband Fapsylux ein erstes Mal, um über einen *Code de déontologie* für die Psychotherapeuten zu beraten. Der wird Regeln zur Berufsausübung festlegen, über deren Einhaltung der Collège médical wacht – wie der Collège auch zuständig ist für die Dentologie der Ärzte und die der Apotheker.

Die Arbeit an dem Psychotherapeuten-Kodex beginnt nicht gerade früh: Das Gesetz, das den Psychotherapeutenberuf einführt, war am 24. Juli 2015 in Kraft getreten. Darin steht, der Collège médical arbeite den Kodex aus, der Wissenschaftliche Beirat für die Psychotherapie begutachte ihn. So dass der Kodex streng genommen schon fast drei Jahre überfällig ist. Pit Buchler, der Präsident des Collège médical, verspricht denn auch, der Kodex werde „so schnell wie möglich kommen“.

Deontologie-Kodizes sind nicht etwa nur Papiertiger. In der Medizin, wie etwa auch für Anwälte oder für Journalisten, regeln sie das Disziplinarrecht für die betreffenden Beru-

fe. „Besteht ein Verdacht auf einen Verstoß, ermitteln wir regelrecht“, erklärt Pit Buchler. Verstöße kann der Disziplinarrat, der über allen Gesundheitsberufen steht, mit Rügen, aber auch mit Geldstrafen ahnden, und er kann Freiberuflern beispielsweise eine Zeitlang die Berufsausübung untersagen.

Den Verzug bei der Ausarbeitung des Kodex für die Psychotherapeuten begründet Pit Buchler damit, „dass wir eine Menge Arbeit mit der Zulassung der Therapeuten haben“. Bis Ende Juli gilt noch die dreijährige Übergangsphase: In der Zeit kann den Titel „Psychotherapeut“ auch erhalten, wer nicht Psychologe oder Arzt ist und eine Psychotherapie-Ausbildung hat. Übergangsweise kann auch anerkannt werden, wer einen anderen Grundberuf hat, aber mindestens 450 Stunden Psychotherapie-Ausbildung nachweisen kann und anschließend wenigstens fünf Jahre lang therapeutisch praktiziert hat. „All diese Dossiers durchzusehen, ist aufwändig“, sagt Pit Buchler.

Geschützt wären die Interessen der Patienten aber auch, solange der Kodex für die Psychotherapeuten noch nicht besteht. Der Meinung ist nicht nur der Präsident des Collège médical, sondern auch Gesundheitsministerin Lydia Mutsch (LSAP): „Die Anforderungen an den neuen Beruf sind streng, dadurch ist der Patient auf jeden Fall besser geschützt als zu der Zeit, als es noch kein Psychotherapeutengesetz gab.“ Die ASBL Patientevertriebung sieht das ähnlich und meint, dass es Deontologie-Kodizes für andere Gesundheitsberufe gibt, habe zu einer „Tradition in der Disziplin“ im Gesundheitswesen generell geführt. Und sie vertraut darauf, dass Psychotherapeuten „in ihrer Ausbildung darin geschult werden, wo ethische Grenzen für sie liegen“. Außerdem war Luxemburg im Gesundheitsbereich lange ganz ohne Disziplinarregeln: Bis 1991 gab es keinen Deontologie-Kodex für die Ärz-

te, bis 2010 keinen für die „certaines professions de santé“, womit alle gemeint sind, die keine Ärzte sind – bis auf die Apotheker, die erhielten ihren Kodex 2011. „Besteht kein *Code de déontologie*, gilt das Gewohnheitsrecht“, sagt Pit Buchler.

Dass es für die Psychotherapie aber so manches zu regeln geben könnte, darauf deutet der Deontologie-Kodex hin, den die Psychologische Gesellschaft (SLP) in den Neunzigerjahren für die Luxemburger Psychologen aufgestellt hat: Das mit drei Anhängen gut neun Seiten lange Dokument trifft zum Beispiel viele Festlegungen, die mit dem Vertrauensverhältnis zwischen Psychologen und Klient in Verbindung stehen. Am ungeduldigsten wartet auf den Kodex für die Therapeuten vielleicht die CNS: In *Codes de déontologie* für mit der Kasse per Konvention verbundene Berufe steht auch, dass deren Regeln eingehalten werden müssen, und wer das nicht tut, begeht einen Disziplinarverstoß. Am liebsten hätte die CNS es gesehen, der Kodex hätte schon bestanden, ehe sie im Januar mit dem Psychotherapeuten-Dachverband über eine Konvention zu verhandeln begann.

Den Patienten wäre freilich auch damit gedient, wenn über das Tun und Lassen der Psychotherapeuten öffentlich besser informiert würde: Welchen Behandlungsansatz jeder anerkannte Therapeut verfolgt und welcher „Schule“ er angehört, und was darunter überhaupt zu verstehen ist – darüber gibt es weder beim Collège médical noch beim Gesundheitsministerium einfach abrufbare Informationen. Die Unklarheit, die über den Beruf herrscht, ist heute kaum kleiner als vor dem Psychotherapeutengesetz, das die Leute eigentlich vor „Scharlatanen“ in Schutz nehmen und für Psychotherapie von hoher Qualität sorgen sollte. „In der Tat“, räumt die Gesundheitsministerin ein, und teilt mit, das Portal *sante.lu* werde derzeit um diese Informationen ergänzt. pf

Auch ohne Code de déontologie seien die Patienteninteressen ausreichend gewahrt, sagen Gesundheitsministerin und Patientevertriebung

Leitartikel

Mission Accomplished!

Romain Hilgert

Am Dienstagmorgen dieser Woche trafen Inspektoren der Organisation für das Verbot chemischer Waffen im syrischen Duma nahe Damaskus ein, um Vorwürfen nachzugehen, die syrische Armee habe dort am 7. April drei Dutzend Menschen bei einem Giftgasangriff getötet. Um den Inspektoren der von 192 Staaten getragenen Organisation zuvorkommen, beschoss drei Tage früher die US-Armee mit Unterstützung der britischen und französischen Armeen drei als Chemiewaffenlabors bezeichnete Anlagen in Syrien. Da die Bombardierung der drei Anlagen ohne Beschluss des Weltsicherheitsrates erfolgte, war sie völkerrechtswidrig. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreich übergingen – neben ihren jeweiligen nationalen Parlamenten – den Weltsicherheitsrat, weil sie dort das Veto verschiedener Mitgliedstaaten befürchteten. Aber das ist nun einmal der Sinn eines Vetorechts, um so mehr als der Weltsicherheitsrat auch schon einmal einen US-Außenminister eine Ampulle mit irakischen Massenvernichtungswaffen schwenken sah, die es gar nicht gab.

Der Erfolg der Militäraktion ist zweifelhaft, wenn man ihn an daran misst, ob die syrische Armee künftig in der Lage ist, Chemiewaffen zu produzieren oder einzu-

setzen. Denn nach der Zerstörung der Anlagen wurde weder von Toten oder Verletzten, noch vom Austritt von Chemikalien berichtet, so dass nicht einmal klar ist, ob die Labors überhaupt in Betrieb waren. Die Angriffsziele schienen vielmehr so ausgewählt worden zu sein, dass sie möglichst weit entfernt von Stützpunkten der russischen Armee und iranischer Truppen lagen, um jeden militärischen oder diplomatischen Kollateralschaden zu vermeiden. Zum Dank sahen die russischen Truppen regungslos zu.

Die US-Regierung hätte mit dem Angriff schon gerne zeigen wollen, dass sie der letzte verbliebene Weltgendarm ist, aber ihr fehlen die Mittel dazu. Der Versuch, eine Opposition zum Sturz der Regierung in Damaskus auf die Beine zu stellen und zu bewaffnen, ist dem Kampf gegen islamische Gotteskrieger und dem Kampf des Nato-Partners Türkei gegen die Kurden zum Opfer gefallen. Dagegen will die russische Regierung nach dem Regimewechsel in Irak und Libyen, dem sie ohnmächtig zusah, nicht auch noch ihren syrischen Verbündeten und ihre Stützpunkte am Mittelmeer opfern, sondern wieder eine Rolle im Nahen Osten spielen.

Über das verständliche Entsetzen angesichts eines möglichen Giftgasangriffs hinaus ist die Luxemburger Regierung, wie immer, hin und her gerissen. Selbst in der stets so atlantischen DP sterben die alten Kämpfer langsam aus, die als Dank für die Befreiung im September 1944 den USA blind vertrauten. Präsident Donald Trump hat das Ansehen der USA so weit heruntergewirtschaftet, dass selbst den Kalten Kriegern in der CSV und im *Luxemburger Wort* das Lob für jede Militäraktion des mächtigen Verbündeten nicht mehr leicht über die Lippen kommt. Ihnen allen ist inzwischen eine neue Generation gefolgt, die statt eines neuen Kalten Kriegs mit Russland lieber verstärkte Wirtschaftsbeziehungen unterhält.

So fällt dem militärischen Abenteuer der drei innenpolitisch unterschiedlich geschwächten Regierungen in Washington, London und Paris vor allem eine symbolische Bedeutung zu, das heißt sie drückt den größtmöglichen Zynismus aus: Der seit sieben Jahren wütende Bürgerkrieg in Syrien darf ihrer Auffassung nach unbegrenzt weitergehen, so lange dabei auf Senf- und Chlorgas verzichtet wird. Und er geht so lange weiter, wie sie sich weigern, zusammen mit der syrischen, russischen und iranischen Regierung eine Lösung zu seiner Beendigung zu suchen.

Mit der Journalistin Ines Kurschat übernahm am Montag erstmals ein Redaktionsmitglied des *Lëtzebuurger Land* den Vorsitz des Presserats. Der 1979 durch Gesetz geschaffene Rat ist ein paritätisch mit Verlegern und Journalisten besetztes Selbstregulierungsorgan, das unter anderem Pressekarten an Berufsjournalisten vergibt. Ines Kurschat tritt an der Spitze des Presserats die Nachfolge von Sankt-Paulus-Direktor Paul Peckels an. Den Vorsitz übernehmen alle zwei Jahre abwechselnd Verleger und Journalisten. rh.

Guy Jallay/Conseil de presse



blog

Personalien

Politik

Gesellschaft

Gesellschaft

Soziales

Medien

Xavier Bettel,

Premierminister (DP), verliert am kommenden Dienstag seine letzte Erklärung zur Lage der Nation vor dem Parlament. Die Debatten darüber sind für Mittwoch und Donnerstag vorgesehen. Sie sind neuerdings Teil des Europäischen Semesters, in dessen Rahmen die Regierung ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm an die Europäische Kommission schickt. Finanzminister Pierre Gramegna (DP) stellt dem parlamentarischen Finanz- und Haushaltsausschuss das Programm ebenfalls am Dienstag vor. Vergangenes Jahr hatte Xavier Bettel seine Erklärung zur Lage der Nation abgebrochen und aufgeschoben, weil die Tonverbindung zur Übertragung der Rede über Radio und Internet zusammengebrochen war. rh.

Jean-Claude Juncker,

dritter Vorsitzender der Europäischen Kommission aus Luxemburg, ist dabei, den unschönen Eindruck zu bekräftigen, dass seine Landsleute nicht unbedingt den Aufgaben an der Spitze der EU-Exekutive gewachsen sind. Das Europaparlament warf ihm am Mittwoch in einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution vor, die Vorschriften „großzügig ausgelegt“ und „möglicherweise sogar gegen sie verstoßen zu haben“, als er in einer „handstreichartigen Aktion“ seinen Kabinettschef Martin Selmayr binnen Minuten zum Generalsekretär der Kommissison befördert hatte. Christdemokraten und Sozialdemokraten verhinderten aber weitere Konsequenzen und damit eine zusätzliche Krise in der Union. rh.

Schlaumeier

Seltsam war es schon, dass die Abgeordnetenversammlung am Mittwoch der Landesplanung eine fünfstündige Orientierungsdebatte widmete, denn eine solche hatte schon vor drei Jahren stattgefunden. Aber einen Tag später sollte noch groß über Mobilität diskutiert werden, und beide Hochämter dienten Landesplanungs- und Transportminister François Bausch (Grüne) auch zur Begegnung mit der größten Oppositionspartei. Inhaltlich, so zeigte sich, liegen CSV und Regierung gar nicht so weit auseinander; politisch nahm der CSV-Abgeordnete und frühere Innen- und Landesplanungsminister Michel Wolter den heutigen Minister Bausch eher in Schutz, während er anderen Ressorts bescheinigte, einer kohärenten Politik zur Entwicklung des Landes nicht immer zuzuarbeiten. Aber das sei schon immer so gewesen, so Wolter, und infrage gestellt habe das schon sein IVL-Konzept vor 15 Jahren. pf

Und die Mieter?



Was das deutsche Bundesverfassungsgericht beschließt, muss Luxemburg nicht unbedingt interessieren. Dass es vor zwei Wochen urteilte, in Deutschland sei die Grundsteuer nicht verfassungskonform, ist zumindest bedenkenswert, denn seit der Nazi-Okkupation hat Luxemburg dasselbe System. Interessant ist, dass in der Debatte, die in Deutschland zum Thema nun angehoben hat, die Sorge laut wird, eine reformierte Grundsteuer könne die Mieten nach oben treiben, da zumindest manche Hausbesitzer die höhere Steuerlast auf die Mieten umlegen dürften. Das war in Luxemburg noch nie ein Thema, ist aber typisch für ein Land, in dem Mieter entweder als Sozialfälle oder als sich nur zeitweilig hier aufhaltende Expats gelten. pf

Bevölkerungswachstum

Seit dieser Woche ist es amtlich: am 1. Januar dieses Jahres war Luxemburg dank eines Überschusses von 10 548 Einwanderern und 1 911 Geburten sowie der Aussonderung von 1 121 Karteileichen aus dem nationalen Personenregister ein „600 000-Einwohnerstaat“. Laut Statec war man anscheinend zu genau 602 005, so viel wie in Antwerpen oder Düsseldorf. rh.

Tödliche Kontrollen

Bei Verkehrskontrollen verloren gleich zwei Menschen innerhalb einer Woche ihr Leben. Am Mittwoch erschoss laut Staatsanwaltschaft ein Polizeibeamter einen 51-jährigen Niederländer in Bonneweg, der sich einer Kontrolle entzog, weil er trotz Fahrverbots unterwegs war. Der Beamte fürchtete, von dem flüchtenden Fahrer überrannt zu werden. Im Juni 2015 war eine Polizistin bei einer Kontrolle von einem betrunkenen Fahrer angefahren und getötet worden. In der Nacht zum Samstag flüchtete ein 37-jähriger Unternehmer bei Lausdorn ebenfalls vor einer Polizeikontrolle, weil er nach Angaben seines Anwalts am Abend Alkohol getrunken hatte. Bei der Suche nach dem Flüchtigen kollidierten zwei Polizeifahrzeuge, ein Beamter kam dabei ums Leben, eine Beamtin wurde lebensgefährlich verletzt. Nachdem die Polizei zuerst einen Unschuldigen verhaftet hatte, sitzt der Fahrer inzwischen wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung in Untersuchungshaft. Der Minister für innere Sicherheit, Etienne Schneider (LSAP), und Polizeidirektor Philippe Schrantz bestritten inzwischen in verschiedenen Interviews, dass die Personalpolitik der Polizei zu einem Mangel an gut ausgebildeten und erfahrenen Beamten führe. Sie führten die Zwischenfälle vielmehr auf den fehlenden Respekt vor der Uniform zurück. rh.

Diskriminierend

Zwar verbietet das Arbeitsgesetzbuch in Artikel 251-1 biologische und ideologische, nicht aber soziale Diskriminierungen, doch Artikel 252-1 erlaubt es Kirchen, Beschäftigte aus religiösen Gründen zu diskriminieren beziehungsweise nicht einzustellen. Diese Ausnahme könnte nun durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Dienstag in Frage gestellt werden, das vielleicht zu einer weiteren Trennung von Kirche und Staat ermuntert. Denn die Richter auf dem Kirchberg gaben einer Klägerin gegen die Evangelische Kirche in Deutschland teilweise Recht, weil der 22 Millionen Gläubige beanspruchende Kirchenverband eine Beraterstelle nur für Kirchenmitglieder ausgeschrieben hatte. Anders als die Staatsanwaltschaft verlangt hatte, verzichteten die Richter aber auf die Herstellung von Rechtssicherheit und fanden, dass jeweils im Einzelfall zwischen Arbeits- und kanonischem Recht entschieden werden soll. rh.



Et vlan !



Die Anzeigenkrise in der Presse macht auch nicht vor den Anzeigenblättern Halt. Seit dieser Woche trägt die demnächst 50-jährige Gratiszeitung *Luxpost* schon wieder einen neuen Namen. Vor drei Jahren hatte sie unter dem Konkurrenzdruck anderer Gratis- und Anzeigenblätter versucht, mit Veranstaltungskalendern eine neue Leserschaft zu finden, und war in *Live in Luxembourg* umgetauft worden. Das Blatt, das vom *Tageblatt*-Verlag Editpress und dem zur belgischen Rossel-Gruppe gehörenden wallonischen Gratiszeitungsverlag Vlan herausgegeben wird, hat wieder sein Format vergrößert und heißt nun *Vlan. Lux-Post Luxembourg*. Es erscheint nach eigenen Angaben in einer Auflage von 146 500 Exemplaren. rh.

Anders als 2013 machen sich im Wahlkampf 2018 keine Unternehmerorganisationen mehr für oder gegen die Regierungskoalition stark

Wechselgeld und Lehrgeld

Romain Hilgert

Um den Paketversand zu standardisieren, verkauft die Post vorgestanzte Pappe, die sich zu Kartons falten lässt. Damit die Pappe begehrenswert erscheint, hat sie die Kartons modisch „Postpack“ getauft. Anfang Januar füllte ein halbes Dutzend junger Funktionäre der Handelskammer solche Kartons mit ihren im Laufe der Legislaturperiode verfassten Aufsätzen. Die 16 Aufsätze handelten von Arbeitsplätzen, Start-ups, Forschung und Entwicklung, der Produktivität, dem Wohnungsbau, der Sozialversicherung, der Energiepolitik und was sonst noch den Unternehmen am Herzen liegt.

Die Pakete gingen an die politischen Parteien und ihnen lag ein Begleitschreiben im Namen der Fondation Idea bei. Darin hieß es, die bevorstehenden Wahlen ließen auf einen vielversprechenden Austausch schließen. Gäbe es da nicht einen Haken, „la motivation des candidats est sans doute au rendez-vous mais qu'en est-il de l'inspiration?“ Weil es den künftigen Abgeordneten offenbar an Einfallreichtum mangelt, kündigten die Unterzeichner großzügig an, die Parteien bei ihren Diagnosen und der Suche nach Lösungen zu unterstützen. Wobei die gesammelten Aufsätze im *Postpack* nur einen Vorgeschmack bieten sollten auf Themenhefte, die Idee in nächster Zeit als programmatische Vorschläge für die Kandidaten und künftigen Mandatsträger veröffentlichen will.

Die Fondation Idea, die sich zwar Stiftung nennt, aber ein Verein ohne Gewinnzwecke ist, ist die Nachfolgeorganisation der Initiative *2030.lu Ambition pour le futur*, die von der Handelskammer im März 2012, während der sich anbahnenden Regierungskrise, gegründet worden war. Mit kostspieligen Großveranstaltungen, Meinungsumfragen, Arbeitsgruppen, Videoclips, Web- und *Facebook*-Seiten, Broschüren, einem Buch und zwei Werbeagenturen hatte „Zwanzeg-drësseg“ für die Abwahl der CSV/LSAP-Regierung mobilisiert.

Ende Juli 2013 hatte die Initiative den politischen Parteien eine Schrift mit dem Titel *Pour un chan-*

gement à hauteur de nos ambitions. Le Luxembourg à l'horizon 2030: Des défis, une ambition... et des solutions! zugestellt. Darin hatten die Autoren mit möglichst spritzigem Stil den Nachweis zu erbringen versucht, dass es in der Bevölkerung ein „plébiscite en faveur du changement“ gebe.

Vor der Initiative der Handelskammer hatte schon eine Handvoll liberaler Unternehmer mit unterschiedlichen Parteikarten einen alarmistisch *5 vir 12* getauften Verein gegründet, der einen „Sinneswandel unter der Bevölkerung/Wählerschaft“ herbeiführen sollte. Ob *2030* oder *5 vir 12*, sie alle waren der CSV/LSAP-Koalition überdrüssig, eines Jean-Claude Junckers, der ihrer Meinung nach die Lust am Regieren verloren hatte, einer LSAP, die sie für gewerkschaftshörig hielten, einer Tripartite, die ihnen keinen Nutzen mehr brachte.

In den Wahlen nach der Regierungskrise von 2013 sahen die Unternehmer eine einzigartige Gelegenheit, um nach der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem „Reformstau“ von CSV und LSAP einen liberalen Reformschub durchzusetzen: weltoffen, exportorientiert, energieeffizient, mit einem karitativen Sozialstaat, niedrigen Steuern und hochflexiblen Arbeitskräften, deren Produktivität sie bis 2030 verdoppelt haben wollten. Um diese einzigartige Gelegenheit nicht zu verpassen, mischten sie sich so offen in den Wahlkampf ein, wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Bis dahin hatten sich Unternehmerverbände meist darauf beschränkt, vor den Wahlen Forderungskataloge vorzulegen, um die Lohn- und Staatsquote zu senken, und dann nach den Wahlen darauf zu vertrauen, dass ihnen die CSV und deren abwechselnde Koalitionspartner mit Standortpatriotismus gerechtfertigte Zugeständnisse machen. Dabei zeigten sie sich in der Regel betont unparteiisch, weil es nicht nur liberale, sondern auch christkatholische und sogar einige sozialdemokratische und neuerdings grüne Unternehmer gibt. Aber auch weil sie ihre Forderungen nicht aus Eigennutz, sondern



Pierre Gramegna (DP), Nicolas Buck (Fedit), Xavier Bettel (DP)

stets im höheren Interesse des Wirtschaftsstandorts und der Allgemeinheit erheben wollten.

Um so auffälliger war, wie Unternehmerorganisationen 2013 ihre parteipolitische Zurückhaltung plötzlich aufgaben und für eine Abwahl der CSV/LSAP-Koalition sowie für einen Regierungswechsel vor allem zugunsten der DP warben. Mit der Wahlniederlage der CSV und der Bildung einer liberalen Reformkoalition, an deren Koalitionsprogramm Unternehmensvertreter mitschrieben, waren die Anstrengungen von Initiativen wie *2030.lu* und *5 vir 12* belohnt worden. Einen Monat nach den Wahlen löste die Handelskammer *2030.lu* auf und gründete etwas später, aber weitgehend mit demselben Personal, die Fondation Idea. *5 vir 12* hörte nach getaner Arbeit ganz auf, die Internetadresse hat inzwischen ein Schuhgeschäft übernommen. Ein Versuch verschiedener Unternehmer, die Regierung im Referendum 2015 zu retten, geschah nur halbherzig. Dabei war es die Handelskammer, die Anfang Februar 2013 die bis dahin utopisch klingende Idee des legislativen Ausländerwahlrechts salonfähig gemacht hatte. Aber welcher Investor will schon schlechtem Geld gutes nachwerfen?

Vergangene Woche stellte Idea einen Jahresbericht *2018: l'Elue?* vor, der neben einem lebhaften Plädoyer für Wirtschaftswachstum einen fünfseitigen Forderungskatalog für die nächste Legislaturperiode enthält. Er reicht erneut von der industriellen Diversifizierung über die Produktivitätssteigerung bis zur Senkung der Unternehmensbesteuerung, von der Förderung der Forschung und Entwicklung über die Landesplanung und die Anpassung der Ertragsquote der Altersrenten bis zur Minderung der Ungleichheiten zwischen den Lohnabhängigen und zum ökologischen Umbau. Ein langes Kapitel macht Vorschläge zur Senkung der Staatsausgaben.

Aber anders als 2013 machen sich heute keine Unternehmerorganisationen mehr für oder gegen die Regierungskoalition stark. Sie wollen nicht wieder für einen Wechsel plädieren, weil der irgendwie die Rückkehr zu den Verhältnissen vor 2013 bedeuten würde. Die Wählerbefragungen lassen es zudem als unvermeidbar erscheinen, dass nach dem „Wiessel mam Wiseler“ die CSV den nächsten Regierungschef stellt. Deshalb wollen die Unternehmer es sich nicht schon im Voraus mit dem CSV-Kandidaten verderben und ihn lieber im kleinen Kreis auf die richtige Bahn setzen. Denn bald bemüht sich Claude Wi-

Einen Monat nach den Wahlen löste die Handelskammer *2030.lu* auf und gründete Idea, *5 vir 12* hörte ganz auf, die Internetadresse hat inzwischen ein Schuhgeschäft übernommen

seler, mindestens ebenso viel Verständnis für die Anliegen der Exportwirtschaft zu zeigen wie die DP, bald gibt er sich als Wachstumskritiker lieber regressiv und protektionistisch – was manchen mittelständischen Unternehmern nicht unbedingt missfällt.

Bei vielen Unternehmern ist aber die Begeisterung verfliegen, die sie anfangs DP, LSAP und Grünen entgegenbrachten. Nach den ersten Rückschlägen hat sich der Reformeifer der Re-

gierung beruhigt. Die Mehrheitspolitiker haben sich daran erinnert, dass sie auch wiedergewählt werden wollen, und deshalb nicht bloß Unternehmerinteressen vertreten können. Deshalb haben sie längst nicht alle Forderungen des 2013 von den Unternehmerorganisationen vorgelegten Reformprogramms erfüllt.

Von den Mitteln zur Verdoppelung der Produktivität, die *2030.lu* vor fünf Jahren verlangt hatte – Flexibilität des Arbeitsmarkts, Deregulierung der Warenmärkte, höhere Investitionszuschüsse –, von Einsparungen bei der Kranken- und Altersversicherung haben insbesondere die zuständigen LSAP-Minister weniger durchgesetzt, als ihre liberalen Anhänger erwartet hatten. Die finanzpolitische Disziplinierung mittels eines von *2030.lu* verlangten einprozentigen Haushaltsüberschusses hatte die Regierung vor zwei Jahren unter dem Druck ihrer unzufriedenen Wähler überraschend aufgegeben. LSAP-Wirtschaftsminister Etienne Schneider und die Handelskammer kauften zwar bei dem amerikanischen Futurologen Jeremy Rifkin eine glitzernde Verpackung, um ein neues neoliberales Wirtschaftsmodell ökologisch statt sozialpartnerschaftlich zu legitimieren, aber mit dem entsprechenden Packungsinhalt ist in dieser Legislaturperiode und mit dieser Koalition nicht mehr zu rechnen.



René Winkin (Fedit), Claude Wiseler (CSV), Robert Dennewald (Fedit), Marc Spautz (CSV)



Abschiedsveranstaltung von *2030.lu* (oben) und Post von Idea für die Parteien (unten)

Oublier les trahisons

josée hansen

« Mille neuf cents et... cinquante et quelques il me semble... » Si Taina Bofferding, contrairement à certains de ses pairs, est incolable sur la valeur actuelle du salaire social minimum – « ça, c'est pour non-qualifiés » précise-t-elle –, c'est probablement aussi parce qu'elle représente le volet syndical du LSAP. Au sortir de ses études en sociologie à Trèves, elle est engagée par l'OGBL et y participe au lancement de la section jeunes, « ce qui était très chouette », jusqu'à ce qu'elle démissionne en 2016 parce qu'elle veut se concentrer sur son travail politique (elle est entrée au parlement en décembre 2013). Depuis, elle est femme politique à plein temps, députée et conseillère communale. Pour ce portrait, nous avons rendez-vous à la Librairie Diederich à Esch-sur-Alzette, parce qu'elle adore lire, dit-elle, et qu'elle adore sa ville. Il fait beau, elle est printanière : les sequins verts sur le col de son chemisier blanc léger reprennent la couleur de ses yeux et de son fard à paupières. Elle porte les cheveux en un carré châtain depuis quelque temps – sur les photos d'archives, on la voit aussi brune. « Taina Bofferding est une excellente collègue, avec laquelle j'adore travailler, affirme son confrère député Marc Angel (LSAP). Elle est très engagée, assidue et travailleuse. Pas du tout du genre diva, au contraire, elle est serviable et gentille. » Ce qui frappe durant l'entretien, c'est son professionnalisme : elle est prolixe sur de nombreux sujets, a toujours une réponse (parfois de politicienne), qu'elle explique avec un grand sourire, un regard ouvert et beaucoup d'enthousiasme.

« **Gemauschels** » Pourtant, à seulement 35 ans, elle en a connu, des déceptions en politique. Il y a d'abord eu ce fameux 15 janvier 2014. Lydia Mutsch, jusque-là maire socialiste de la ville d'Esch, vient d'entrer au gouvernement Bettel/Schneider/Braz en tant que ministre de la Santé. Véra Spautz, deuxième élue aux communales de 2011, lui succède tout naturellement. Mais qui prendra alors le poste d'échevin devenu vacant ? Taina Bofferding semblait prédestinée, cinquième élue derrière les deux autres échevins Jean Tonnar et Henri Hinterscheid. « Tellement de gens du parti m'ont dit que j'avais leur support, que j'allais être une excellente échevine », se souvient-elle aujourd'hui. Mais c'était sans compter le « Gemauschels » interne, les manigances de Dan Codello, prochain élu, avec 119 voix de moins qu'elle. La section eschoise organise un vote secret – et c'est Codello qui l'emporte. « Ça m'a vraiment fait mal, raconte-t-elle. Pas seulement parce que je m'étais préparée à prendre cette responsabilité et que je m'y voyais bien, mais surtout parce que je me suis demandée qui m'avait trahie de tous ces gens qui disaient me soutenir. Après, je ne savais plus à qui faire encore confiance... » Certains collègues trouvaient par exemple qu'elle était trop jeune encore, trop inexpérimentée car arrivée seulement trois ans plus tôt au conseil communal, alors que les autres y étaient souvent depuis quatorze ans. « Mais je leur répondais que chacun avait le droit de prouver ce qu'il sait faire, qu'il fallait un renouveau... » En guise de consolation, elle devient alors présidente du groupe politique au conseil communal.

Et l'histoire allait lui donner raison, au sujet du besoin de renouveau. Car la deuxième grande déception, qui lui a aussi « fait mal », c'est le 8 octobre 2017 et le désastre des élections communales à Esch, lors desquelles les socialistes perdent presque onze points de pour cent (à 27,86 pour cent des suffrages) et chutent de neuf à six mandats. « C'était un choc, parce que nous ne l'avions pas vu venir dans cette envergure-là ». D'ailleurs, estime-t-elle avec le recul, c'est faux de dire que le CSV a gagné ces élections... En réalité, c'est nous qui les avons perdues. » Le CSV sous un Georges Mischo



Taina Bofferding lors de l'entretien, mercredi, dans une librairie. Son prénom, d'origine finlandaise, lui vient d'un livre que sa mère avait bien aimé



aussi triomphateur qu'inconnu monte très vite une coalition à trois, avec le DP et les Verts et surtout *contre* le LSAP – comme une revanche locale de ce qui est toujours ressenti comme un coup bas par certains membres du CSV, la coalition gouvernementale DP/LSAP/Verts de 2013. Le LSAP est comme assommé – il tenait le pouvoir à Esch sans interruption depuis 1978, quatre ans avant la naissance de Taina Bofferding. Puis, comme un coup du destin ne vient jamais seul, Dan Codello claque la porte du parti (en gardant toutefois son mandat) – et l'apocalypse est parfaite.

D'LSAP nei denken ! Taina Bofferding s'attend alors à ce que le parti sonde les raisons profondes de cette débâcle électorale, mais les choses vont

moins vite que ce qu'elle et certains de ses jeunes collègues d'autres communes ou ayant d'autres mandats imaginaient. Parce que le LSAP a perdu partout (ou presque) cette année-là. « Nous étions frustrés parce que ce débat interne n'a pas eu lieu (son « *mär* » pour « nous » est bien large, bien minette). Imaginez-vous que certains d'entre nous n'avaient vécu que des élections perdues, une descente permanente de nos résultats à toutes les élections, depuis que nous nous étions engagés... » Cette frustration, ils veulent la transformer en un appel d'urgence. Avec les députés Franz Fayot, Tess Burton et Claudia Dall'Agnol et les jeunes membres, mandataires et candidats Gabriel Boisanté, Joanne Goebels, Christophe Schiltz, Jimmy Skenderovic, Bob Steichen et Sammy Wagener, elle signe la tribune libre

Oui, il est possible de trouver des femmes, et même des jeunes femmes, qui soient prêtes à s'engager comme Taina l'a fait à 22 ans, lorsqu'elle a rejoint le LSAP. Et oui, ces femmes ont les mêmes qualités, compétences ou défauts que les hommes

« D'LSAP nei denken ! D'LSAP nei opstellen ! » parue au *Tageblatt* le 6 janvier de cette année. Et c'est la zizanie ! Les pontes du parti prennent très mal ce texte pourtant inoffensif, qui demande juste que le LSAP tire les bonnes leçons des dernières élections, regarde à nouveau de l'avant et développe des visions pour la société luxembourgeoise du XXI^e siècle, qu'il n'oublie pas ses bases – de gauche –, ni ses militants, dont beaucoup disent ne plus comprendre le profil des socialistes. Etienne Schneider notamment, le ministre de l'Économie, vice-Premier ministre et déjà tête de liste pressentie pour les législatives, le prit très, très mal, comme une critique personnelle à son encontre. Or, « nous ne sommes pas un groupe de révolutionnaires, mais juste des gens qui pensaient pareil à ce moment-là et voulaient changer quelque chose », explique Bofferding.

Mais comme le temps guérit toutes les blessures – et que les élections approchent –, il faut resserrer les rangs, avancer. Fin mars, la section eschoise a fait le grand bond et rajeuni sa présidence : Taina Bofferding, à laquelle ce poste avait été promis – elle était la deuxième élue, derrière Véra Spautz, en octobre 2017 –, a cette fois eu gain de cause. Elle fut élue présidente de la section et remplace Fritz Remackel, en place depuis douze ans et qui a presque deux fois son âge (63 ans). Tout le comité est d'ailleurs remplacé par des trentenaires et des quadragénaires. « Je dois dire que la concurrence n'est plus là désormais (depuis le départ de Codello, ndr.), tout le monde est bienvenu pour se joindre à nous et pour travailler avec nous ! » sourit-elle. Que désormais, le LSAP Esch est à nouveau une équipe unie et se sent comme telle. « Je voulais une coupure nette avec ce qui s'est passé, et je crois que nous y sommes arrivés. » Désormais, l'attention du LSAP Esch se portera sur la nouvelle majorité locale, que le parti suit avec un regard très critique, « on va voir ce qu'ils vont changer de tous nos projets qu'ils ont tellement critiqués... Jusqu'à présent, ils n'ont été que dans la continuité », constate Taina Bofferding. Pour *Esch 2022, capitale européenne de la culture*, elle n'a pas hésité une seconde pour apporter son soutien aux coordinateurs Janina Strötgen et Andreas Wagner et regrette que le dossier soit désormais si politisé. « J'adore l'idée d'habiter une capitale européenne de la culture », à ses yeux une chance pour moderniser cette ancienne ville ouvrière, qui abrite aussi l'Université du Luxembourg.

Féministe ! Le « oui ! » très affirmatif est très net quand on lui pose la question si elle est féministe. Taina Bofferding sait que son parti n'est vraiment pas le champion du féminisme en politique – elle éclate de rire quand on lui fait la remarque –, mais se réjouit qu'il ait réussi à atteindre les quarante pour cent de candidates sur ses listes (comme la loi l'y encourage). « C'est dommage que nous ayons encore à en discu-

ter, mais au moins, les discussions sont moins hostiles aujourd'hui », constate-t-elle. Car oui, il est possible de trouver des femmes, et même des jeunes femmes, qui soient prêtes à s'engager comme Taina l'a fait à 22 ans, lorsqu'elle a rejoint le LSAP. Et oui, ces femmes ont les mêmes qualités, compétences ou défauts que les hommes. « C'est peut-être aussi parce que, avec moi, Tess Burton et Claudia Dall'Agnol, le LSAP prouve que de jeunes femmes peuvent tout à fait avoir leur place et participer à la prise de décision ».

Contrairement à beaucoup de consœurs un peu plus âgées, Taina Bofferding n'a pas choisi des sujets plus « soft » à la Chambre des députés. Elle se spécialise sur la sécurité sociale, les institutions et la révision constitutionnelle, le travail, l'enseignement supérieur et la culture. Plus la politique familiale, « qui serait alors peut-être un sujet plus *soft* comme vous l'entendez ». Mais elle s'y intéresse parce qu'il lui importe que le LSAP surveille la compatibilité entre vie familiale et vie professionnelle. « Dans ma génération, dit-elle, il n'y a plus beaucoup de femmes qui décident d'abandonner leur travail une fois qu'elles ont des enfants. Il faut que la société soit prête à les accompagner, qu'il y ait des places dans les maisons-relais par exemple ». Elle-même a une famille recomposée, son mari a deux enfants, elle sait donc ce que ça veut dire de vouloir concilier vie professionnelle à plein temps et besoins des enfants. Elle est aussi l'aînée d'une fratrie de trois, élevée par une maman monoparentale qui enchaîna les petits boulots pour faire vivre la famille. « Le travail en tant que députée est très excitant, explique-t-elle, mais en même temps très prenant : il n'y a pas vraiment d'horaires, j'ai des obligations presque tous les soirs et je considère que c'est normal que je travaille aussi le week-end. » Il faut préparer les dossiers, lire les textes des projets de loi et les nombreux avis afférents. « Nous pouvons être fiers que le LSAP ait des jeunes comme Taina qui soient prêts à s'investir dans ces sujets sociaux complexes », trouve encore Marc Angel.

Taina Bofferding serait presque trop parfaite, se dit-on. Sur les réseaux sociaux, sur son blog *tainabofferding.lu* (pas très actuel), on la voit rayonnante, sur des images photoshopées à mort, dents blanches étincelantes et regard au loin. Sa beauté, racontent des membres du parti, lui vaudrait aussi beaucoup de jalousies. Alors on est presque rassuré de voir son commentaire « Domm Kou ! » sur Twitter, à l'encontre de la vice-présidente du parti populiste allemand AfD, le jour de l'attentat de Münster (von Storch avait établi un lien entre le chauffard fou et la politique d'intégration du gouvernement, alors que l'homme était Allemand). *Domm Kou !* comme connasse, c'est le genre d'insulte qu'on a l'habitude d'entendre dans la bouche d'un *Escher Meedcher*, fut-elle députée et élue locale.

À 35 ans, Taina Bofferding vient d'être élue présidente de la section eschoise du LSAP. Elle symbolise le renouveau des socialistes qui cherchent à éviter une nouvelle débâcle en octobre. Portrait

Sammelklagen in der EU

Jeder für sich



Der Ruf nach Sammelklagen – die EU-Kommission spricht lieber von Gruppenklagen – wurde nach dem Dieselskandal lauter

Martin Theobald

Als vom Facebook-Skandal um Cambridge Analytica noch nichts ruchbar war, schoben die Richter des Europäischen Gerichtshofs bereits einen Riegel vor: Sie untersagten dem österreichischen Datenschutz-Aktivist Max Schrems eine national gebündelte Sammelklage gegen die Internetplattform mit Sitz in Irland – wohl aber gestanden die Richter in Luxemburg zu, dass gegen Facebook auch in Österreich geklagt werden kann. Schrems hatte sich in seiner Heimat mit einer Sammelklage an die Justiz gewandt, um Verstöße gegen österreichische, irische und europäische Datenschutzregeln ahnden zu lassen. Er forderte bereits damals festzustellen, dass bestimmte Vertragsklauseln von Facebook unwirksam seien. Darüber hinaus verlangte er für sich und weitere Nutzer die Unterlassung der Verwendung von Daten. Die Klage gegen den internationalen Konzern sei in jedem Land der Europäischen Union möglich, beschieden die Richter, doch eine Sammelklage könne es nicht sein. Jeder müsse für sich den Rechtsweg beschreiten.

Dabei hatte EU-Justizkommissarin Vera Jourova Ende vergangenen Jahres angekündigt, vor europäischen Gerichten zumindest Gruppenklagen geschädigter Konsumenten zuzulassen: eine Erfahrung aus dem Diesel-Skandal um den Volkswagen-Konzern. Nun liegt der Entwurf vor, in dem die Kommissarin das Wort „Sammelklage“ tunlichst vermeidet. Sie

nennt das neue juristische Instrument gerne „Gruppenklage“. Denn in der Kommission besteht Einigkeit darüber, dass nicht einer Klage-Industrie nach US-Vorbild der Weg geebnet werden soll. In den USA machen Großkanzleien mit Sammelklagen auf Schadenersatz den ganz großen Reibach. Dabei treten zunächst geschädigte Verbraucher ihre Rechte an Anwälte oder Kanzleien ab, die dann in Vorleistung gehen, die Klage durchfechten und im Erfolgsfall ein stattliches Honorar kassieren. So auch im Dieselskandal: Während die rund 500 000 davon betroffenen VW-Kunden in den Vereinigten Staaten bereits eine finanzielle Entschädigung von mehreren tausend Dollar bekommen haben, sahen die mehr als 8,5 Millionen Kunden in Europa bislang nicht einen einzigen Cent. Hier bietet der Wolfsburger Konzern lediglich ein Software-Update für die betroffenen Diesel-Fahrzeuge an.

In vielen Mitgliedstaaten der EU sind Sammelklagen nicht zulässig. Auch in Deutschland nicht. Dennoch versucht derzeit die deutsche Niederlassung der US-amerikanischen Anwaltskanzlei Hausfeld, in der Causa Volkswagen eine Sammelklage nach US-Muster durchzuziehen. Im Auftrag von mehr als 15 400 geschädigten Kunden fordert die Kanzlei beim Landgericht Braunschweig insgesamt 358 Millionen Euro Schadenersatz. Offiziell tritt die Firma „My Right“ als Kläger auf. Finanziert wird die Sammelklage durch

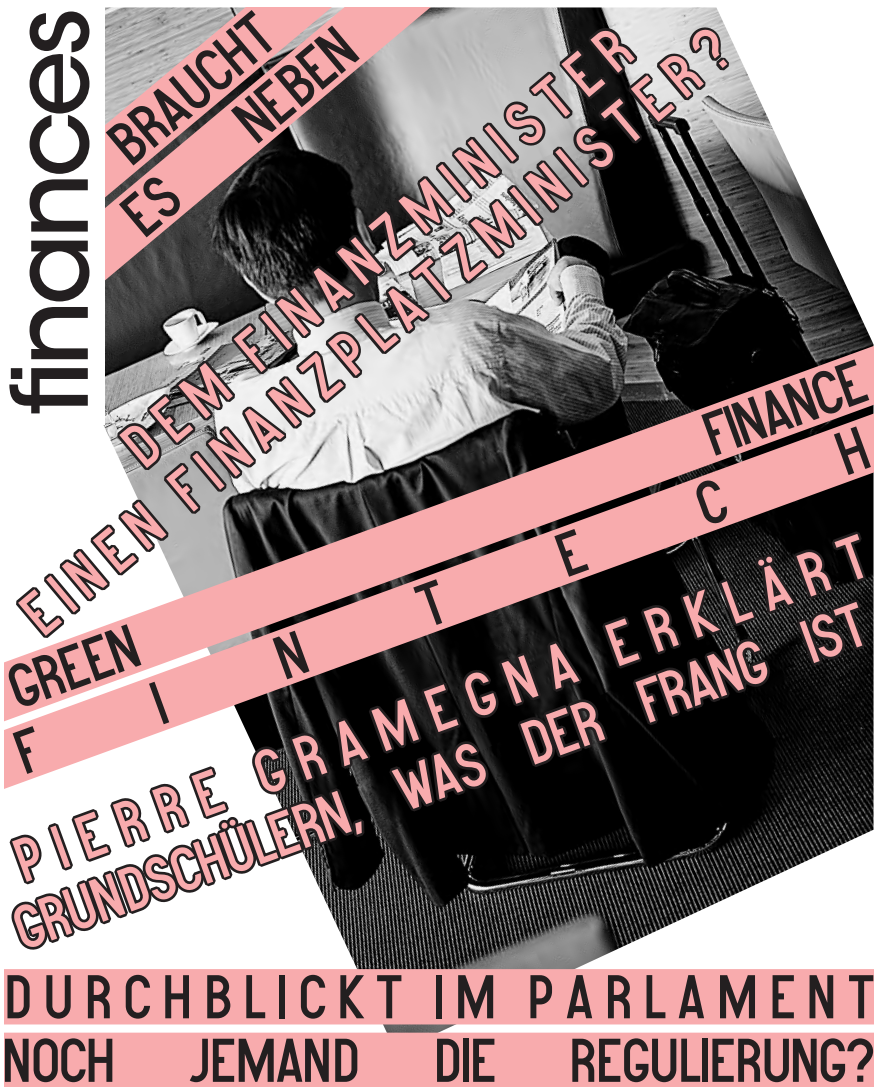
„Qualifizierte Institutionen“ – wie Verbraucherschutz-Verbände – sollen künftig in der gesamten EU stellvertretend für Geschädigte klagen können

den britischen Prozessfinanzierer Burford Capital. Der kassiert – im Erfolgsfall – eine Provision von 35 Prozent. Was am Ende des Verfahrens und nach Abzug aller Kosten übrig bleibt, soll an die vertretenen VW-Kunden ausgezahlt werden. Die Kanzlei vertritt seit Anfang April auch VW-Kunden aus Slowenien in einer Sammelklage gegen den Konzern. In Italien will ein Verbraucherverband 400 Millionen Euro Schadenersatz von Volkswagen erstreiten.

EU-Kommissarin Jourova will nun auch „qualifizierte Institutionen“ – wie Verbraucherschutz-Verbände – berechnen, künftig in der gesamten EU stellvertretend für Geschädigte auf Unterlassung oder Schadenersatz klagen zu können. Dazu benötigen sie, so die Pläne der Justizkommissarin, kein Mandat, sondern können selbstständig Klagen anstrengen. Allerdings dürfen die Organisationen nicht profitorientiert sein und müssen die Finanzierung durch Dritte offenlegen und von einem Gericht absegnen lassen. Der Entwurf aus Brüssel unterscheidet überdies zwischen einfachen Fällen, in denen viele Verbraucher ähnliche Interessen verfolgen, und komplexeren mit unterschiedlichen Gemengelage aufseiten der Kläger. In diesen Fällen sollen europaweite Sammelklagen nur bedingt einsetzbar sein. „Wir haben die besten Verbraucherschutzgesetze der Welt“, so Vera Jourova gegenüber der Tageszeitung *Der Tagesspiegel*, „aber die Durchsetzung muss schlagkräftiger werden.“ Das Ziel müsse sein, „dass die Konzerne zweimal nachdenken, bevor sie betrügen“.

EU-Parlament und Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen, und schon regt sich Widerstand dagegen. Deutsche Industrieverbände bemängeln, die Anforderungen an die gemeinnützigen Verbände seien zu gering, und sehen die Waffen – etwa im Hinblick auf die Beweisdokumentation – ungleich verteilt. Der Entwurf gebe dem Kläger quasi ein Schwert in die Hand, argumentiert der Jurist Christoph Baus auf der Rechtsplattform *Juve*, „während die Unternehmen mit einem Küchenmesser ausgestattet sind“. So könnten Unternehmen beispielsweise verpflichtet werden, belastendes Material offenzulegen.

Bis das Vorhaben greift, werden allerdings in der EU noch viele Urteile gesprochen werden. Letzten Endes kommt der Vorstoß der EU-Kommission für VW-Kunden und Facebook-Nutzer zu spät. Bei den derzeitigen Skandalen.



land supplément 27.04.

Grande-Bretagne

Le socialisme des imbéciles

Laurent Mignon

Depuis quelques semaines, un spectre hante le Labour de Jeremy Corbyn. Ce n'est pas celui du communisme, mais celui du « socialisme des imbéciles », comme l'avait jadis nommé August Bebel (1840-1913). C'est-à-dire l'antisémitisme de gauche. Dans le cas du Parti travailliste britannique, il ne s'agit pas uniquement d'un énième débat à propos du moment précis quand une critique légitime des politiques du gouvernement de l'État d'Israël se transforme en discours judéophobe. Le mal est bien plus profond : Pensée conspirationniste, négationnisme et antisémitisme économique polluent les propos et discours de militants de base, ainsi que de certains personnages influents du parti.

Au sein du Parti travailliste, pensée corporatiste, négationnisme et antisémitisme économique polluent les propos et les discours

Le problème n'est pas nouveau. En 2016, alors que le Parti travailliste se déchirait déjà au sujet de la question israélo-palestinienne, l'ancien maire de Londres, Ken Livingstone affirmait que « Hitler avait promu le sionisme avant de devenir fou et de tuer six millions de Juifs. » Un peu comme Boris Johnson, Livingstone semble avoir une relation plutôt difficile avec les faits historiques et sacrifie volontiers la vérité sur l'autel idéologique. Livingstone basait son affirmation sur un petit livre du théoricien trotskyste Lenni Brenner intitulé *Zionism in the Age of the Dictators (Le sionisme à l'ère des dictateurs)*, 1983) qui, comme tous les pamphlets « révisionnistes », combinait contrevérités et méthodologie fautive. Toutefois ce n'était pas la première fois que le flirt intense de Livingstone avec l'antisémitisme se manifestait en public. Lors d'une réunion électorale en 2012, il affirmait que la communauté juive ne soutiendrait pas les travaillistes pour des raisons économiques, puisqu'elle était affluente. Il présentait ainsi à son électorat le vieux préjugé antisémite des juifs et de l'argent. Suite à ses propos sur le sionisme, Livingstone avait été suspendu en 2016, mais non pas exclu du parti.

À l'époque, tout comme aujourd'hui, de nombreux membres de la communauté juive et des antiracistes militant au Parti travailliste avaient exprimé leur désarroi. Aujourd'hui, c'est Jeremy Corbyn qui se retrouve au centre de la controverse. Ce n'est pas seulement le fait qu'il soit membre de groupes de discussions palestiniens sur les médias sociaux, qui se font plus remarquer par des expressions de haine antijuive, que par leur solidarité pour le peuple palestinien. Une vieille histoire est venue le hanter. Le 23 mars resurgissait un commentaire Facebook de Corbyn apportant son soutien à l'artiste américain Mear One, dont une fresque murale allait être effacée dans l'East End londonien, suite à de nombreuses plaintes. Elle représentait des banquiers, sortis tout droit de caricatures antisémites du *Stürmer* nazi, jouant au *Monopoly* sur le dos d'ouvriers dénudés et affamés. La défense de Corbyn, qui affirmait vouloir soutenir la liberté artistique, ne convainquit pas grand monde. Ayant reconnu son erreur, le chef travailliste essaye depuis d'assurer militants socialistes et membres de la communauté juive que la direction du parti n'est pas complaisante envers l'antisémitisme. Or les révélations sur la persistance du langage antisémite dans les sections locales du parti, tout comme dans ses instances dirigeantes, indiquent que l'antisémitisme est endémique.

Même ceux au sein de la gauche du parti, qui affirment que les accusations d'antisémitisme sont un prétexte pour déstabiliser Corbyn, qui n'est guère apprécié par l'aile droite du Labour, se rendent aujourd'hui à l'évidence. Le mouvement Momentum qui soutient Corbyn vient de reconnaître que la dénonciation de l'antisémitisme « ne doit et ne peut pas être seulement considérée comme une attaque diffamatoire de droite ou une conspiration ». D'ailleurs, un des fondateurs de cette mouvance socialiste au sein du parti, Jon Lansman, s'est vu lui aussi accusé de présider à une « prise de contrôle sioniste de parti ».

Les excuses maladroites et les actions souvent mal-informées du leadership travailliste n'ont rien fait pour calmer les esprits. Dans une lettre, envoyée le 10 avril et adressée à Jeremy Corbyn, le leader du parti travailliste israélien Avi Gabbay a annoncé la suspension provisoire des liens entre les deux partis frères, tout en dénonçant « l'hostilité que [Corbyn,] a manifestée à l'encontre de la communauté juive et les déclarations et actions antisémites qu'il a permises. »

Il est certain que la gauche anticapitaliste a souvent été traversée par des courants antisémites qui se sont redéfinis dans le cadre de l'antisionisme. En effet « l'antisémitisme » est le pendant tiersmondiste du fléau combattu par Bebel. Ce phénomène est observable dans de nombreux mouvements à la gauche de la social-démocratie européenne. De tout temps, cet antisémitisme de gauche à été combattu par des militants au sein de ces mêmes mouvements et partis, à l'image des Corbynistes inquiets par les dérives de leur chef de file et de certains de ses proches.

Pourtant, une autre question se pose dans le cas britannique. À l'image du Parti conservateur, le Labour est déchiré sur la question du Brexit. Les conservateurs tentent de se resouder autour de l'opposition à la libre circulation des travailleurs et d'un discours anti-immigration. Une partie du Parti travailliste se réinvente autour de notions antisémites, qui ont leurs racines dans l'histoire de l'anticapitalisme et de l'antisionisme. L'étranger et le Juif semblent être devenus les boucs émissaires pour une classe politique britannique dépassée par les conséquences de la sortie de l'Union européenne. L'altérophobie, la peur de l'autre, était au cœur de bien des discours promouvant le Brexit. Elle se mue aujourd'hui en haine de l'autre et le « socialisme des imbéciles » en est un des nombreux symptômes.

37,1

ticker

c'est, exprimé en milliards de dollars, le montant des obligations « vertes » chinoises émises en 2017 à la Bourse de Luxembourg. En présentant ses résultats pour 2017 (plutôt bons : 12,3 millions d'euros de bénéfice net), la Bourse a détaillé quelques-unes de ces obligations émises par la Bank of China, l'ICBC ou l'Agricultural Development Bank. L'une est ainsi destinée à la construction de 36 nouvelles stations de métro à Pékin, l'autre à l'extension du réseau ferroviaire au Sud de la Chine. Les obligations vertes chinoises, note la Bourse dans sa présentation, seraient promues en tant qu'outil de financement d'« infrastructures environnementales ». bt

It's No, Mr Juncker!

Nach monatelangen Diskussionen über nachhaltiges, qualitatives Wachstum, darüber, dass der „Fuß vom Gas muss“ und es „nicht mehr weiter gehen kann wie bisher“, dass das Land zu klein ist, um neue Industrie anzusiedeln, die Industrie überhaupt zu viel Dreck macht, gibt es plötzlich wieder eine überparteiliche Einheitsfront für den Erhalt der Industrie. Auslöser dieser Wendung ist die vergangenen Freitag von Arcelor-Mittal verschickte Liste der Werke, die der Stahlkonzern verkaufen muss, damit die EU-Wettbewerbsbehörden ihm erlauben, das größte europäische Stahlwerk Ilva im Süden Italiens zu übernehmen. Auf der Liste steht, neben den Werken in Piombino, Italien; Galati, Rumänien; Skopje, Mazedonien; Ostrava, Tschechische Republik; Lüttich, Belgien auch Düdelingen in Luxemburg. Wirtschaftsminister Etienne Schneider sagte am Dienstag im Parlament, er habe zusammen mit dem Düdelinger Bürgermeister Dan Biancalana einen Brief an die EU-Kommission geschrieben, um gegen die Ausgliederung zu protestieren. Schneider sagte am Dienstag, das europäische Kartellrecht Sorge dafür, dass es keine zu großen europäischen Unternehmen gebe. „In einer globalisierten Welt ist das mit Sicherheit nicht mehr die richtige Methode, um Industriepolitik zu gestalten“, so Schneider. Das europäische Kartellrecht sei überholt. Bisher hat sich Schneider am Kartellrecht nicht gestört, die nationale Kartellbehörde, die seinem Ministerium untersteht, hat selbst beispielsweise jahrelange Untersuchungen durchgeführt, um herauszufinden, dass die Rockhal keine marktbeherrschende Position hat. Aber der aus Brüssel angeordnete Verkauf von Düdelingen passt gut in Schneiders Wahlkampfstrategie als Verteidiger der Industrie. Und wenn es in Luxemburg um die Arbed geht, hört der Spaß ohnehin auf. Dessen ist sich auch CSV-Fraktionschef und Spitzenkandidat Claude Wiseler bewusst, der am Dienstag meinte, dass „die Erhaltung industrieller Standorte in Luxemburg wesentlich“ und von strategischer Wichtigkeit sei. Schneider will, dass Wiseler hilft, via seinen Parteikollegen Jean-Claude

Juncker Einfluss auf die für Mitte Mai geplante Abstimmung im Kollegium der EU-Kommission zu nehmen, wenn die Kommissare endgültig entscheiden sollen, ob Arcelor-Mittal Ilva übernehmen darf und zu welchen Bedingungen. Eine erste Liste mit Vorschlägen, welche Werke der Konzern auslagern werde, hatte der EU-Kommission nicht ausgereicht, wie Schneider am Dienstag im Parlament bestätigte. Erst danach wurde Düdelingen als zusätzliches Angebot auf die Liste gesetzt. Der Konzern verkaufe das Düdelinger Werk, in dem Bleche beschichtet werden und das 300 Mitarbeiter beschäftigt, nicht bereitwillig. Während beispielsweise in Lüttich die Gewerkschaften dem Verkauf an einen anderen Besitzer entspannt entgegen sehen, weil es bereits Interessenten gebe, sorgt sich der OGBL um die Zukunft Düdelingens. Gewerkschaftsvertreter befürchten, falls sich kein Interessent findet, könnte das Werk eingemottet und schließlich geschlossen werden. Dabei achtet die EU-Kommission bei Kartellverfahren darauf, dass profitable Einheiten verkauft werden, nicht solche, die ein Unternehmen ohnehin gerne schließen würden. Arcelor-Mittal Düdelingen hat 2016 einen Umsatz von rund 100 Millionen Euro erzielt und einen Gewinn von 2,6 Millionen Euro verbucht. Das Werk hat einen Verarbeitungsvertrag mit Arcelor-Mittal Atalantique Lorraine, um in Lothringen hergestellten Stahl und Bleche zu beschichten. Wegen dieser Integration innerhalb der Unternehmensstruktur verkauft Arcelor-Mittal Düdelingen wohl eher ungern. Arcelor-Mittal hatte das mit einem Gebot von 1,8 Milliarden Euro siegreiche Konsortium für die Übernahme von Ilva angeführt, das versprochen hat, weitere Milliardensummen in die Sanierung des Werks zu investieren. Das stand nach Korruptions- und Umweltverschmutzungsvorwürfen unter der Sondervverwaltung der italienischen Regierung. Das Werk in der ansonsten strukturschwachen Gegend wurde von der Regierung unterstützt, was Konkurrenten ein Dorn im Auge sein dürfte und nicht ohne Einfluss auf die Kartellprüfung der EU-Kommission. Dass die EU-Wettbewerbsbehörden dabei nicht unfehlbar sind, bestätigte

vergangenen Herbst das Europäische Tribunal. Es kippte das Verbot für die Fusion zwischen UPS und TNT, weil die Kommission für ihre entscheidende Folgenabschätzung eine andere Berechnungsmethode benutzt hatte, als mit den Parteien besprochen. UPS hat die Kommission auf 1,7 Milliarden Euro Schadensersatz verklagt. Seit verganginem Juni, als die italienische Regierung sich für das Gebot von Arcelor-Mittal entschied, hat sich der Konzern dort schon unbeliebt gemacht. Vergangenen Oktober sollen die Mitarbeiter Medienberichten zufolge gestreikt haben, um gegen die geplante Streichung von 4 000 der insgesamt 14 000 Stellen zu protestieren. ms

Noch immer kein Datum



Als François Biltgen, Dean Spielmann und Marc Jaeger am Montag den Jahresbericht der Europäischen Gerichtsbarkeiten in Kirchberg vorstellten, war Jaeger stolz darauf, dass die Durchschnittszeit, in der ein Fall beim Tribunal evakuiert wird, 16,3 Monate beträgt. Aber für die Rechtssache T-759/15 Fiat Chrysler Finance Europe v Commission, die bereits Ende 2015 eingereicht wurde, gibt es immer noch kein Anhörungsdatum. Das liege daran, dass die zuständige Kammer versuche, sich in den vielen Fälle, in denen es um „régimes fiscaux“ gehe, einen Gesamtüberblick zu verschaffen und sie zusammen voran zu bringen, erklärte der Präsident des Tribunals Marc Jaeger. Dort sind unter anderem auch noch die Rechtssache T-816/17 Luxemburg v Commission anhängig, in der es um den Steuerbescheid von Amazon geht, aber auch Berufungsverfahren gegen die Kommissionsentscheidungen im Bezug auf Apple, Starbucks, ... Beim Tribunal gingen vergangenes Jahr 917 neue Rechtssachen ein, 895 konnten erledigt

werden. Beim Gerichtshof wurden 739 neue Rechtssachen eingetragen und 699 abgeschlossen. Aktuell sind dort mehr als 1000 Fälle anhängig, wie François Biltgen erklärte. In Kirchberg wurden vergangenes Jahr mehrere beachtenswerte Urteile gefällt. So entschieden die Richter, Uber sei ein Transportdienst und müsse sich an die Taxi-Regulierung halten. In einem Gutachten zum Freihandelsabkommen mit Singapur bremsen die Richter die Einführung von privaten Schiedsgerichten, die Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten klären sollen. Sie bremsen ebenfalls die ungesicherte Übermittlung von Fluggastdaten nach Kanada und stellte klar, dass Arbeitgeber, die nicht wollen, dass ihre Mitarbeiterinnen Kopftuch tragen, auch andere religiöse Zeichen aus dem Betrieb verbannen müssen. ms

« Consommer luxembourgeois »

L'argument national, mis en avant par le lobby paysan, se révèle être à double tranchant, surtout s'il est manié par un pays exportateur. La Biog-Molkerei Sàrl, la coopérative de paysans laitiers bio qui avaient fait scission de la Luxlait en 2015 pour établir leur propre ligne de production, vient de faire les frais de ces réflexes protectionnistes. Alors qu'elle exporte soixante pour cent de sa production à une coopérative flamande, celle-ci n'arrive plus à revendre le lait bio « made in Luxembourg » aux chaînes de supermarchés belges, allemandes et françaises qui, elles, demandent des produits nationaux. « On n'a pas misé sur le bon cheval », estime Ànder Schanck, le fondateur et cerveau commercial du mini-empire Oikopolis, à propos de la collaboration avec la coopérative flamande. Et de mettre en garde : « On a une préférence pour la régionalité et ceci pour des raisons écologiques... mais le discours national vire vite au chauvinisme ».

Obligés de vendre la majorité de leur lait bio au prix du lait conventionnel, les paysans bio se retrouvent donc dans la situation qu'ils avaient tenté de fuir en démissionnant de la Luxlait. Ils espéraient en effet pouvoir vendre l'intégralité de leur lait au prix

bio sur le marché européen : « Biologisch erzeugte Rohmilch war sogar so gesucht, dass Molkereien aller Nachbarländer die Bio-Milchbauern der Luxemburger Biog-Genossenschaft kontaktierten und lukrative Lieferverträge anboten. Damit hatten die Biog-Milchbauern erstmals die Chance, ihr komplettes Rohmilchkontingent zu echten Biomilchpreisen abzusetzen – nicht nur den Teil, für den es im eigenen Land eine Nachfrage der Verbraucher gab », lit-on dans l'édition d'avril de l'Al-lianz-Info, la newsletter du syndicat paysan libéral.

Malgré la fin des quotas, le prix du lait bio reste à un niveau étonnamment haut : aux alentours de cinquante centimes le kilo. Le prix du lait conventionnel se situe, quant à lui, à une moyenne de 35 centimes. Alors qu'une majeure partie de leur lait est vendu au rabais, les revenus de la Biog-Molkerei se sont effondrés début 2018. Le groupe Oikopolis (qui englobe la coopérative Biog, le grossiste Biogros et la chaîne de supermarchés Naturata) a donc mis en place un fonds de solidarité pour réduire les pertes de ses producteurs laitiers. Ce prix subventionné « ne se situe pas au top, mais pas non plus trop en bas », dit Schanck. En parallèle, la Biog tente de promouvoir les produits (lait, yaourts, crème fraîche) de sa mini-laiterie à Bascharage. Tout en sachant que la majorité de la production laitière bio continuera de passer à l'export et qu'il faudra rapidement y trouver de nouveaux débouchés. bt



Olos, Pharos & Cluster

Bernard Thomas

About Schmit André Schmit nous reçoit dans la cuisine de la mairie de Schieren pour parler des montages fiscaux de Giorgetti, Becca et Lux. Il y a un mois, le bourgmestre du village aux portes des Ardennes (une gare, une pizzeria et, bientôt, un restaurant chinois) a déposé une pétition à la Chambre des députés. Au nom de « l'équité fiscale », il y fustige les fonds immobiliers lancés par les principaux promoteurs luxembourgeois et les défiscalisations auxquelles ils ouvrent la voie. Le retraité Schmit est quelque part un « insider » : Il a fait toute sa carrière à la Kredietbank, principalement dans le département des fonds. (Il est toujours administrateur de LGT Fund Management Lux, qui appartient à la famille princière du Liechtenstein.)

André Schmit en est à sa deuxième pétition. La première, déposée début 2017, plaidait en faveur de l'abrogation du secret bancaire pour résidents, qui serait « obsolète » et un « anachronisme ». Elle ne recueillit que quinze signatures valides ; alors qu'il en aurait fallu 4 500 pour déclencher un débat parlementaire. Membre du LSAP, Schmit estime que « le capital devrait être plus imposé que le travail ». Et de revendiquer son côté Don Quichotte de la place financière dont il veut brimer les « excessiv Auswüchse » : « Je me bats un peu contre des moulins à vent ».

En 2013, Schmit avait accédé au poste de maire suite à la démission de six des huit conseillers communaux, dégoûtés par une guerre d'usure menée tambour battant par le banquier. Schmit avait ainsi créé un site (wikileaksschieren.com) sur lequel il attaquait sans relâche le conseil échevinal. Avec le recul, Schmit avoue « en avoir peut-être fait un peu trop » et assure qu'entretemps, il s'entendrait bien avec les anciens démissionnaires. Aux dernières élections communales, il a fini cinquième, mais gardera le poste de maire jusqu'en 2020.

Accumulations La pétition de Schmit thématise un modèle d'optimisation fiscale agressive qui, en-dehors du petit monde des fiscalistes, reste confidentiel. Les fonds immobiliers luxembourgeois représentent pourtant un impressionnant – voire redoutable – pouvoir financier et politique. Entre 2009 et 2016, les trois principaux promoteurs ont mis sur pied des structures Sicav-Fis supervisées par la CSSF. Elles ont rapidement atteint une taille critique, voire systématique. Les terrains et immeubles de l'Olos Fund (Flavio Becca et Eric Lux) sont ainsi évalués à 668 millions, ceux du Pharos Real Estate Fund (Eric Lux) à 150 millions et ceux de Cluster (Paul et Marc Giorgetti) à 253 millions d'euros.

Soit plus d'un milliard d'euros cumulés. Et encore ne s'agit-il là que de chiffres extraits des derniers bilans déposés au Registre de commerce et des sociétés : soit de 2016 pour les fonds Pharos et Cluster ; et de 2014 pour l'Olos Fund, dont le CA reste paralysé par un conflit opposant les deux associés. PWC, chargée d'auditer le fonds, n'a ainsi pas pu approuver les comptes 2015, faute d'accès aux documents et données comptables. Techniquement, Olos Fund est donc en violation de ses obligations légales.

Tant que ce capital restera dans ces structures, il ne sera pas imposé ; excepté pour la taxe d'abonnement dont le taux est de 0,01 pour cent. Sur une année, Olos n'aura ainsi payé que 27 860 euros, Pharos 11 862 euros et Cluster 15 143 euros en taxes. Cette mainmorte fiscale incite les promoteurs et grands propriétaires fonciers à bunkériser leurs plus-values immobilières au sein des fonds. Elles pourraient s'y accumuler durant les décennies à venir. Pour se faire une idée des montants en jeu, il suffit de consulter les bilans : rien qu'en 2016, Cluster a ainsi touché 7,96 millions et Pharos de 5,3 millions d'euros en revenus locatifs. Quant à l'Olos Fund, le seul compartiment 6 a vu sa valeur passer de 42,8 à 276,2 millions entre 2011 et 2014.

Le moment-vérité interviendra le jour où ces plus-values sortiront des fonds pour remonter vers les actionnaires. Le fisc pourra alors mesurer l'ampleur du déchet fiscal sur des mégaprojets qui ont redessiné le paysage urbain luxembourgeois. À quelle hauteur les plus-values des promoteurs et des grands propriétaires luxembourgeois seront-elles



Dé gauche à droite : Flavio Becca, associé d'Olos Fund ; l'ancien ministre CSV Luc Frieden ; bâtiment sur la route d'Esch développé par le groupe Giorgetti qui vient de lancer le fonds Cluster



exonérées ? Derrière la complexité des montages, se pose une question, éminemment politique : Le Luxembourg est-il prêt à renoncer à la taxation des plus-values futures de ses rentiers immobiliers ?

Selbstverschuldete Unmündigkeit Ce lundi au Parlement, la commission des pétitions était dépassée par la technicité du texte soumis par le maire de Schieren. Les députés ne disposant pas d'un service scientifique, ils ont décidé de transmettre la pétition de Schmit au ministère des Finances, pour que celui-ci vérifie si le contenu est techniquement exact. Une énième illustration de la « selbstverschuldete Unmündigkeit » d'un pouvoir législatif qui, en matière fiscale, a abdiqué devant le pouvoir exécutif.

En février 2007, la loi sur les fonds d'investissement spécialisés (Fis) était votée à l'unanimité par les députés. À la tribune du Parlement, le rapporteur chrétien-social Lucien Thiel évoquait « une véritable offensive légale » pour se « positionner devant la concurrence ». Le Luxembourg créait la figure de l'« investisseur averti », définie comme personne privée investissant au moins 125 000 euros dans un fonds. Grâce à ce statut, expliquait Thiel à ses collègues députés, l'investisseur privé gagnerait un accès au « exklusive Fis-Club » : « Il peut placer son argent où il veut ; et donc spéculer de manière quasi illimitée ». Notamment via des fonds immobiliers.

Quelques mois plus tard, en juillet 2007, une circulaire de l'Administration des contributions directes (ACD) confirmait que les fonds spécialisés pourraient ouvrir une voie royale à l'optimisation fiscale des actifs immobiliers. D'après la circulaire, la plus-value est exonérée « si la participation représente dix pour cent ou moins de dix pour cent du capital total de l'organisme à caractère collectif ». Ne voulant ou ne pouvant introduire une exception pour les fonds immobiliers, le fisc venait de briser un tabou : Il créait la possibilité de défiscaliser les plus-values sur des transactions immobilières réalisées au Luxembourg.

Taux zéro À la bourgeoisie locale, qui garde une croyance inébranlable dans la pierre qu'elle perçoit comme valeur-refuge, la loi et la circulaire ouvraient une nouvelle perspective fiscale : les fonds immobiliers. En faisant entrer ses terrains ou immeubles dans le compartiment d'une Sicav, un propriétaire pourra voir ses plus-values défiscalisées. À condition de rester en-dessous du seuil des dix pour cent. Concrètement, l'« investisseur averti » n'aura qu'à placer ses parcelles dans un des compartiments d'une Sicav : il contrôle ainsi « son » compartiment, sans que celui-ci ne représente plus de dix pour cent du fonds immobilier pris dans son ensemble.

Ce sont les résidents luxembourgeois qui profitent de cette lacune fiscale. Pour une place financière tournée vers l'export, il s'agit là d'une particularité. Un investisseur dans un fonds immobilier luxembourgeois n'habitant pas le Grand-Duché n'y sera

pas imposé. Mais il le sera – probablement – dans son pays de résidence. Or, l'investisseur luxembourgeois détenant moins de dix pour cent d'un fonds immobilier touchera le jackpot. L'État luxembourgeois est pris au piège d'un des produits « fiscalement neutres » de sa place financière.

Un nouveau modèle d'affaires est ainsi en train de se disséminer sur le marché immobilier luxembourgeois : Des grands propriétaires fonciers qui placent non pas leur argent mais leurs parcelles à développer dans les compartiments d'un fonds immobilier. Si un propriétaire apporte un immeuble ou un terrain au fonds contre des actions, l'ardoise en impôts indirects sera légère : 0,6 et 0,5 pour cent en droits d'enregistrement et de transcription. (Contre six et cinq pour cent en cas de vente au fonds immobilier.) Les transferts entre compartiments ne sont pas soumis au droit de mutation, alors que les plus-values sont faciles à défiscaliser. Le tout de manière parfaitement légale, au nez et à la barbe du fisc luxembourgeois.

Or quid des promoteurs détenant plus de dix pour cent dans un fonds immobilier ? Les Becca, Lux et autres Giorgetti seront-ils imposés le jour où ils décideront de sortir leurs plus-values du fonds ? Dans le pire des cas, ils devront s'acquitter du « demi-taux global », c'est-à-dire vingt pour cent. (Ce taux fiscal s'applique pour les participations dépassant les dix pour cent et détenues durant plus de six mois.) Dans sa pétition, André Schmit dit craindre que les promoteurs puissent extirper leurs plus-values à taux zéro grâce à des contorsions comptables. Or, les fiscalistes interrogés dans le cadre de cet article estiment qu'un tel montage ne sera pas praticable. Sauf si les promoteurs dilueront leurs parts pour tomber en-dessous du seuil des dix pour cent. Mais, d'un point de vue opérationnel, cela sera épineux : les promoteurs devront composer avec les petits actionnaires et auront rapidement perdu le contrôle de leur fonds.

« Une chose délicate » Pourquoi la brèche fiscale ouverte en 2007 ne fut-elle pas colmatée ? En 2013, le ministre des Finances, Luc Frieden (CSV), estimait que le sujet devrait être considéré « dans le contexte plus large de la compétitivité de notre pays ». Une « discrimination » entre résidents et non-résidents pour « ce type de produits » serait « une chose délicate ». Exclure les seuls résidents luxembourgeois des bienfaits des Sicav-Fis aurait en effet été difficilement compatible avec le droit européen. Aux yeux du ministère des Finances, garantir l'attractivité d'un nouveau produit valait probablement quelques dommages budgétaires collatéraux ; c'était le prix à payer.

Le Luxembourg est aujourd'hui le principal domiciliataire européen pour les fonds immobiliers : 337 étaient domiciliés au Grand-Duché fin 2017 gérant un total de 55,6 milliards d'actifs. Le *Land* en a répertorié quatre qui investissent exclusivement dans l'immobilier luxembourgeois. (Mais il y en a très proba-

En 2016, le fonds immobilier de Giorgetti aura payé 195 000 euros en « legal fees » à Arendt & Medernach – soit treize fois le montant de la taxe d'abonnement prélevée par l'Enregistrement

blement plus.) L'option d'exclure l'immobilier du champ d'application de la circulaire aurait condamné d'avance cette nouvelle niche de l'industrie des fonds. Elle aurait également soulevé la question pourquoi des actifs comme les tableaux, vins ou oldtimers mériteraient fiscalement mieux que l'immobilier.

Nouveau produit commercial En août 2015, alors que la guérilla judiciaire et médiatique (menée en grande partie via *LuxPrivat*) entre Eric Lux et Flavio Becca retenait l'attention publique, les frères Giorgetti lançaient discrètement leur Sicav-Fis à eux. Baptisé Cluster et concocté par Arendt & Medernach, le fonds immobilier reçut l'ok de la CSSF au printemps 2016. Entre avril et décembre de cette année, le fonds aura réuni des immeubles et des terrains d'une valeur estimée à 253 millions d'euros. Parmi les neuf membres de son CA, on retrouve, outre les frères Giorgetti et leur fidèle lieutenant Paul Feider, le domiciliataire Claude Zimmer, par ailleurs membre du CA de la Banque centrale du Luxembourg.

Ses initiateurs présentent Cluster comme une sorte de fondation familiale, un outil pour préparer la succession et pérenniser le patrimoine familial. Quant à l'Olos Fund, sa création n'était pas non plus exclusivement « tax driven » : une entité régulée par la CSSF devait calmer les banques et faciliter l'accès aux lignes de crédit. Or, à l'inverse d'Olos Fund, dont les terrains et immeubles appartiennent exclusivement aux holdings privées des promoteurs Becca et Lux, certains « assets » de Cluster proviennent de tiers. En ouvrant les compartiments de leur fonds immobilier à des grands propriétaires fonciers triés sur le volet, les frères Giorgetti ont lancé un nouveau produit d'appel fiscal. Un groupe comme Giorgetti – qui reste avant tout une entreprise de construction employant plus de 1 500 salariés – doit reconstituer sans cesse une réserve foncière faisant tourner la machine.

Il est impossible de déterminer, à partir de la lecture des seuls bilans, combien des terrains en développement appartiennent à la famille Giorgetti et combien à des investisseurs tiers. Les indications que donne le bilan de Cluster sur l'emplacement des parcelles sont très floues (« bordering south-west Luxembourg city » ou « east of Luxembourg city ») et ne permettent pas de recoupements avec les données cadastrales. Bien que le bilan spécifie que le fonds investira dans « des projets immobiliers localisés au Luxembourg et dans des pays voisins », les immeubles et terrains se trouvent sans exception au Grand-Duché, avec une concentration autour de la capitale.

En demande En décembre 2009, Luxembourg Capital Sicav-Fis fut lancé. Il s'agit d'un fonds immobilier investissant exclusivement dans des objets immobiliers au Luxembourg, principalement à Belval et à Contern. Comparé aux grands fonds des promoteurs, sa taille reste assez modeste : Les trois compartiments investissant dans l'immobilier luxembourgeois sont ainsi évalués à 23,8 millions d'euros. Son administrateur Gilles Bindels évoque une clientèle « pan-européenne » ; sur la quarantaine d'investisseurs, une demi-douzaine seraient des résidents luxembourgeois.

Après une phase initiale d'attentisme, les Sicav immobilières sont de plus en plus demandées par la clientèle locale. Bien que fiscalement « agressif », le véhicule est conseillé par les banques privées de la place financière. Or, il reste inaccessible au commun des mortels. Pas tant à cause des 125 000 euros de droit d'entrée que de ses coûts de gestion. En-deçà d'un investissement de plusieurs millions d'euros, l'avantage fiscal ne compense pas les frais administratifs, d'audit ou de domiciliation. Dans le cas de Cluster, ceux-ci cumulent à plus d'un demi-million d'euros. Giorgetti aura ainsi déboursé 195 000 euros pour couvrir les « legal fees » d'Arendt & Medernach – soit treize fois le montant de la taxe d'abonnement prélevée par l'Administration de l'enregistrement et des domaines.

Il n'y a donc pas de « level-playing-field » pour les contribuables. Pour les « non-avertis » ne reste que l'option de passer par une société civile immobilière (SCI), dont les avantages fiscaux sont minimes. Parmi les membres du gouvernement, les deux ministres libéraux Marc Hansen et Fernand Etgen structurent leur patrimoine immobilier via ce véhicule *low-cost*. Le ministre du Logement est le bénéficiaire économique de deux SCI qu'il dit avoir créées pour faciliter la transmission de son patrimoine immobilier à ses enfants. Dans un mail au *Land*, le ministre de l'Agriculture explique de son côté que, suite à l'achat d'un appartement sur la côte belge en 2012, il aurait choisi une SCI afin que, si lui ou son épouse venait à mourir, leurs enfants n'aient « pas à payer un droit de mutation par décès (impôt de succession) ».

Quel sera le déchet fiscal des fonds de Becca, Lux et Giorgetti ?

Étude annuelle sur le coût horaire de la main-d’œuvre en Europe

Loin de la convergence

Georges Canto

Les entreprises implantées au Luxembourg ont la réputation (justifiée) de mieux payer leurs salariés que partout ailleurs dans l’Union européenne. Pourtant ce n’est pas au Grand-Duché que le coût horaire de la main d’œuvre est le plus élevé en Europe : Il est même inférieur à celui observé en Belgique et à peine supérieur au niveau français et allemand.

C’est ce qui ressort de l’étude annuelle réalisée par Eurostat, l’office statistique européen, dont les résultats ont été dévoilés début avril. Le coût horaire de la main-d’œuvre comprend la rémunération brute du salarié (primes incluses) à laquelle s’ajoutent les cotisations sociales patronales. En 2017, la moyenne s’élevait à 26,8 euros dans l’Union Européenne et à 30,3 euros dans la zone euro, mais elle est peu significative en raison des écarts. Entre le pays où la main d’œuvre est la plus chère (le Danemark avec 42,5 euros de l’heure) et celui où elle est la moins coûteuse (la Bulgarie avec 4,9 euros), l’écart est de un à neuf environ. Si on compare la moyenne (non pondérée) calculée sur les cinq pays les plus chers à celle des moins onéreux, l’écart est nettement plus faible mais on est encore dans un rapport de 1 à 5,3.

Coïncidence du calendrier ou pas, ces chiffres ont été publiés au moment même où était adopté à Bruxelles le compromis final en vue de la révision de la directive sur le travail détaché, qui pourrait du coup être adoptée avant l’été. Ils montrent que les craintes exprimées par certains pays étaient totalement fondées et justifient que la réglementation soit renforcée (même si le transport routier reste en dehors de la révision).

Evolution sur dix ans

Sur dix ans, l’évolution du coût horaire exprimée en pourcentage de variation ne présente guère d’intérêt car certains pays, partant de niveaux très bas, peuvent afficher des progressions spectaculaires. Un raisonnement en valeur, donc en euros, s’avère préférable. De 2008 à 2017, le coût horaire a augmenté de 4,9 euros dans l’ensemble de l’UE et de 5,2 dans la zone euro. Il a gagné plus de six euros dans cinq pays, dont le Luxembourg (6,6), avec un record pour le Danemark (7,9). En revanche, on remarque que dans d’autres pays réputés « chers » (plus de trente euros par heure en 2017) une certaine modération a prévalu : plus cinq euros en Suède et aux Pays-Bas, 4,8 en France, 2,1 en Irlande. En revanche, en raison de taux de chômage élevés et de la conduite de politiques d’austérité, il a baissé à Chypre et en Grèce, et sa hausse n’a pas dépassé deux euros en Espagne, au Portugal, en Croatie, en Pologne et en Hongrie, soit uniquement des pays de l’est et du sud de l’UE. Dans ces conditions la réduction de l’écart ne pouvait qu’être limitée : entre les cinq premiers et les cinq derniers du classement il est seulement passé de 1 à 6,3 à un écart de 1 à 5,3 en une décennie. gc

Les cinq pays de l’UE où la main d’œuvre coûte le plus cher sont le Danemark suivi de la Belgique, du Luxembourg, de la Suède et de la France

On observe en effet que les cinq pays où la main d’œuvre coûte le plus cher sont exclusivement situés au nord et à l’ouest de l’Europe, le Danemark étant suivi de la Belgique (39,6 euros), du Luxembourg (37,6), de la Suède (36,6) et de la France (36). Ils étaient déjà dans le Top 5 en 2008, avec un ordre un peu différent (le Luxembourg étant alors en cin-



Au Luxembourg, la main d’œuvre est bon marché dans l’industrie (32,5 euros) et la construction (25,8), mais chère dans les services marchands (40,6 euros)

quième position). Les cinq pays suivants sont aussi des pays situés dans cette partie de l’Europe (Pays-Bas, Allemagne, Autriche, Finlande, Irlande).

A l’opposé, les dix dernières places sont toutes occupées par des pays de l’ancien « bloc de l’Est », la Roumanie (6,3 euros) et la Bulgarie (4,9) fermant la marche nettement derrière la Lituanie (8) et la Lettonie (8,1). Bien qu’un petit effet de rattrapage puisse être observé on peut difficilement parler de convergence, et il est probable que des écarts importants continueront d’être constatés dans les dix années à venir.

Les comparaisons doivent tout de même être effectuées avec prudence. En effet, dans son étude, Eurostat ne s’intéresse qu’aux entreprises privées comptant plus de dix salariés et ne prend pas en compte les salariés de l’agriculture et ceux des administrations. Or ces deux dernières catégories peuvent être importantes dans certains pays, de même que celle des salariés des petites entreprises de l’artisanat, du commerce et des services.

Il n’est pas sûr que l’inclusion de telles données aurait modifié la moyenne luxembourgeoise. En revanche



il est certain que cette dernière aurait été majorée si le Grand-Duché avait affiché le même niveau de cotisations patronales que ses voisins, ou que dans l’UE tout entière, où 24 pour cent du coût horaire total leur est imputable ! Or, au Luxembourg elles ne pèsent que 11,9 pour cent du total, soit le pourcentage le plus faible d’Europe après Malte (6,7 pour cent) et juste devant l’Irlande (13,7 pour cent).

Il est surtout très loin du niveau atteint en Belgique (27,1 pour cent) et en France (32,8 pour cent, record d’Europe). Dans ces deux pays, le financement de la protection sociale repose principalement sur les cotisations sur les salaires et non sur l’impôt. Ils ne sont pas les seuls à avoir fait ce choix : douze pays sur les 28 de l’Union connaissent un pourcentage de cotisations patronales supérieur ou égal à la moyenne de 24 pour cent, avec dans deux cas (Suède et France) un taux supérieur à trente pour cent. Une situation observable aussi bien en Europe de l’ouest et du nord que dans les pays de l’est et du sud, avec sept pays (République tchèque, Slovaquie, Lituanie, Estonie, Grèce, Italie et Espagne) appartenant dans ce dernier groupe. Contrairement à une idée reçue, le « dumping social » de l’est et du sud

de l’Europe ne serait donc pas imputable à leur faible niveau de cotisations sociales patronales.

Il en résulte que le haut de la hiérarchie des coûts salariaux horaires, hors cotisations patronales (ce qui revient à considérer seulement les rémunérations), est un peu différente : les trois premiers pays restent les mêmes mais cette fois le Luxembourg prend la deuxième place, tandis que la Suède et la France tombent respectivement à la huitième et à la dixième place, remplacées par l’Irlande et les Pays-Bas. En revanche les derniers rangs ne connaissent aucun changement.

L’examen de la situation par secteurs d’activité offre quelques surprises. Dans l’UE dans son ensemble le coût horaire est comparable dans l’industrie (27,4 euros), les services marchands (26,6) et les activités majoritairement non-marchandes comme l’éducation, la santé, l’art et les services sociaux et récréatifs (26,6), la construction étant plus en retrait (23,7). Mais des différences notables existent d’un pays à l’autre pour chaque composante.

Ainsi le Luxembourg n’est que dixième pour le coût horaire dans l’industrie (32,5 euros) et la construction (25,8) où les pays les plus chers sont respectivement la Belgique (44,8 euros) et le Danemark (39,5 euros). Les écarts avec le Grand-Duché sont importants dans les deux cas. Le Luxembourg doit sa troisième place finale dans la hiérarchie européenne à son coût horaire dans les services marchands (40,6 euros, derrière le Danemark et la Belgique) mais aussi dans les services essentiellement non-marchands hors administration publique (39,1 euros, derrière le Danemark).

Selon Etienne Lehmann, économiste à l’université de Paris II, cité par *Le Monde*, ces chiffres « ne donnent qu’une vue partielle des évolutions salariales et ne disent rien de la compétitivité hors coût, relative à l’innovation et à la qualité ». Ainsi en France, la modération enregistrée au cours des années récentes, qui a permis de diviser par deux entre 2012 et 2017 l’écart de coût avec l’Allemagne, ne s’est pas traduite par des gains de parts de marché à l’exportation.

Par ailleurs, pour parvenir à une vision plus exacte du coût du travail, certains chercheurs et organisations professionnelles proposent de prendre en compte les avantages non monétaires accordés aux salariés mais aussi les dépenses engagées par l’entreprise pour les employer (charges des locaux et des véhicules, énergie, restauration, transport, assurances, licences informatiques, abonnements divers, etc.).

Chronique Internet

Un franc-tireur autrichien fait mouche à Dublin

Jean Lasar

Un arrêt de la Haute Cour de la République d’Irlande annoncé il y a quelques jours remet en cause de délicats arbitrages intervenus entre les États-Unis et l’Union européenne sur les flux de données privées entre les deux entités. Intervenant en plein milieu des remous causés par les révélations sur la négligence de Facebook en matière de protection des données de ses utilisateurs et alors que le Règlement général sur la protection des données de l’UE (connu sous son acronyme anglais GDPR) entre en vigueur le 25 mai prochain, cet arrêt est un coup de pied de plus dans la fourmière de la « privacy ». Cet arrêt

intervient suite à une plainte du jeune avocat et militant autrichien Max Schrems, qui avait déjà enregistré auparavant une victoire dans sa lutte pour une meilleure protection des données privées. Il pourrait forcer les autorités des deux côtés de l’Atlantique et les géants du Net à repenser de fond en comble leurs arrangements en matière de circulation et de stockage des données des citoyens – certains vont jusqu’à dire qu’il pourrait in fine remettre en cause les modèles d’affaires des Gafa.

Pour suivre ces affaires, il faut s’armer de patience et démêler un écheveau complexe de renvois entre juridictions nationales et européennes. Stephanie Bodoni, qui suit pour Bloomberg les affaires juridiques européennes, raconte comment l’étudiant en droit Max Schrems avait découvert en 2011, lors d’un échange à l’Université de Santa Clara, non loin de Silicon Valley, le dédain des Gafa pour les préoccupations européennes en matière de protection des données. Épluchant les conditions d’utilisation de Facebook, il avait constaté l’incompatibilité de ses pratiques en matière de transfert de données entre l’UE et les États-Unis avec les règles européennes et avait porté plainte contre le réseau social en Irlande, où se trouve son siège européen. De fil en aiguille, l’affaire a abouti devant les juges de la CJUE où Schrems a eu gain de cause. C’est cette victoire qui avait débouché sur la négociation à l’arraché en 2016 de l’accord dit « Privacy Shield » entre les deux entités, en remplacement de l’accord précédent appelé « Safe Harbour ». Censé régir les conditions suivant lesquelles les firmes américaines sont habilitées à gérer les données de leurs utilisateurs européens repose sur des pieds d’argile : c’est ce que vient de mettre en lumière la décision de la Haute Cour irlandaise.

Suivant le destin de cet arrêt devant la CJUE, à laquelle il ne manquera pas d’être soumis, le « Privacy Shield » risque désormais de devenir caduc à son tour. La question qui se pose est en particulier celle de la compatibilité des contrats privés dit SSC (*standard contractual clauses*), utilisés par les grands groupes pour régir les échanges de données

Il ne sera à l’avenir plus aussi aisé d’accommoder les besoins des Gafa en matière de transfert de données personnelles

entre pays de l’UE et pays tiers tout en garantissant la protection requise par la législation de l’Union, avec la Charte européenne des droits de l’homme, en particulier ses articles 7 et 8 qui protègent le droit des citoyens de l’Union à une vie privée et le caractère privé de leurs données personnelles.

Dans l’absolu, on pourrait imaginer que le scénario d’il y a deux ans se répète, c’est-à-dire qu’après avoir constaté le caractère illégal des dispositions du « Privacy Shield », les instances commerciales des deux blocs économiques ficellent vite fait un nouvel accord. Mais après le scandale Facebook/Cambridge Analytica, qui fait douter de la légitimité de décisions démocratiques comme les élections présidentielles américaines ou le référendum sur le Brexit, et avec l’entrée en vigueur du GDPR, qui prévoit notamment la possibilité de plaintes de type « class action suit » en matière de protection des données, il ne sera plus aussi aisé d’accommoder les besoins des Gafa en matière de transfert de données personnelles. Et ce n’est pas fini : Max Schrems et son initiative noyb (« none of your business ») a d’autres plaintes relatives à la protection des données dans sa manche, qu’il entend introduire dès l’entrée en vigueur du GDPR.



La justice irlandaise vient de démonter l’accord « Privacy Shield »

Die kleine Zeitzeugin

Die Nacht des Monsters



Ein Porträt des syrischen Präsidenten an einer Wand in Damaskus, der Schriftzug darunter lautet: „Wir lieben dich“

Michèle Thoma

Freitag Nacht auf CNN, gegen drei Uhr mitteleuropäischer Sommerzeit: Die Moderatoren schauen ernst, es scheint ernst zu sein, ernst zu werden, Mr. President werde zum Volk sprechen, verkünden sie. Entgegen der Sitte, wertvolle Werbezeit zu nutzen und Volk noch ewig lang albanische Küsten oder türkische Airlines anstarren zu lassen, erscheint Mr. President alsbald und kündigt ohne großes Brimborium den Schlag gegen Syrien an. Der Schlag richte sich gegen ein dort wütendes Monster, wird ausgerichtet.

Monster also. Kein Mensch, ein Monster. Die in Mitteleuropa der kargen Präsidentenshow Beiwohnende wird von Bildern befallen, ein Bilderbefall, ein Fernsehbilderbefall stellt sich ein, Déjàvus nennt man so was wohl. Die Monstergalerie der vergangenen Jahre. Die Monster-Kür, die, wie internationale Beobachterinnen wissen, meist bald zum schaurigen Ende plötzlich oder allmählich in Ugnade Gefällener führt. Gaddafi, der irre lustige Kumpel im Transvestiten-Look mit der großen Sonnenbrille und der Girlie-Garde. Der vor dem Elysée campiert und in Rom einer Jungfrauenherde aus dem Koran vorliest. Der an europäischen Höfen hofierte Gast, dessen schillernde Schrägheit irren Glitter verleiht. Dessen Gesicht unter der Löwenmähne zunehmend das eines erloschenen Käfiglöwen wird. Irgendwann, statt nur brav seine Küste zu bewachen und ein paar schräge Show-Elemente zu liefern, tanzt er definitiv zu weit aus der geopolitisch opportunen Reihe. Dann Abfluss, dann Abschuss.

Gaddafi in einem Abflussrohr, dann als dem Volk dargebotene Trophäe, ein geschundener Kadaver auf einer blutgetränkten Matratze in einem Einkaufszentrum. Der bärtige, zerzauste Saddam

Ein Monster, das man nicht anbetet, muss vernichtet werden. Ein Monster, kein Mensch, verkündet der Präsident. Aber wieviel Gewicht hat die Aussage eines Clowns, der Ungeheuer sieht?

Hussein in einem Erdloch, mit der seltsamen Würde eines irren Heiligen. Für alle, die der Erlegung des Monsters beiwohnen wollen, läuft die Hinrichtung des Tyrannen auf diversen Fernsehkanälen. Der Skalp von Bin Laden wird dem Fernsehpublikum nicht hingeworfen, das Bild, das sich im kollektiven Bewusstsein eingräbt, ist das der in atemloser Spannung vor dem Bildschirm den Killer-Thriller mitverfolgenden Crew um den amerikanischen Präsidenten.

Was demonstriert uns das Monster, warum brauchen wir es? Warum erschaffen wir es? Die Dämonisierung Hitlers, seit Generationen das Lieblingsmonster deutscher Fernsehkanäle, Hitler als Non-Stop-Hit und Serientäter mit der höchsten Quote, ersparte lange Zeit die Auseinandersetzung mit der Geschichte. Das Ungeheuer als das vollkommen Andere, das vollkommen Fremde,

das nicht mehr zu erfassen ist mit unseren Maßstäben, als das total Maßlose, von dem wir uns bequem abgrenzen können. Ein Getüm jenseits aller menschlichen Dimensionen, ein Ungetüm, etwas, was sich außerhalb des Koordinatensystems des Humanen befindet, ein Dämon, auf den Mensch alle Urängste projizieren kann. Ein mythisches Wesen beziehungsweise Unwesen, das nur mit allen Kräften und am besten mit Gott im Bunde besiegt und vernichtet werden kann. Oder muss. Ein Monster, das man nicht anbetet, muss vernichtet werden.

Ein Monster, kein Mensch, verkündet der Präsident an einem Wochenendabend um neun seinen Landsleuten. Wieviel Gewicht hat die Aussage eines Clowns, der Ungeheuer sieht? Aber schon ist die Jagd eröffnet, das Terror-Trio macht sich auf, den Gift speienden Drachen mit dem Reptilkopf zu besiegen, der Schlangenköpfe aus Russland schaut zu, noch, die Tarotkarten verheißen Blitz und Skelette hoch zu Ross. Oder alles anders, alles doch nicht, doch nicht so schlimm, noch immer nicht Weltuntergang? Putin schläft friedlich, wir reiben uns die Augen, es ist Samstag, ein schöner Tag. Noch immer nicht Weltkrieg. Irgendwas wurde getroffen, nichts Schlimmes, nur symbolisch, vielleicht sogar etwas, das es nicht gibt. Nur ein Mahnen, pädagogisch wertvoll: Aber nächstes Mal ...!

In den Kommentaren scheint Ratlosigkeit auf, alles kann, nichts muss, vielleicht war alles nichts, oder dieses Nichts schon zu viel. Was sagt Putin? Erst mal nichts.

So, lese ich in einem Zeitungskommentar, kommt man einem Monster nicht bei. Da muss man schon mit schärferer Munition rangehen.

Zu Gast

Mobilitätsstau konsequent auflösen!

Gusty Graas

Die Organisation der Mobilität in einem wirtschaftsstarken Land wie Luxemburg stellt eine der größten Herausforderungen an die politisch Verantwortlichen dar.

Es gibt wenige Themen, die dem Bürger hierzulande mehr am Herzen liegen, als ohne größere Behinderung zum Arbeitsplatz und später wieder nach Hause zu gelangen. Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer: nämlich in den morgendlichen und abendlichen Stoßzeiten, wenn Abertausende Autos die Straßen zustauen und die Menschen sich in überfüllten Zügen drängeln.

Gusty Graas ist Abgeordneter der Demokratischen Partei

Die diesbezüglichen Pendlerzahlen sind bekannt und nehmen trotz zahlreicher Bemühungen nicht ab. Im Gegenteil, die Wirtschaft wächst und damit auch der Pendlerverkehr. Da unser Land die benötigten Arbeitskräfte nicht selbst aufbringen kann, wächst eben auch die Zahl der Grenzgänger, die wir benötigen, um zum Beispiel unser Sozialsystem zu bewahren.

Die Suche nach kurzfristigen, populistischen Lösungen macht in letzter Zeit die Runde. Stichwort „nachhaltiges Wachstum“. Schön und gut. Wer dies verlangt, sollte jedoch Ross und Reiter nennen. Auf welche Industrie, auf welche Betriebe soll unser Land verzichten? Wir müssen auch in Zukunft eine industriefreundliche Position einnehmen, gepaart mit vernünftigen Umweltstandards, damit das Renommee des Industriestandorts Luxemburg erhalten bleibt. Sägen wir also nicht den Ast ab, auf dem wir sitzen! Klammer zu.

Die DP vertritt die Ansicht, dass die Verkehrsproblematik nur durch ein Paket an Gegenmaßnahmen, wenn nicht gelöst, so doch gelindert werden kann. Sozusagen ein Mix aus Kapazitätserhöhungen und Dezentralisierung. Der Staat hat in den letzten Jahre große Investitionen in die Schiene gemacht (ein Zuwachs um 300 Prozent seit 2013), die ihre Früchte erst mittelfristig tragen werden, wenn die Streckenerweiterungen funktionieren. Es braucht seine Zeit, den historischen Investitionsrückstand aufzuarbeiten. Leider haben wir es in der Vergangenheit verpasst, die Transportinfrastrukturen vorausschauend der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung anzupassen. Die CFL muss sich jedoch bewusst sein, dass die Kunden drei primäre Forderungen stellen: Pünktlichkeit, Komfort und Sicherheit. Die Fahrgäste müssen sich darauf verlassen können, dass ein Zug gemäß seinem Fahrplan rollt. Dass die Waggonen in einem guten Zustand sind und man sich – vor allem zu später Stunde – sicher fühlt.

Der öffentliche Transport muss darüber hinaus preiswerter, attraktiver und schneller sein als der Individualtransport. Ist dies nicht der Fall, rennen wir ungebremst in die Staumauer.

Zurzeit werden jede Menge weitere Projekte umgesetzt oder sind in der Planung: die Tram, der Ausbau von Radfahrwegen, Auffangparkings an den Grenzen oder der Ausbau der Düdelinger Autobahn.

Aber auch in punkto Dezentralisierung der Arbeitsplätze müssen wir weiterarbeiten und dürfen dabei flexiblere Arbeitszeiten, *Home office* oder eine Verlagerung von Wirtschaftsaktivitäten an die Grenzen nicht vergessen. Auch das Einrichten von „Zones franches“ in der Großregion ist eine Idee, die nicht vernachlässigt werden darf.

Dies sind nur einige Projekte, die in die richtige Richtung gehen, jedoch bei Weitem nicht ausreichen.

Und weil Konzepte nur Konzepte bleiben, bis sie umgesetzt werden, müssen wir unbedingt dafür sorgen, dass die Prozeduren entschlackt werden. Projekte müssen konsequent geplant und realisiert werden, ohne unnötige Zeit zu verlieren. Dies war in der Vergangenheit zu oft der Fall (siehe Beispiel *Nordstrooss*), und anders ist der geballte Rückstand nicht aufzuholen.

Notate

Was er in jüngeren Jahren nicht einmal ahnte

Alt ist, wer sich keine Zukunft mehr ausmalt und Zuflucht sucht im verblassenden Album seines Gedächtnisses.

* Wir sind ein Volk der Jäger von Schnäppchen und der Sammler von jeder Art Müll.

Was er in jüngeren Jahren nicht einmal ahnte, wird ihm im Altern zur Gewissheit: Nur wenige Stimmen, Klänge, Gesten, Worte und Bilder bestimmten sein Leben.

* Das Füreinanderdasein im engen Lebensumfeld befähigt zu Gemeinnützigkeit.

* Auf die Gesellschaft bezogen muss man der Evolution revolutionär auf die Sprünge helfen.

* In der Jugend Sozialist zu sein, ist begreiflich, es im Alter nicht zu sein, sträflich.

* Das Alter bietet viele Freiheiten, auch die, sich eine neue Vergangenheit zu erfinden.

Nicht wenige empfinden im fortgeschrittenen Alter den Umgang mit jungen Menschen als Qual – sie werden sich ihrer lähmenden Resignation bewusst. Fritz Werf



**Plus
de profondeur**

Découvrez le
Lëtzebuurger Land
en vous abonnant
gratuitement
durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Burkaverbote in Europa – das Strafrecht der Mehrheit und das Leitbild einer homogenen Gesellschaft

Rechtspolitischer Klimawandel



In einem Restaurant, das privat betrieben wird, dürfte die Burka vermutlich auch weiterhin getragen werden können

Stefan Braum

Österreichs Grenzschilder verteilen Broschüren: Wer arabischer Herkunft zu sein scheint, erhält ein Merkblatt. Darauf ist eine Frau in einem Niqab zu sehen. Die Broschüre klärt in vier Sprachen darüber auf, dass am 1. Oktober 2017 das Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz in Kraft getreten sei¹. In autoritärer Amtssprache wird der Inhalt des Gesetzes kurz zusammengefasst: An öffentlichen Orten ist die Gesichtverschleierung verboten, sie muss auf Aufforderung abgenommen werden, ein Verstoß gegen das Gesetz zieht eine „Organstrafverfügung“ über bis zu 150 Euro nach sich. Unvermeidlich erfolgt der Hinweis auf den digitalen Fortschritt: Die Strafe kann auch mit Kreditkarte beglichen werden².

Das österreichische Gesetz ist der vorläufig letzte Schritt in einer europäischen Entwicklung, die unter diesem Arbeitstitel muslimischen Frauen das Tragen von Burka und Niqab strafrechtlich verbietet, freilich stets eingebettet in ein generelles Verbot der Gesichtsverhüllung, um dem Einwand der Diskriminierung schon im Ansatz zu entgehen. In Frankreich gilt das strafbewehrte Verbot der Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum bereits seit dem 20. Oktober 2010³. Belgien führte das allgemeine Burkaverbot am 1. Juni 2011 ein⁴. Das niederländische Parlament hat am 29. November 2016 ein teilweises Verbot der Gesichtsverhüllung unter anderem im öffentlichen Personennahverkehr beschlossen⁵. Im Deutschen Bundestag beantragt die AfD ein allgemeines Burkaverbot⁶. Vordergründig aus der Sorge um Würde und Gleichheit der Frau. Im Hintergrund aber geht es um „deutsche Leitkul-

Es geht nicht vorrangig um die Lösung von durch Religion und Kultur verursachten Normenkonflikten, sondern um die Kriminalisierung religiös motivierter sozialer Verhaltensnormen

tur“, um vermeintlich deutsche Identität, um populistische Trivialdebatten, was zu einer Gesellschaft gehört und was nicht. Gesetze werden gemacht, nicht um zu versöhnen oder zu integrieren, sondern um zu spalten und auszuschließen.

Anders als bei der Diskussion um Kopftuchverbote in öffentlichen Einrichtungen, bei Behörden oder in Schulen – wie man sie besonders aus Frankreich oder Deutschland kennt –, geht es nicht primär um

einen Konflikt zwischen Religion und säkularem Staat: Die Diskussion um die Vollverschleierung wird kriminalpolitisch geführt. Das Strafrecht wird zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung, oft entkoppelt von normativer und empirischer Vernunft, vor allem orientiert an Vorurteil, Verunsicherung, ja Angst. Die Verbotsnormen, die in Europa Verbreitung und Anhängerschaft finden, sind ein Seismograf für einen – beunruhigenden – politischen Klimawandel.

Aus den Motiven der Gesetzgeber in Frankreich, Belgien und den Niederlanden ergeben sich Spuren dieses Klimawandels. Soziale Normen des täglichen Zusammenlebens – Kleiderordnungen – können Gegenstand exekutivischer Sicherheitspolitik werden. Die Botschaft ist: Wer sich nach seinen Vorstellungen, Wünschen oder religiösen Überzeugungen kleidet, kann als Risiko für die öffentliche Sicherheit angesehen werden. Die Kleidung wird zum Bezugspunkt von Bedrohungsszenarien. Nationale Gesetzgeber in Europa machen bei der Einschätzung von Gefahren und Risiken für die öffentliche Sicherheit vor dem äußeren Erscheinungsbild der Bürger nicht mehr Halt, erst recht nicht, wenn es als Symbol religiöser Überzeugungen dient. Dabei geht es nicht vorrangig um die Lösung von durch Religion und Kultur verursachten Normenkonflikten, sondern um die *Kriminalisierung religiös motivierter sozialer Verhaltensnormen*, die dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Mehrheitsgesellschaft abträglich werden könnten. Strafrecht, das Leitbild einer homogenen Gesellschaft und öffentliche Sicherheit erscheinen in

der europäischen Diskussion als Teile eines kraftvollen Konzepts populistischer Politik, das Prinzipien liberaler Demokratien gefährdet.

Strafrecht und Religionsfreiheit

Sollte der luxemburgische Gesetzgeber in einem solchen politisch aufgewühlten Kontext wirklich ein Gesetz erlassen⁷, das sich in die Reihe europäischer Burkaverbote einfügt, das mithin *volens volens* Teil einer fragwürdigen politischen Konzeption gesellschaftlichen Zusammenlebens wird? Meine Antwort darauf ist: Nein, sollte er nicht – muss er auch nicht.

Das Verbot der Gesichtsverhüllung stellt in seiner konkreten Folge des Burkaverbots einen Eingriff in die Religionsfreiheit dar. Die Burka ist ein religiöses Symbol. Dieses ist – völlig zu Recht – umstritten, gerade auch im Islam selbst. Wir wissen aber seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, dass ein Staat den inneren und äußeren Frieden nur bewahrt, wenn er sich des Zwangs gegenüber religiösen Minderheiten enthält, sich religiös und weltanschaulich neutral zeigt und seinen Bürgern die Freiheit der Religionsausübung gewährt. Die Religionsfreiheit, wie sie sich heute darstellt, gehört zum Kern allen Grundrechtsschutzes. In Frankreich verpflichtet die Laizität – den Staat zum gleichberechtigten Schutz einer jeden religiösen Überzeugung, die Bürger zur gegenseitigen Toleranz des jeweils Andersgläubigen.

Die Hürden, um Eingriffe in diese Balance von Religionsfreiheit und den Interessen des säkularen

oder auch laizistischen Staates zu rechtfertigen, sind daher hoch. Wären sie es nicht, drohte ein Rückfall in Zeiten, als der Glaube mit den dunklen Seiten gesellschaftlichen Zusammenlebens verknüpft war: gewaltsame Unterdrückung auf der einen Seite, verzweifelter Widerstand auf der anderen. Die Kriminalisierung sozialer Verhaltensnormen, die Ausdruck religiöser Freiheit sind, trifft mithin auf einen festen, aus historischer Einsicht gewachsenen normativen Rahmen. Sie unterliegt hohen Maßstäben – den Erfordernissen eines allgemeinen Gesetzes, eines sachlichen Grundes für einen Grundrechtseingriff, nicht zuletzt der Schranke der Verhältnismäßigkeit. Und sie wirft schließlich die kriminal- und rechtspolitische Frage auf, welche Risiken wir eingehen, wenn wir diese Maßstäbe vergessen.

Lex incerta

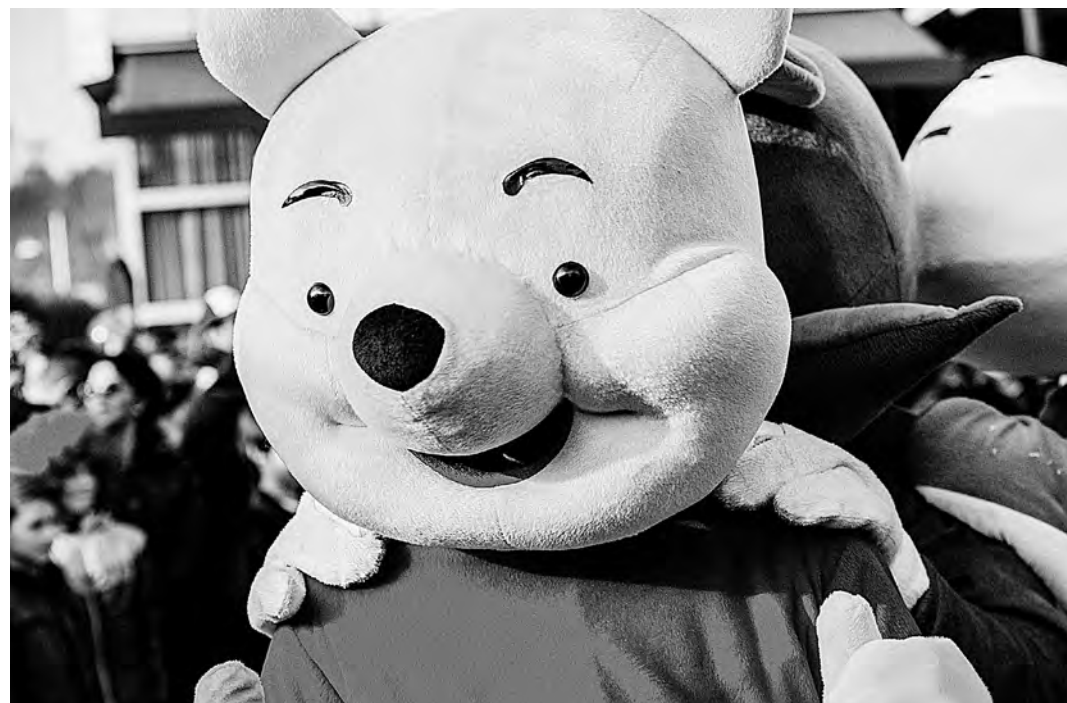
Wer straft, bedarf eines Gesetzes. Das Prinzip der Strafgesetzlichkeit setzt ein in seinem Inhalt und in seinen Rechtsfolgen klar bestimmtes Gesetz voraus. Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, was verboten und was erlaubt ist. Es muss vorhersehbar sein, welche Rechtsfolgen im Falle eines Normenverstößes verhängt werden können. Das ist der Kern des Bestimmtheitsgebots – der *lex certa*.

Der luxemburgische Gesetzgeber, inspiriert vom niederländischen Modell, optiert für ein bereichsspezifisches Verbot der Gesichtsverhüllung – im Unterschied zu den Regelungen in Frankreich oder Belgien, die das Verhüllungsverbot auf den gesamten öffentlichen Raum erstrecken. Will man nun Bereiche definieren, in denen das Burkaverbot greift, gelangt man jedoch schnell über die Grenzen des gesetzlich Machbaren hinaus. Der erste Vorschlag eines neuen Art. 563 Abs. 10 im Code pénal sah vor, die Gesichtsverhüllung im öffentlichen Personennahverkehr, in öffentlichen Lehranstalten, öffentlichen Gebäuden und Pflegeeinrichtungen zu untersagen.

Schon in seiner ersten Stellungnahme aber erhob der Staatsrat – zu Recht – Bedenken. Der Gesetzgeber grenze nicht genau zwischen öffentlichem Personennahverkehr und anderen privaten Formen des Transports ab. Ebenso bleibe unklar, in welchen öffentlichen Gebäuden das Verbot der Vollverschleierung greife. Gehören Flexibusse, der *Call a Bus*-Service dazu oder nicht? Sind Philharmonie, Mudam, die Nationalbibliothek erfasst oder nicht? Sind auch Kulturveranstaltungen von Privatpersonen in öffentlichen Gebäuden betroffen oder nicht?

Der Gesetzgeber versucht nun, diesen Bedenken zu begegnen – und dehnt den Anwendungsbereich weiter aus. Das Verbot soll sich nun nicht mehr nur auf den öffentlichen Personennahverkehr, sondern auf alle gemeinschaftlich genutzten Verkehrsmittel erstrecken. Erfasst werden nun alle Bildungseinrichtungen und öffentliche Gebäude, in denen öffentliche Leistungen von Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden. Indes, die Zweifel bleiben: Der Staatsrat fragt, ob das Gesetz auch auf Mietwagen Anwendung findet, vor allem aber stellt er fest, der vom Gesetzgeber beabsichtigte Ausschluss kultureller Einrichtungen wie Mudam und Philharmonie folge nicht eindeutig aus dem Gesetz. Zugespißt: Wer künftig mit verhülltem Gesicht durch die Straßen und Gebäude Luxemburgs geht, bedarf gegebenenfalls einer detaillierten Gebrauchsanweisung, um zu verstehen, wann und wo die Gesichtsverhüllung strafrechtlich verboten ist. Daher stellt der Staatsrat auch zu Recht klar: Die vorgeschlagene Regelung ist in ihrer derzeitigen Form mit dem Prinzip der Strafgesetzlichkeit nicht zu vereinbaren.

Nun wäre es ein Trugschluss zu glauben, ein allgemeines, auf den gesamten öffentlichen Raum sich er-



Doch wenn künftig die Gesichtsverhüllung ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung wäre, könnten es solche Maskottchen im öffentlichen Raum schwer haben, ...

streckendes Verbot der Gesichtsverhüllung wäre die bessere Lösung. In Frankreich und Österreich zeigen sich beim Vollzug der jeweiligen Gesetze derartige Probleme, dass allein diese den luxemburgischen Gesetzgeber hinreichend abschrecken müssten, die Vollverschleierung strafrechtlich zu verbieten. In Österreich wurde eine Fahrradfahrerin verwarnt, die sich zum Schutz vor der Kälte den Schal über das Gesicht gezogen hatte. Ein Mann im Haifischkostüm wurde angezeigt, als er als Werbefigur für die Neueröffnung eines Computerladens in Wien auftrat. Selbst das Maskottchen des österreichischen Parlaments – ein Hase – wurde während eines Werbepots von der Polizei aufgefordert, sich zu identifizieren. Straßenmusiker mit Clownmasken werden mit Geldstrafen belegt. In Frankreich klären Verwaltungsvorschriften darüber auf, dass der Innenraum eines Fahrzeugs nicht zum öffentlichen Raum gehört. Dies könnte sich jedoch ändern, sobald eine Person mit verhülltem Antlitz aus dem geöffneten Fahrzeugfenster hinausblickt. Auch darf das Verbot nicht zwangsweise durch öffentliche Bedienstete – etwa das Kontrollpersonal eines Museums – durchgesetzt werden. Diese sind vielmehr gehalten, die Polizei zu verständigen.

Diese Erfahrungen sollten lehren: Ein neuer Artikel 563 Abs. 10 im Code pénal bliebe eine *lex incerta*. Wer ein Verbot der Gesichtsverhüllung erlässt, kriminalisiert Alltagsverhalten und lässt die Grenzen zwischen straffreiem privatem Raum und strafbarem öffentlichem Verhalten verschwimmen. Er stellt zudem Anforderungen an Exekutivbehörden, die bei der Vollstreckung eines solchen Verbots entweder scheitern oder ein jederzeit und an jeder Stelle wirksames System von „Sittenpolizei“ etablieren müssen – das wäre eine Zumutung für alle.

„Leitkulturen“

Die Praxis der Anti-Gesichtsverhüllungsgesetze zeigt, dass das Burkaverbot tief in den Status der betroffenen Frauen als Bürgerinnen einer Gesellschaft eingreift, vor allem aber ihr Alltagsleben nachhaltig berührt. In Frankreich wird eine Burka tragende Demonstrantin während einer Demonstration gegen die Gesichtsverhüllung festgenommen, danach zu einer Geldbuße und Sozialarbeit verurteilt⁸. Eine andere Frau wird im Supermarkt von der Polizei angehalten und später gleichfalls gerichtlich zu

In Wien wurde ein Mann im Haifischkostüm angezeigt, der als Werbefigur für einen Computerladen auftrat. Selbst das Maskottchen des österreichischen Parlaments – ein Hase – wurde von der Polizei aufgefordert, sich zu identifizieren

Geldbuße und Sozialarbeit verurteilt⁹. Es entstehen Situationen, in denen in der Mitte der Gesellschaft, sichtbar für alle, Abweichungen von tradierten Verhaltensnormen öffentlich als „fremd“ stigmatisiert werden. Sieht so eine Gesellschaft aus, die integrationsfähig ist, die Toleranz übt, in der es auf Zusammenhalt ankommt?

In Frankreich, Belgien und den Niederlanden findet sich darüber hinaus ein Topos zur Begründung des Eingriffs in die Religionsfreiheit, der Karriere zu machen beginnt: „Vivre ensemble“. Dahinter verbirgt sich ein Konzept öffentlicher Moral, der guten Sitten oder der guten Ordnung. Wer sein Gesicht verhüllt, verweigere die Kommunikation mit anderen und verletze so deren Rechte. Bekleidungsregeln ergeben sich als Teil eines gemeinsamen Fundaments gegenseitiger Pflichten und Grundprinzipien gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das ist ein problematisches Konzept. In seinem Urteil „S.A.S gegen Frankreich“ verwirft der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Begriff des „Vivre ensemble“ nicht. Entgegen manch politischer Lesart billigt er ihn aber ebenso wenig. Das Gericht erkennt ihm nur einen Grad an Plausibilität zu, der den nationalen Gesetzgeber berechtigt, das Tragen einer Burka im Rahmen seines gesetzgeberischen Ermessens als Verletzung der Freiheit und der Rechte anderer anzusehen.

Ausdrücklich aber warnt das Straßburger Gericht vor den Folgen des Gebrauchs dieses Topos. Zu Recht: Der Begriff ist vage – juristisch erweitert er den Begriff des „ordre public“ um eine sehr dehnbare immaterielle Komponente. Dahinter verborgen sich politische Leitbilder der Mehrheitsgesellschaft, wie gesellschaftliches Zusammenleben funktionieren soll – manche nennen das „Leitkultur“. Politisch kann sich damit eine Tendenz zur Exklusion verbinden – wer dem Mehrheitsbild nicht entspricht, was „fremd“ erscheint, wird ausgeschlossen. Juristisch ist das gefährlich: Leitet man aus der „Leitkultur“ die Befugnis zum strafrechtlichen Zwang ab, könnte das Strafrecht insgesamt bald zum Instrument jeder mehrheitsfähigen Sitten- und Moralvorstellung werden, um politisch erwünschte Homogenität durch Strafe herzustellen. Das geht zu Lasten der Grundrechte. „The right to be an outsider“, wie das Sondervotum der Richterinnen Nußberger und Jäderblom

im S.A.S-Urteil formuliert, ist das eigentlich konstitutive Element einer freiheitlichen Gesellschaft.

Ungeahnte Folgen

Schließlich: Wer strafrechtliche Verbote formuliert, muss ihre Folgen bedenken. Das ist ein normatives wie auch ein empirisches Gebot. Jeder Gesetzgeber muss sich fragen, ob eine Maßnahme geeignet, erforderlich, angemessen, kurz: verhältnismäßig ist. Die Reflexion über die Folgen eines Strafgesetzes stellt einen rationalen Bezug zwischen Rechtspolitik und Rechtswirklichkeit her. Das beginnt mit der Frage nach der eigentlichen Schwere des Problems. Wenn es keine hinreichenden Belege dafür gibt, dass die Zahl der Burka-Trägerinnen in den Kommunen signifikant steigt – und wenig spricht dafür –, gibt es auch keinen substantiierten Grund, die auf kommunaler Ebene geltenden Verordnungen zur Gesichtsverhüllung durch eine staatliche Vorschrift zu ergänzen, dies zumal wenn das potentielle Nebeneinander zu weiterer Rechtsunsicherheit führen kann.

Dagegen belegen empirische Studien und Befragungen Frauen die Burka ein Symbol religiöser Überzeugung ist, das freiwillig getragen wird¹⁰. Verstörend mag dabei sein, dass bei jungen Musliminnen mitunter die Vollverschleierung eher als ein Symbol der Befreiung als der Unterdrückung betrachtet wird. Dies erfordert jedoch nicht den Griff zum Strafrecht, sondern die verstärkte und ungeschminkte politische und kulturelle Auseinandersetzung mit den Gründen und den Wegen zu potenzieller Radikalisierung. Kriminalsoziologisch wissen wir, dass die Anwendung des Strafrechts vor allem zur Exklusion des Normenübertreters führt. Diese Folgewirkung des Strafrechts ist gerade hier kontraproduktiv: Hinter einem von Sozialarbeitern und Psychologen konstatierten Trend der Entfremdung junger Muslime von den Werten und Prinzipien der Aufklärung, stehen unter anderem sozio-ökonomische Problemlagen und die Suche nach gesellschaftlicher Anerkennung, die nur durch politischen Dialog, nicht aber mit Sanktionen überwunden werden können. Im Gegenteil: Ein Verbot wäre nur der Ausgangspunkt für Stereotypisierung und weitere Diskriminierung. In den Rechtsordnungen mit Burkaverboten zeigen sich alarmierende Tendenzen verbaler und körperlicher Übergriffe gegen die vom Burkaverbot betroffenen Frauen. Wer

die Burka verbietet, sollte diese vielleicht ungeahnten Folgen mitbedacht haben.

Wir leben in einer Zeit der Unsicherheit, wie stark die Prinzipien und Werte der Aufklärung noch in den Gesellschaften des Westens verankert sind. Sie werden herausgefordert durch autokratische Herrschaftsmodelle, durch religiöse Fundamentalismen, durch soziale Brüche, nicht zuletzt aber werden sie durch die westliche Wertegemeinschaft selbst in Frage gestellt, teils diskreditiert. Das strafbewehrte Verbot der Burka wäre ein falsches Symbol, sich erodierender Werte zu vergewissern. Wir brauchen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Islam und seiner – notwendigen – Integration in die liberale demokratische Ordnung. Diese Auseinandersetzung steht noch aus, sie muss jetzt intensiv geführt werden – unter Verzicht auf strafrechtliche Keulen.

Stefan Braum ist Professor für Strafrecht an der Universität Luxemburg.

¹ Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts in der Öffentlichkeit, Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz (AGesVG), BGBl. I Nr. 68/2017

² Vgl. www.bmi.gv.at/verhuellungsverbot, ab 1. Oktober 2017: Verbot Gesichtsverhüllung in Österreich.

³ Loi n° 2010-1192 du 11 octobre 2010 interdisant la dissimulation du visage dans l'espace public, www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2010/10/11/2010-1192/jo/texte

⁴ Article 563bis, Code pénal belge

⁵ Tweede Kamer, vergaderjaar 2015-2016, 34 349

⁶ Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/289 vom 21.02.2018

⁷ Chambre des Députés, n° 7179-4, Projet de loi portant modification de l'article 563 du Code pénal en créant une infraction d'interdiction de dissimulation du visage dans certains lieux publics (Version vom 15.2.2018)

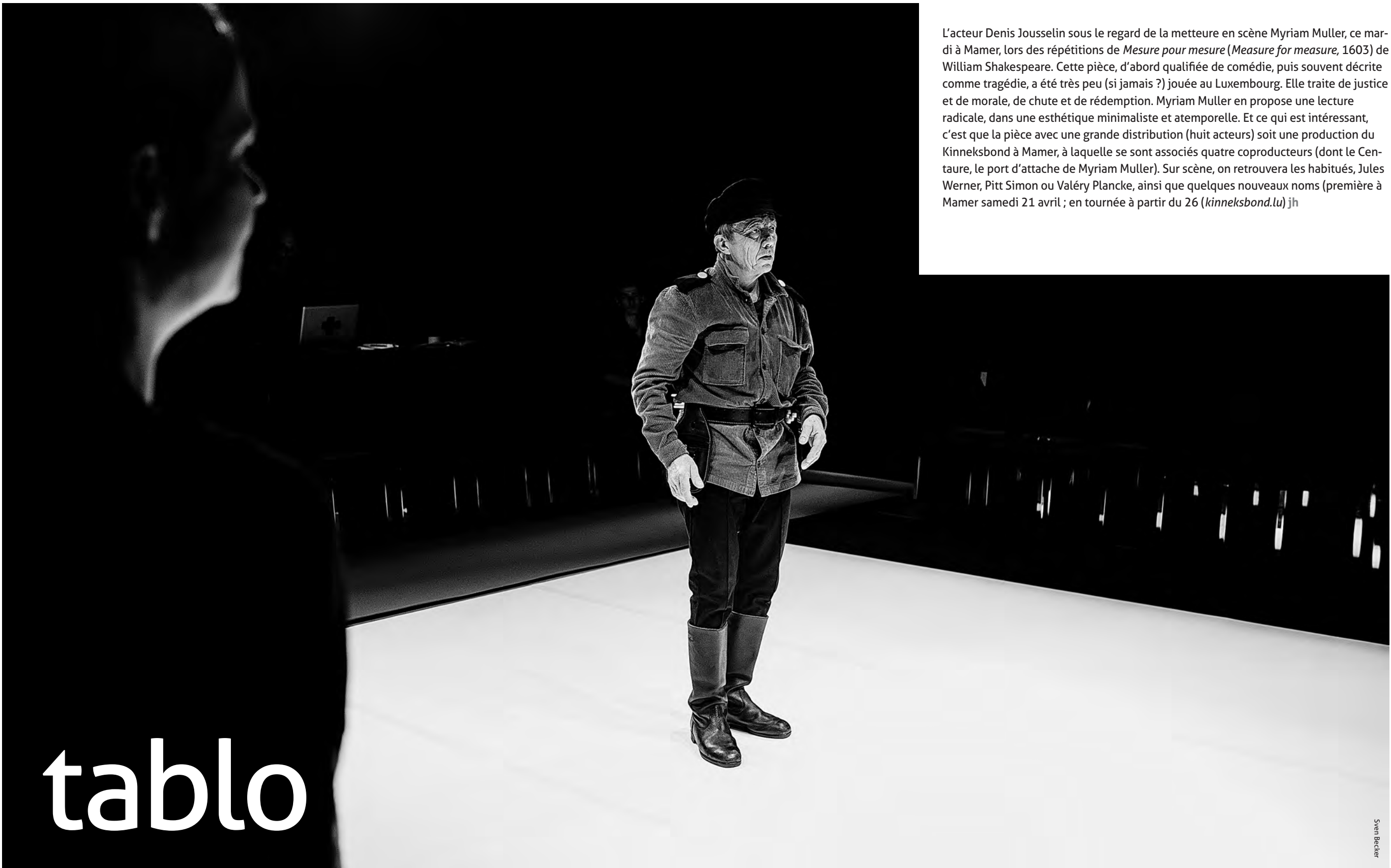
⁸ Cour de Cassation, Chambre Criminelle, Arrêt 12-80891

⁹ Cour de Cassation, Chambre Criminelle, Arrêt 14-80873

¹⁰ Vgl. Brems, Janssens, Lecoyer, Oualid Chaib, Vandersteen, *Wearing the Face Veil in Belgium: Views and Experiences of 27 Women Living in Belgium Concerning the Islamic Full Face Veil and the Belgian Ban on Face Covering*, Centre des Droits de l'homme de l'Université de Gand, 2012



... auf Karnevalsumzügen wären Maskierte gut beraten, ihren Ausweis bei sich zu führen. Und wären am Ende sogar Brautschleier der Verhüllung zu viel?



L'acteur Denis Jousselin sous le regard de la metteuse en scène Myriam Muller, ce mardi à Mamer, lors des répétitions de *Mesure pour mesure* (*Measure for measure*, 1603) de William Shakespeare. Cette pièce, d'abord qualifiée de comédie, puis souvent décrite comme tragédie, a été très peu (si jamais ?) jouée au Luxembourg. Elle traite de justice et de morale, de chute et de rédemption. Myriam Muller en propose une lecture radicale, dans une esthétique minimaliste et atemporelle. Et ce qui est intéressant, c'est que la pièce avec une grande distribution (huit acteurs) soit une production du Kinneksbond à Mamer, à laquelle se sont associés quatre coproducteurs (dont le Centaure, le port d'attache de Myriam Muller). Sur scène, on retrouvera les habitués, Jules Werner, Pitt Simon ou Valéry Plancke, ainsi que quelques nouveaux noms (première à Mamer samedi 21 avril ; en tournée à partir du 26 (kinneksbond.lu) jh

Sven Becker

Architecture



#LuxembourgDemain

En amont des élections législatives d'octobre, l'Ordre des architectes et des ingénieurs-conseils (OAI) a voulu opter pour un nouveau mode d'échange avec les différents partis en lice. Plutôt que d'envoyer un catalogue de questions aux groupements politiques et d'attendre leurs réponses, l'OAI organise trois table-rondes avec des responsables politiques en charge. Après une première discussion avec l'actuel et le précédent ministres du Développement durable et des Infrastructures, François Bausch (Déi Gréng) et Claude Wiseler (CSV), la deuxième de ces table-rondes politiques aura lieu lundi 23 avril à partir de 18 heures à la Coque. Sont invités le ministre du Logement, Marc Hansen (DP), et son homologue de l'Intérieur, Dan Kersch (LSAP), ainsi que les députés Henri Kox (Déi Gréng) et Marc Lies (CSV), pour parler de l'accès au logement (photo : à Esch / TPC). Le débat sera animé par l'architecte Diane Heirend et par Florian Hertweck, directeur du master en architecture à l'Uni.lu (oai.lu). jh



Scènes



Move !

Depuis 2009, *Blancontact* est ce qui se fait de mieux dans le domaine de la pédagogie inclusive par les arts vivants. L'édition 2018 intitulée *À part être*, qui fêtera sa première ce soir, 20 avril, à 20 heures au Kulturhaus Mersch et y sera jouée tout le week-end, avant une séance le 3 mai au Grand Théâtre, est sous la direction artistique d'Annick Pütz et de Thierry Raymond. La production du Mierscher Kulturhaus avec la Fondation Kräizbiertg réunit des artistes professionnels et une quinzaine de danseurs handicapés physiques ou psychiques pour un spectacle qui questionne les notions du corps et de la mobilité (photo : Patrick Galbats ; informations : kulturhaus.lu). jh



Création mondiale

Jean-Paul Maes s'est fait sa petite place avec sa troupe Kaleidoskop à Bettembourg. La prochaine pièce, *Winterstarre*, sera même une création mondiale de l'auteure autrichienne Astrid Kohlmeier (*1983). *Winterstarre* raconte la rencontre entre une jeune fille et un inconnu dans un bar, mais parle surtout de suicide. Sur scène, on découvrira notamment la jeune actrice luxembourgeoise Elena Spautz, qui vient de terminer sa formation en Irlande (kaleidoskop.lu). jh

Politique



Plus de transparence I

Alors que les débats autour du démontage de la *Chapelle* de Wim Delvoye ne semblent pas se tarir, la politique s'en mêle – exactement ce qu'un établissement public veut éviter. Le 3 avril, les députés CSV Claude Wiseler et Octavie Modert (ancienne ministre de la Culture et visiblement en campagne pour retourner au Terres Rouges) ont demandé que soit convoquée la commission parlementaire de la Culture afin d'entendre la nouvelle directrice du Mudam, Suzanne Cotter. Elle s'y présentera vendredi prochain, 27 avril, et pourra donc donner des explications sur « ses visions » et le « développement » du musée. jh



Plus de transparence II

Tout indique que Suzanne Cotter introduit un management à l'américaine au Kirchberg. Par exemple via l'annonce de recrutement d'un nouveau directeur de la communication (Isabelle Piton a été licenciée en été 2017), ce dernier s'appellera désormais *Responsable du département développement et engagement*. Il ou elle devra avoir une expérience de cinq ans à un poste similaire (ce qui réduit le nombre de candidats nationaux), un « fort réseau de contacts actifs » et coordonner une équipe de dix personnes. En ce qui concerne une bonne communication, il y a effectivement de la marge au Mudam. jh

Addendum

Dans un communiqué, la Leir Foundation insiste qu'elle n'a « à aucun moment demandé que l'œuvre de Wim Delvoye soit retirée de son emplacement actuel » (*d'Land* 14/18).

Marché de l'art



Trois plus cinq

Alors que cette année, on fête un peu partout la liberté d'expression revendiquée par les intellectuels, les artistes et les étudiants lors de Mai 68 (voir page 19 p.ex.), Bruxelles fête les cinquante ans de sa grande foire d'art – et qui dit foire, dit marché. « Contemporain depuis 1968 » est le slogan de cette foire très populaire auprès des collectionneurs luxembourgeois, qui se tient au Tour & Taxis jusqu'à ce dimanche, 22 avril. Elle réunit 147 galeries d'art issues de 32 pays. Dont aussi trois galeries avec siège au Luxembourg : Ceysson & Benetière du Wandhaff y montre des travaux de douze de leurs artistes français et américains. Nosbaum-Reding (photo du haut : Christian Mosar) expose Damien Deroubaix, Balkenhof, Meier, mais aussi les Luxembourgeois Mike Bourscheid, Tina Gillen et Su-Mei Tse. Zidoun & Bossuyt, quant à elle, y représente, parmi la dizaine d'artistes de la galerie, Feipel & Bechameil (photo du bas : cm) et Franck Miltgen (artbrussels.com). jh



Théâtre



Hybris

Au Luxembourg, il y a les Théâtres de la Ville, maisons municipales de la capitale, 17 millions d'euros de budget annuel, le Théâtre d'Esch, 4,3 millions, et le Théâtre national, une asbl, 1,7 million... et après, ça commence à coïncider. Les budgets des petites salles, Centaure, Tol, Kasemattentheater, se comptent en dizaines de milliers d'euros. À cela s'ajoutent les associations de la scène libre, Maskénada ou Independent Little Lies, et les compagnies comme le Grand Boube de Carole Lorang ou celle de Stéphane Ghislain Roussel. Plus les troupes amateurs, comme le théâtre grand-ducal ou theater.lu, et d'innombrables formations de cabaret. Parfois, il y a trois premières de productions autochtones en une semaine, voire deux le même soir, on n'arrive plus à suivre tout ce qui se joue (deux ou trois représentations et c'est fini). Faut-il encore en ajouter ? Créer encore un « ensemble » ? *Ouiiiii!* rétorquent Tom Dockal et Jacques Schiltz (photo : applaudissements pour sa mise en scène de *Tod* au Kasemattentheater, TPC), metteurs en scène, et Anouk Wagener, actrice, qui viennent de lancer, le 13 avril, le Theatergrupp Volleksbühn – en référence à la Volksbühne berlinoise, bien sûr. D'ailleurs, la date de création est celle du départ de Chris Dercon, après seulement quelques mois à la tête du théâtre dont le prédécesseur, Frank Castorf, avait révolutionné le théâtre allemand, voire européen, en plus de vingt ans à la tête de la maison. « Les jeunes sont-ils complètement fous ? », demandent les instigateurs de la Volleksbühn dans un mélange de folie des grandeurs et de distance ironique dans leur communiqué. Avant de conclure que leur initiative est nécessaire parce que « le théâtre populaire a trop de potentiel pour le laisser à *Hoppen Théid* et à la nouvelle *Revue* ». Eux trouvent qu'alors que tout le monde parle de professionnalisation et de barèmes, il ne faut pas oublier que le théâtre, c'est aussi de la déconnade, de l'amusement, du plaisir, pour les acteurs et le public. Donc on attend de voir ce que ça va donner (volleksbuehn.lu). jh

Au Naturmusée, neuf instituts culturels donnent un aperçu des plus beaux objets de leurs collections. Où le Luxembourg est un pays rétrograde d'hommes blancs, catholiques et monarchistes

Wunderkammer nationale

josée hansen

La petite histoire dit ceci : lorsque Xavier Bettel (DP) devint ministre de la Culture, après le remaniement ministériel de la fin 2015, il fit, comme de coutume, le tour des instituts culturels pour s'enquérir de leurs activités. À la Bibliothèque nationale, on voulut lui en mettre plein la vue, comme de coutume aussi quand des invités de marque se présentent, et on sortit la *Bible géante d'Echternach*, XI^e siècle. Bettel est impressionné, s'étonne que le grand public ne sache pas quels trésors se cachent dans les collections des instituts culturels nationaux – et lance l'idée de faire une exposition pour les révéler. « Quand je suis arrivé avec cette idée, l'enthousiasme des responsables des instituts était immédiat », expliqua le ministre lundi, lors d'une conférence de presse à laquelle assistaient plus de hauts responsables culturels (douze alignés à la table officielle) que de journalistes. Plus de 730 curieux plus le couple grand-ducal s'étaient annoncés pour le vernissage mardi soir. Pas de doute, *(Un)expected treasures* est l'événement culturel de la mandature Bettel/Arendt, un geste programmatique reflétant cet enthousiasme presque naïf de Xavier Bettel pour les choses qu'il découvre au jour le jour. Car si lui ne connaît pas ces « trésors cachés », il doit en être de même du grand public, se dit-il. C'est donc une macédoine de choses, « eng Schnupperintroduction » selon Bettel, d'objets sortis des stocks, présentés à grands frais de scénographie (No Limits sàrl, avec le service muséologique du Naturmusée) et qui doit rendre curieux. Les instituts culturels, eux, ne s'y

***(Un)expected treasures* est un geste programmatique reflétant cet enthousiasme presque naïf de Xavier Bettel pour les choses qu'il découvre au jour le jour**

sont pas trompés en voyant dans le projet surtout une occasion de promouvoir leurs activités et leurs missions : chaque salle est tapissée de photos grandeur nature de leurs archives et de données sur les kilomètres de rayonnages dont ils disposent, le nombre d'objets qu'ils gardent ou de visiteurs qu'ils comptent.

Quel est donc le *storytelling* de cette exposition, l'histoire qu'elle raconte du pays sur base des rares objets – une centaine seulement – alignés sur des « îlots » thématiques au deuxième étage du Naturmusée ? C'est l'histoire d'un pays catholique, monarchiste, soumis aux occupations successives (enfin, surtout

des troupes napoléoniennes), avec une nature étonnante (le pliosaure, le dromadaire) mais en danger (la liste des plantes ayant disparues). C'est surtout un pays rétrograde, tourné vers le passé, auquel l'histoire semble advenir au lieu qu'il en soit l'acteur. Il n'y a pas d'autres migrations que celles des animaux, guère de traces de l'activité humaine (l'histoire industrielle en est complètement absente), seule l'écriture semble y exister, du *Codex mariendalensis* (XIV^e siècle) jusqu'à Roger Manderscheid et Anise Koltz, mais les arts plastiques n'y sont présentés que dans un aspect de *nation branding*, d'export (Joseph Kutter à l'exposition universelle à Paris, 1937 ; Su-Mei Tse, lion d'or à Venise, 2003). La monarchie y joue un rôle prépondérant, avec l'*Almanach royal* de 1685, l'histoire du *Wilhelmus* de Nik Welter, adapté au gré de l'histoire, ou un enregistrement du célèbre discours *Lëif Lëtzebuerger* de la grande-duchesse Charlotte en 1940 à la BBC. Mais ces éléments ne sont pas contextualisés, l'occupation nazie par exemple n'est que le cadre de ce discours de fierté nationale, ce volet de l'histoire étant probablement supposé connu. D'ailleurs c'est à se demander qui est le public de cette exposition, présentée en luxembourgeois (!) et en anglais, probablement davantage les autochtones que les touristes, qui ne s'y retrouveraient pas.

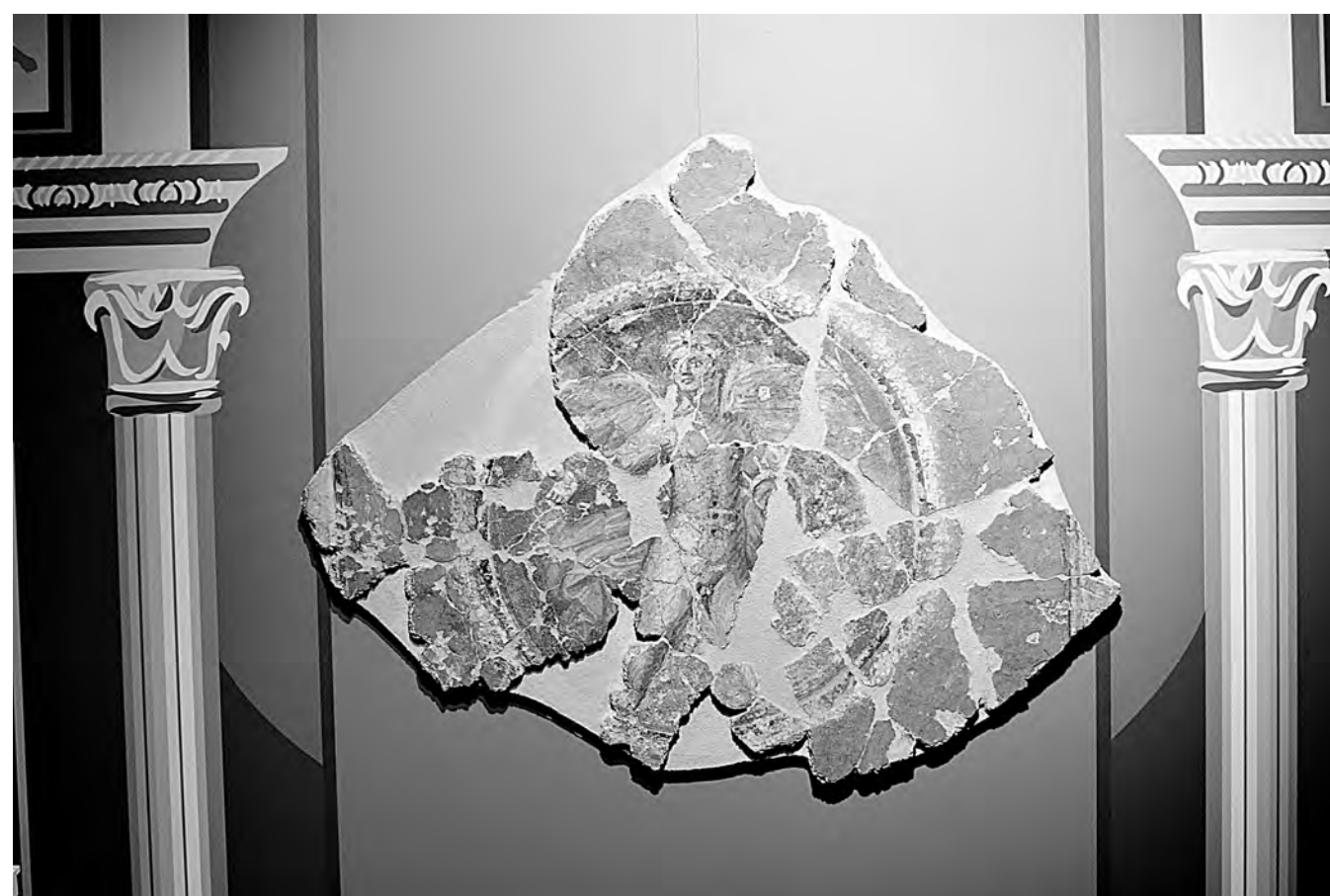
Patrick Michaely, le commissaire de l'exposition, est biologiste responsable de la communication au Naturmusée et cela se voit : les trésors naturels sont les

mieux (re)présentés : extraits d'herbiers, *Histoire naturelle* de Plinie, os d'animaux, holotypes, illustrations de Linden ou de Redouté... Pour réunir les autres objets, il est passé par les directeurs et les conservateurs des instituts culturels, qui lui ont fait des propositions parmi les « millions d'objets » dans leurs collections. Et le résultat est aussi un reflet de leur motivation de participer à l'exposition, dont le Naturmusée a assuré la production, grâce à un budget spécial du ministère de 100 000 euros : le Service des sites et monuments propose une grande photo panoramique de l'intérieur d'une église restaurée, une visite en réalité virtuelle du château de Vianden, et un îlot avec une cloche (Saint Gangolf Oberdonven, XV^e siècle) accompagnée de l'enregistrement de son bruit ainsi que d'une photo de la *Sprangprëssessiou* d'Echternach, patrimoine immatériel de l'Unesco (très à droite, le SSMN tel qu'il se présente ici). Le Musée national est discret, avec surtout cette monnaie du début du XII^e siècle, la première à porter le nom du pays, LVCELBVRG, acquise seulement l'année dernière lors d'une vente aux enchères (il est incompréhensible qu'il n'ait pas davantage valorisé les beaux-arts).

(Un)expected treasures est une nette régression en termes de muséologie. Le paysage muséal luxembourgeois ne s'est que récemment professionnalisé. La multiplication de maisons de plus en plus spécialisées ne date que de la fin du XX^e siècle – jusque dans les années 1990, il n'y avait qu'un seul musée

national, celui du Marché-aux-Poissons, qui réunissait histoire naturelle, histoire tout court, arts et traditions. Le Naturmusée, le Festungsmusée et le Centre national de recherche archéologique en sont des émanations. En plus, il y a les musées de la Ville, le Mudam et le Casino Luxembourg (qui sont exclus de l'exposition parce qu'ils ne sont pas des instituts culturels nationaux). Mais ces dernières deux décennies surtout, les musées luxembourgeois s'étaient enfin éloignés de l'idée de la *Wunderkammer*, du cabinet des curiosités de l'ère baroque, travaillant désormais de manière plus scientifique, complétant leurs collections et les valorisant dans des expositions thématiques sérieuses. Ici, en visitant cette exposition, on se sent comme l'enfant sur le grenier de la maison des grands-parents, qui découvre des objets curieux d'un autre temps dans les cartons poussiéreux entreposés là et que tout le monde semble avoir oubliés. Alors cela peut être un moment agréable, fait de petites surprises ou de souvenirs. Mais on n'en sort pas plus intelligent.

L'exposition *(Un)expected treasures*, avec des objets des collections de Archives nationales, Bibliothèque nationale, Centre national de l'audiovisuel, Centre national de littérature, Centre national de recherche archéologique, Musée Dräi Eechelen, Musée national d'histoire et d'art, Musée national d'histoire naturelle et Service des sites et monuments nationaux, commissaire : Patrick Michaely, Naturmusée, dure encore jusqu'au 26 août au Naturmusée au Grund ; fermé le lundi ; www.mnhn.lu.



L'image du pays telle que la présente l'exposition : un dromadaire du III^e siècle trouvé à Mamer, une mosaïque de la villa gallo-romaine trouvée à Schieren, les médailles honorifiques de Pierre Werner (CSV) et le *Vulleparlament* de Dicks (1848)

Festival Like a jazzmachine

Une nouvelle salve de jazz à Opderschmelz

Kévin KroczeK

Du 10 au 13 mai aura lieu la septième édition du désormais incontournable festival Like a jazzmachine au centre Opderschmelz à Dudelange. La programmation, à défaut d'être étonnante, est comme souvent prometteuse. Mélange générationnel et géographique pour un accordéon de courants musicaux. Plus ou moins 80 artistes vont se succéder sur scène avec comme unique point commun, leur amour pour la musique jazz, sous toutes ses formes. L'occasion, on l'espère, d'une communion du public autochtone et étranger avec les musiciens. L'occasion aussi pour les artistes locaux de tisser des liens professionnels sous l'égide de Music:IX.

La recette proposée est la même qu'à l'accoutumée : une seule scène, celle du grand auditoire, et donc aucun choix cornélien pour les spectateurs. De fait, il s'agit du principal avantage qui découle d'un festival de ce genre. L'événement est propice aux découvertes, les sièges sont occupés et les spectacles proposés obtiennent enfin les spectateurs qu'ils méritent. Un pari risqué pour une petite équipe qui semble avoir à cœur de construire un festival rayonnant, pensé sur le long terme. Qu'en est-il de cette programmation ? Quatre soirs de festivités et seize concerts de plus d'une heure chacun.

Le coup d'envoi sera donné le jeudi 10 mai au soir avec Peter Perfito, Daniel Erdmann et Henning Sieverts, artistes en résidence à Opderschmelz durant tout le mois d'avril. Suivra la Jeff Herr Corporation et son Manifesto, déjà présenté au centre culturel de Dudelange en novembre dernier. Le quartet du bassiste nord-américain Reggie Washington, figure emblématique du modern jazz de la fin du siècle dernier prendra la suite. Enfin, la soirée sera clôturée par une explosion festive de Cymande, groupe de funk britannique ayant connu son âge d'or dans les années 70 et qui effectue un revival depuis quelques années. Vendredi 11 mai, c'est un autre artiste en résidence, un luxembourgeois cette fois, Michel Meis, qui lancera la première salve. Le batteur, révélé avec Dock in Absolute, sera accompagné de son quartet composé de Cédric Hanriot au piano, Stephan Goldback à la contrebasse et Alisa Klein au trombone pour sept œuvres originales extraites d'un album qui paraîtra en janvier prochain. Le quartet d'Enrico Pieranunzi suivra avant que le bassiste français Stephane Kerecki, et ses musiciens, ne proposent une variation jazz autour des différentes vagues de la *french touch* électronique représentées par Daft Punk, Air, Phoenix et consorts. Un exercice périlleux, à ne pas loupier. Chlorine Free enfin, pour un mix entre jazz-funk, *groove* et hip-hop.

La programmation, à défaut d'être étonnante, est comme souvent prometteuse. Mélange générationnel et géographique pour un accordéon de courants musicaux

Festival Out of the crowd

Klassentreff

David André

Ce samedi 21 avril se déroulera la quinzième édition du festival Out of the crowd. À cette occasion, la Kulturfabrik d'Esch-sur-Alzette met à disposition ses deux salles de concert en alternance. La programmation, laissée aux mains du collectif Schalltot en collaboration avec les Rotondes, est à nouveau placée sous le sceau d'un éclectisme de bon aloi. Si le panel de genres abordés fait le grand écart entre *indierock*, pop, électronique, musique expérimentale, *mathrock* voire *afrobeat*, le festival reste fidèle à son credo identitaire : Monter une affiche pertinente où les découvertes et autres coups de cœur tant nationaux qu'internationaux

font bon ménage avec des formations à la réputation plus confirmée, tout au moins pour la frange assidue des plus mélomanes d'entre nous.

Il reviendra aux jeunes Seekers de débiter les festivités avec un rock débonnaire, frais et brut de décoffrage. Après cette entame, les Allemands de Dana.Plan proposeront leur *mathrock* atmosphérique, à cheval entre envolées lysergiques dignes d'un Maserati et riffs mastoc à la And So I watch you from afar. S'ensuivra l'*electronica* bigarrée martinée de hip-hop de Napoleon Gold, dont on attend toujours encore les premiers pas discographiques.



Le headliner Motorpsycho



Michel Meis

Samedi 12 mai, le trio de Nathalie Loriers offrira le premier set. La pianiste belge se présentera en compagnie de Tineke Postma au saxophone et Nicolas Thys à la section basse. Jazz classique mais maîtrisé en perspective. Une collaboration musicale intéressante ensuite, en effet, les musiciens luxembourgeois Maxime Bender et Pit Dahm, qu'on ne présente plus, s'allieront avec deux musiciens allemands, le bassiste Oliver Lutz et le fameux pianiste Joachim Kühn. Le projet a été peaufiné à Ibiza, au domicile du dernier ou toute la troupe a élu résidence. C'est un autre habitué des lieux qui enchaînera. Le saxophoniste français Sylvain Rifflet avec son dernier projet en date, *Refocus*. Une succession de titres à la manière de Stan Getz et son légendaire *Focus*. Une démarche ambitieuse qui bénéficiera de la basse de Simon Tailleu, de la batterie et du vibraphone de Guillaume Lantonnet ainsi que des cordes du Quatuor Appassionato. Enfin, la fin de soirée risque d'être mouvementée avec la jeune formation britannique Melt Yourself Down.

Ultime soirée le dimanche 13 mai avec pour introduction le trio DaDaDa. Roberto Negro au piano, Emile Parisien aux saxophones et Michele Rabbia à la batterie, avec pour promesse, une musique inspirée par les *Constellations*, célèbre série de tableaux de Juan Mirò. Michel Reis qui a fait sensation l'an dernier avec son quartet japonais mettra les bouchées double avec un double quartet nippon et allemand. Suivra l'imposant batteur new-yorkais Nasheet Waits et son Equality 4tet avant que le percussionniste suisse Reto Weber ne ferme le festival. L'occasion pour lui de fêter ses 70 ans sur scène. Une fois de plus donc, les passionnés ou simples curieux sont invités le temps de quelques soirées à participer à la grande messe de la « capitale du jazz du Luxembourg ».

Informations et réservations : jazzmachine.lu

Le festival reste fidèle à son credo identitaire : Monter une affiche pertinente où les découvertes et autres coups de cœur tant nationaux qu'internationaux font bon ménage

Notons qu'en concert, le producteur Antoine Honorez s'adjoint les services d'un batteur, ce qui donne à ses sets une palette sonique plus jazzy voire proche du *postrock*.

Premier gros risque de frisson qui s'annonce avec la formation newyorkaise de Grooms. Le trio apose sa touche toute personnelle à un *indierock* à guitares grâce à un sens du relief et du rythme renvoyant à l'onirisme panthéiste et obsédant d'un Can, comme l'illustre le très recommandable et récent *Exit index*. Toujours au rayon américain, la pop synthétique et minimaliste de Porches prendra ensuite le relais. Vous aimez les duos guitare-batterie qui empiètent les riffs et les pédales en (ab-)usant de *loops* ? Alors, les Norvégiens d'Aiming for Enrike devraient convenir avec leur *mathrock* sur-vitaminé.

En provenance de Bruxelles, BRNS a déjà plus d'une fois arpenté les scènes grand-ducales. À raison, diront leurs apologistes, tant leur rock biscornu aussi à l'aise dans les ambiances élégiaques que dans les éruptions de percussions et de guitares se sublime en concert. Retour une dernière fois à la scène nationale avec No metal in this battle et leur mélange fiévreux d'*afropunk* et de *postrock* qu'on ne présente plus. Le *noiserock*

couillu et endiablé sera ensuite à l'honneur avec le trio canadien de Metz, considéré comme les dignes perpétuateurs de l'école US *nineties* dont les mentors sont Jesus Lizard ou encore Shellac. Rien d'étonnant dès lors à voir leur dernière plaque, *Strange peace*, produite par le pape du genre, Monsieur Steve Albini *himself*.

Les britanniques de TTNG (This town needs guns) suivront avec leur *emorock* composé d'arpèges et autres *tappings* savants qui avait déjà retenu l'attention des organisateurs en 2008. Quant au statut de tête d'affiche, il revient indubitablement à Motorpsycho. La formation culte norvégienne prêche à qui veut l'entendre sa déclinaison d'un rock psychédélique volontiers progressif, mais également inclassable. La raison en est une discographie pléthorique qui n'a eu de cesse de fureter dans de multiples recoins tout en gardant un cachet reconnaissable entre mille. Pour ne rien gâcher, le trio soigne ses performances scéniques asseyant de la sorte un peu plus sa stature de cadors des planches. La galerie Terre Rouges, quant à elle, accueillera des stands de disquaires et de *merchandising* tout au long du festival.

Pour plus d'informations : www.kulturfabrik.lu, www.oocfestival.com/

APPEL À CANDIDATURES pour la conception, la réalisation et l'installation d'œuvres d'art à la façade extérieure du nouveau bâtiment de la Chambre des salariés

La Chambre des salariés (CSL) lance un appel à candidatures en vue de la sélection par concours d'idées d'un ou de plusieurs artistes pour la conception, la réalisation et l'installation d'œuvres d'art à apposer sur les façades extérieures du nouveau bâtiment de la CSL, sis à L-1726 Luxembourg, 2, rue Pierre Hentges.

Les artistes désirant participer au concours doivent rapporter la preuve de leur qualification et compétence en soumettant un **dossier** contenant des pièces et justificatifs dont le détail est repris dans l'appel à candidatures, publié sur www.culture.lu. Les détails des conditions de participation y sont également publiés.

Le concours comporte deux phases : une première phase de présélection et une deuxième phase du concours même.

Une commission de sélection procédera :

1. à la présélection des candidats sur base des dossiers de candidatures conformes aux conditions de participation et remis avant le **30 mai 2018, 16 heures**. La sélection se fera plus particulièrement sur base de l'analyse des références présentées, sur base également de l'analyse des lettres de motivation quant à l'approche envisagée pour satisfaire aux préoccupations formulées par la CSL et sur base de la qualité artistique du dossier de candidature.

Les dossiers pour la présélection doivent être remis à l'adresse de la CSL, 18, rue Auguste Lumière, L-1950 Luxembourg. Les langues pouvant être utilisées pour le projet sont le français et l'allemand.

2. Le nombre de candidats qui seront admis à **présenter lors d'un entretien un projet** de création artistique, au terme de la première phase de sélection, est de 3 à 10. La date limite pour la remise des projets est le **30 septembre 2018**.

Coordonnées pour l'envoi des dossiers de candidatures

Chambre des salariés (CSL)
M. Norbert TREMUTH, directeur
18, rue Auguste Lumière
L-1950 Luxembourg
Courriel : direction@csli.lu



L'intégralité de l'appel à candidatures et le règlement du concours sont disponibles sur www.culture.lu

Zeitgenössische Kunst

Der Blick auf das Unsichtbare

Florence Thurmes

In seinem künstlerischen Schaffen untersucht Rainier Lericolais das menschliche Sehen, oder vielmehr das Übersehen. Er zeigt uns Dinge und Prozesse auf, die im Alltag nicht sichtbar sind, sich dem Begreifen entziehen oder einfach übersehen und überhört werden. Um den Blick auf das Verborgene zu lenken, nutzt er eine breite Palette an Techniken – Skulpturen aus Karton beispielsweise, Abguss von Wasser, Hinterglasmalerei oder Fotografien von Bildschirmen die sich ausschalten. Den Inhalt generiert er aus kunsthistorischen, lyrischen, filmischen oder musikalischen Bezügen. Die Galerie Nosbaum Reding widmet noch bis zum 12. Mai seinen neuen Werken eine kompakte Ausstellung.

Zeichnung und Musik zählen zu den Hauptintersesthemen von Lericolais (1970 geboren in Châteauroux). Die Zeichnung wird in seine Arbeiten in ihre vielschichtigen Facetten dekliniert, und ihre Potentiale treten zum Vorschein, ohne dass der Künstler von einem Bleistift Gebrauch macht. Neben seiner Arbeit als bildender Künstler ist er zudem als professioneller Musiker kreativ tätig und bedient sich hierbei hauptsächlich der Technik des Sampling, die musikalische Klänge auf dem Bildschirm visualisiert und ihm erlaubt, den Ton zur Zeichnung werden zu lassen. Die musikalische Dimension interferiert immer mit seinen Kunstwerken. Genau wie Töne, die verklingen sobald man sie vernommen hat, thematisieren die visuellen Arbeiten die Vergänglichkeit. Auf oft vielfältige Weise versucht Lericolais den Prozess des Aufzeichnens von Gedanken und der im Gedächtnis hinterlassenen Spuren festzuhalten und widerzuspiegeln. Durch die heterogene und neuartige Qualität seiner Werke gelingt es Lericolais, neue Bilder in unserem Gedächtnis zu erzeugen.

Die Ausstellung in der Galerie Nosbaum Reding zeigt insbesondere Werke, die sich mit dem Pro-

zess des Abdrucks und des Transfers befassen. Ausgestellt sind mehrere Hinterglasmalereien mit Frauenporträts, Bilder mit kohlschwarzen Hintergründen, aus denen feine weiße Spiralförmigkeiten hervortreten, und auf den ersten Blick geometrisch wirkende Wandskulpturen. Die Wirkung der Farbe tritt bei der Hinterglasmalerei, mit der schon Künstler wie Paul Klee experimentierten, besonders raffiniert hervor. Die halb nackten weiblichen Figuren lassen durch die geometrischen Formen und die kühlen blauen und grauen Töne auch an einen El Lissitzky denken.

Interessanter sind zweifelsohne die minimalen und geometrischen Objekte aus braunem und schwarzem Holz, die wie Regale wirken. In das Holz sind Aufnahmegeräte wie Musikkassetten, VHS Kassetten oder Minidisks integriert, als ob das Kunstwerk etwas abspielen oder aufnehmen wolle. Diese etwas älteren Aufnahmemedien verweisen auf die Kurzlebigkeit der Technik, insbesondere der Tontechnik, aber auch darauf, dass überholt geglaubte Dinge wieder wichtig werden und zurückkommen können, wie die Kassette, die heute im Sinne der Mikroökonomie genutzt wird.

Lericolais kombiniert dieses Material mit literarischem Text oder Noten einer Partitur. Es ist kein Zufall, dass er hierfür auf Bücher wie *Le plan de laiguille* des Schweizer Schriftstellers Blaise Cendrars oder *Morels Erfindung* des argentinischen Literaten Adolfo Bioy Casares zurückgreift. In letzterem schildert Casares einen Gesetzesflüchtigen, der auf einer verlassenen Insel Zuflucht sucht und dort auf eine Gruppe Menschen trifft, die Woche für Woche die gleichen Aktionen vollziehen. Der Protagonist entdeckt, dass es sich hierbei lediglich um Abbildungen von Menschen handelt, die der Wissen-

Rainier Lericolais' Ausstellung in der Galerie Nosbaum Reding zeigt insbesondere Werke, die sich mit dem Prozess des Abdrucks und des Transfers befassen

schaftler Morel durch eine komplexe Maschine zu verewigen sucht. Das Buch von Casares mit seiner Maschine, die die Menschen zwar aufzeichnen, aber nur ohne Substanz wiedergeben kann, gilt als Vorreiter der lateinamerikanischen Sciencefiction.

Die Referenz im Werk von Rainier Lericolais unterstreicht dessen eigene Analyse von Zeit und Zeitlosigkeit, aber auch das absurde Streben, den Tod durch Technik übergehen zu wollen. Gerade in einer digital vernetzten und schnelllebigen Welt spielen Begriffe wie Zeit und Transfer und ihr Verständnis eine wichtige Rolle. Die Ausstellung von Rainier Lericolais kann als künstlerischer Beitrag dieser Analyse gesehen werden und setzt das Kreative dem Technischen entgegen.

Die Ausstellung von Rainier Lericolais ist noch bis zum 12. Mai 2018 in der Galerie Nosbaum Reding zu sehen. Öffnungszeiten: dienstags bis samstags von 11 bis 18 Uhr; www.nosbaumreding.lu.



Minimale und geometrische Objekte aus braunem und schwarzem Holz, die wie Regale wirken

Theater

Wirklichkeitssplitter

Anina Valle Thiele

Schon der Titel ist ein Zungenbrecher: *Splittergesichte* ist Daniel Dumonts Debüt als „Autor in residence“ im Théâtre national du Luxembourg in der Spielzeit 2017/2018. Er selbst führt in dem Stück Regie. In seiner (Antritts-)Rede vom Theater stellt Dumont – genau wie schon seine Vorgänger Rafael Kohn und Olivier Garofalo – grundsätzliche, politische Fragen und erklärt, dass er die totesagte Kunstform der Tragödie wiederbeleben wolle. Verhängnisvolle Zusammenhänge und katastrophale Entwicklungen, die als Zwang und unentrinnbar erlebt werden, gebe es im wahren Leben, schuldhaft Verstrickungen hätten ihren Platz auf der Bühne. Wer schuldig ist, wer unschuldig, ist bei Dumont, der Inszenierungen bei der freien Theatergruppe „aufBruch“ mit Inhaftierten und Schauspielern an öffentlichen Orten in Berlin realisiert, eine Grauzone.

Das Bühnenbild (Anja Micolajetz) ist ausgefallen: graue Säulen, Torbögen, durch die die Schauspieler entwinden können. Es wirkt magisch-verwunschen, das Grau vermittelt zugleich Einsamkeit. Im Kontrast dazu stehen die blass-rosa-pfirsichfarbenen Kostüme der beiden Schauspielerinnen,

Daniel Dumont zeichnet mit *Splittergesichte* das Bild einer sich zersetzenden Gesellschaft, in der die Intrigen im Privaten nicht vom Politischen zu trennen sind

die dennoch mit dem Grau harmonisieren. Josiane Peiffer als kaltblütig-kalkulierende Spitzenkandidatin Renate Stengelmann zerbricht zu Beginn fast an einer Nachricht: Ihr Ehemann Ludwig ist raus aus dem Politgeschäft. Sein Tod ebnet der Spitzenpolitikerin den Aufstieg. „Du hast Vater in den Tod

getrieben!“, ist sich Tochter Halina (Melanie Isakowitz) sicher. Doch noch ist alles unklar. War es ein Unfall? Selbstmord oder ein Verbrechen? Ist Ludwig Stengelmann wirklich tot? Und wer ist der streunhaft wirkende Mann, der plötzlich auftaucht? Das grandiose Pantomimenspiel Luc Feits in den drei Rollen des verstorbenen Vaters, des Onkels und eines Unbekannten sorgt dafür, dass die Inszenierung rasch Fahrt aufnimmt, etwa, wenn er einer Zitrone komplizenhaft zuflüstert: „Sei nicht sauer!“

Josiane Peiffer als Spitzenpolitikerin, die über Leichen geht, wirkt dagegen blass. Das eiskalte Wesen nimmt man ihr nicht ab. Was ist hier Schein? Was kein Trug(bild)? Der selbstbeschwörende Monolog der Staatsanwältin aus einer Politiker-Dynastie wirkt hölzern – vor allem, wenn sie ein Podest besteigt und im Stile von Chaplins *The Great Dictator* aufs Volk hinab spricht und Phrasen drischt ...

Doch wenn sie davon schwadroniert, dass „wir zu einem neuen Menschsein und Miteinander finden müssen“, wirkt das grotesk und erinnert verblüffend an die ewig gestrige Rhetorik der neuen Führer. – Ein

gelungener Coup Daniel Dumonts, bei dem das verlogene Privatleben der Stengelmanns als Parabel fürs Politische herhält und der in seiner *Rede vom Theater* fragt: „Ist unser Zusammenleben bedroht? Sind die Bande in unserer Gesellschaft und Weltgesellschaft zerrissen? (...) Wäre es nicht gut, die Wirklichkeitsplitter zusammenzufügen?“

Schauspielerisch beeindruckt Feit in jeder Sekunde, ob als herumlungender Taugenichts mit Sozialneid oder als Onkel. Ihm fallen die Schlüsselsätze zu, um den Zustand des krankenden Familien-Mikrokosmos der Stengelmanns schnöde auf den Punkt zu bringen: „Alles kränkelt und ist abgestanden!“ Und wenn er splitternackt und zerzaust von den Toten aufstanden auf der – am Ende in apokalyptisch rotes Licht getauchten – Bühne steht, will man dem Regisseur sogar die Überzeichnung seiner lieblichen Frauenfiguren verzeihen.

Daniel Dumont zeichnet mit *Splittergesichte* das Bild einer sich zersetzenden Gesellschaft, in der die Intrigen im Privaten nicht vom Politischen zu trennen sind. Seine Tragödie ist kein ganz großer Wurf, aber

sie zeigt, dass kluge Inszenierungen ohne zu viel Aufwand und kitschiges *Happy-End* möglich sind. Die in seiner *Rede vom Theater* formulierte Intention klingt fast lapidar: „Wer zu lange schweigt, tickt aus. Und wo die Politik aufhört, ist Gewalt und Krieg. Nicht jedes Drama ist eine Komödie mit glücklichem Ausgang ...“ Vielleicht besteht der Schlüssel zum Erfolg manchmal gerade darin, die Latte nicht zu hoch zu legen. Dumonts Regiedebüt am TNL ist nicht zuletzt gelungen, weil es am Ende dem Zuschauer überlassen ist, die Wirklichkeitssplitter zusammenzufügen.

Daniel Dumont trug seine *Rede vom Theater* am 26. März 2018 im CNL vor. Der Text ist als Heftchen erschienen und kann für 5 Euro beim Centre national de littérature bestellt werden: <https://shop.litteraturarchiv.lu/fr/essais/175-rede-vom-theater-3.html>

Splittergesichte; Text und Regie: Daniel Dumont; Bühne: Anja Micolajetz; Mit: Luc Feit, Melanie Isakowitz, Josiane Peiffer; weitere Spieltermine: heute Abend, 20. April, um 20 Uhr und am Sonntag, 22. April, um 17 Uhr im TNL. Eine Produktion des Théâtre National du Luxembourg; www.tnl.lu.



Luc Feit, Melanie Isakowitz und Josiane Peiffer



Poste vacant

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Le Service national de la jeunesse se propose d'engager

un(e) employé(e) A1

à 40 heures/semaine et à durée déterminée, jusqu'au au 7 mars 2019.

Les candidat(e)s au poste d'employé(e) doivent :

- être titulaires d'un grade ou diplôme délivré par un établissement d'enseignement supérieur reconnu par l'État du siège de l'établissement et sanctionnant l'accomplissement avec succès d'un master en pédagogie, en psychologie ou de son équivalent.

Le poste se situe dans le cadre des ressources du secteur enfance dont la mission principale consiste à développer des documents pédagogiques à l'intention du personnel éducatif du secteur « enfance ». Les tâches y relatives peuvent être consultées à l'adresse internet suivante : <http://postes-vacants.men.lu/>

Les candidat(e)s auront une connaissance adéquate des langues luxembourgeoise, française, allemande et anglaise. Ils (Elles) maîtriseront par ailleurs les outils informatiques usuels.

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures accompagnées d'un curriculum vitae, d'une copie du diplôme requis ainsi que d'une photo récente sont à envoyer à Monsieur le Directeur du Service national de la jeunesse B.P. 707 L-2017 Luxembourg pour le 27 avril 2018 au plus tard.

Vacance de poste

La Direction de la Santé

se propose de recruter

Un médecin (M/F) pour la division de l'inspection sanitaire, à plein-temps et à durée indéterminée sous le statut du fonctionnaire de l'État.

Les demandes avec lettre de motivation, curriculum vitae et copies des diplômes sont à adresser pour le 7 mai 2018 au plus tard à

Dr Jean-Claude Schmit
Directeur de la santé
Villa Louvigny, Allée Marconi,
L-2120 Luxembourg.
Les renseignements relatifs au profil de poste et aux exigences particulières peuvent être consultés sur le site www.sante.public.lu.

Tout renseignement supplémentaire peut être demandé par téléphone ou par e-mail au Dr Pierre Weicherding tél. : +352 247-85650 ; Pierre.Weicherding@ms.etat.lu.

Poste vacant

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Le Service national de la jeunesse se propose d'engager

un(e) salarié(e)

à 40 heures/semaine et à durée indéterminée.

Les candidat(e)s au poste de salarié(e) doivent :

- être titulaires d'un diplôme d'aptitude professionnelle (DAP) ou d'un certificat d'aptitude technique et professionnelle (CATP) dans le métier d'électricien.

La mission de ce poste est d'assurer des travaux de maintenance des parties communes du campus Geesseknäppchen. Les tâches y relatives peuvent être consultées à l'adresse internet suivante : <http://postes-vacants.men.lu/>

Les candidat(e)s auront une connaissance adéquate des langues luxembourgeoise, française, allemande et anglaise. Ils (Elles) maîtriseront par ailleurs les outils informatiques usuels.

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures accompagnées d'un curriculum vitae, d'une copie du diplôme requis ainsi que d'une photo récente sont à envoyer à Monsieur le Directeur du Service national de la jeunesse B.P. 707 L-2017 Luxembourg pour le 27 avril 2018 au plus tard.

Poste vacant

La Représentation permanente du Luxembourg auprès de l'Office des Nations unies à Genève

désire recruter

1 employé(e) (m/f) recruté(e) sur place.

Poste à temps plein à raison de 40h/semaine.

Profil demandé :

- Études secondaires ou équivalentes accomplies ;
- Excellente maîtrise des langues française et anglaise, langues luxembourgeoise et allemande considérées comme un avantage ;
- Sens de l'initiative et aptitude à travailler de manière indépendante au sein d'une équipe motivée ;
- Maîtrise parfaite du travail sur ordinateur (Microsoft Office) ;
- Expérience préalable auprès d'une Ambassade ou un environnement gouvernemental ou diplomatique et/ou une expérience de travail avec les institutions gouvernementales suisses et les organisations internationales à Genève seront considérées comme un avantage supplémentaire.

Description des tâches :

Préparation de dossiers politiques, économiques et culturels, préparation de et participation à des réunions, tâches de secrétariat et d'organisation, liaison avec les organisations onusiennes, les autorités suisses et luxembourgeoises.

Les candidatures sous forme de lettre de motivation, munies d'un curriculum vitae, de copies des diplômes et d'une photo d'identité sont à adresser pour le 28 avril 2018 au plus tard au Ministère des Affaires étrangères et européennes
Direction des finances et des ressources humaines
9, rue du Palais de Justice
L-1841 Luxembourg,
ou à envoyer à l'adresse e-mail : simone.legil@mae.etat.lu / tina.herber@mae.etat.lu.

Pour tout renseignement supplémentaire, les candidat(e)s intéressé(e)s voudront prendre contact au numéro de téléphone : 247-82418 (Simone Legil) / 247-72418 (Tina Herber).

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 17.05.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de démolitions à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une nouvelle tribune du Stade National d'Athlétisme sur le site de l'INS à Luxembourg

Description succincte du marché :
– Décapage du revêtement chaussée : 300 m²
– Démolitions de gradins et de garages en béton armé
– Découpe en pente de mur en béton armé :100 m²
– Dépose et évacuation de mats d'éclairage en béton : 4 pce
– Mise hors service des alimentations TGBT
– Terrassement dans remblai : 300 m³
Les travaux sont adjudgés en bloc à prix unitaires.
La durée des travaux sur le chantier est de 24 jours ouvrables à débiter le 1^{er} octobre 2018.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de démolitions à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une nouvelle tribune du Stade National d'Athlétisme » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
16.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800569 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 07.06.2018 à 10.00 heures.

Lieu d'ouverture :
Fonds du Logement
52, boulevard Marcel Cahen
L-1311 Luxembourg

Description :
2404 – Construction de deux résidences Place des Alliés à Differdange – Travaux de bardage en bois

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1800574 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 31.05.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Contrat d'assurance Tous Risques Chantier dans l'intérêt de la construction du Lycée technique pour professions de santé et hall des sports Logopédie à Strassen.

Description succincte du marché :
– Date d'effet du contrat : mi-2018
– La durée du contrat est de 50 mois.
– Le montant total des travaux à assurer est estimé à 106 500 000 euros.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour un Contrat d'assurance Tous Risques Chantier dans l'intérêt du Lycée technique pour professions de santé à Strassen » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
19.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800598 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 13.06.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Division des travaux neufs (DTN)
21, rue du Chemin de Fer
L-8057 Bertrange
Bâtiment H1, 2^{ème} étage

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Aéroport de Luxembourg Findel : Evacuation des eaux superficielles du bassin versant de la Syre – Construction d'un bassin de rétention pour les surfaces tarmac – Projet S2

Description succincte du marché :
Les travaux projetés prévoient la construction d'un bassin de rétention comprenant des compartiments séparés pour les eaux des surfaces « tarmac » (V=9 500 m³) et les eaux d'incendie (V=3 500 m³) ainsi que la pose des canalisations en amont et en aval du bassin.

Une partie des travaux est à réaliser dans l'enceinte sécurisée de l'aéroport, avec les contraintes spécifiques de « sécurité » d'accès et de contrôles.

Masses des positions principales :
– Déblais d'ouvrages : 99 000 m³
– Evacuation de déblais en excès : 92 000 m³
– Mouvement de terres d'un stock préexistant sur site : 22 000 m³
– Coffrage d'ouvrages : 31 000 m²
– Bétons non armés : 3 500 m³
– Bétons armés : 13 500 m³
– Armatures de ferrailage : 2 086 000 kg
– Déblais en tranchée y compris pré-fouilles : 42 000 m³
– Blindage de tranchée : 8 000 m²
– Pose de tuyaux en béton armé DN1200-DN2000 : 700 ml
Début prévisible des travaux : janvier 2019
Durée prévisible des travaux : 440 jours ouvrables

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu) ou bien être retirés auprès de

l'Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs
21, rue du Chemin de Fer
à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1 2^{ème} étage,
à partir du 23.04.2018 les jours ouvrables de 09.00 à 11.30 heures après commande 2 jours à l'avance et par courriel à l'adresse dtm@gch.etat.lu.

Les pièces de soumission ne peuvent être délivrées que jusqu'au 06.06.2018 jusqu'à 11.30 heures.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour l'Aéroport de Luxembourg Findel Evacuation des eaux superficielles du bassin versant de la Syre Construction d'un bassin de rétention pour les surfaces tarmac Projet S2 » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixée pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
19.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800589 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 23.05.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de démolition, de gros œuvre et d'aménagements extérieurs à exécuter dans l'intérêt de l'assainissement et mise en conformité du Centre Héliar à Weilerbach.

Description succincte du marché :
– Travaux de démolition et de stabilisation de bâtiments ;
– Reprise en sous-œuvre : env. 150 m³ ;
– Mise en oeuvre de béton : env. 750 m³ ;
– Réalisation de murs non porteurs, mise à la terre ;
– Isolations et étanchéités ;
– Travaux d'aménagements extérieurs ;
– Revêtement en asphalte : env. 4'750 m² ;
– Surface en « Schotterrasen » : env. 400 m² ;
– Canalisations : env. 950 m ;
– Conduite incendie : env. 250 m ;
– Conduite chauffage urbain : env. 300 m ;
– démontage et enlèvement des installations techniques.

Les travaux sont adjudgés en bloc à prix unitaires.
La durée des travaux est de 336 jours ouvrables à débiter pour le 1^{er} octobre 2018.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de démolition, de gros oeuvre et d'aménagements extérieurs dans l'intérêt du Centre Héliar à Weilerbach » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
19.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800581 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

d'LëtzebuengerLand

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32 ; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Exposition

Le mai le joli mai



Affiches historiques dans l'exposition

Lucien Kayser

La qualification est empruntée à Guillaume Apollinaire, c'était pendant son séjour rhénan, comme précepteur, peut-être malgré un amour malheureux une période bénie de sa vie. Les deux y sont, dans le poème, car à peine le mois printanier est-il évoqué, qu'il est question d'une barque sur le Rhin, donc du temps qui passe, qui fuit, elle s'éloigne, il ne reste que le souvenir des dames qui regardaient du haut de la montagne. Et les saules riverains qui pleurent. Cinquante ans après, pour Mai 68, que temps est-il, de quelle souvenance, commémoration, instrumentalisation.

Les manifestations ne vont pas manquer, ont déjà commencé, le coup d'envoi jadis ne fut-il pas donné non plus un 22 mars à Nanterre. C'est fin février que le Palais des beaux-arts, au quai Malaquais, les espaces d'exposition donc de l'École nationale supérieure se sont retournés dans le temps, ont refait fleurir à leurs murs, dès l'entrée, les affiches qui à l'époque étaient sorties de l'atelier de sérigraphie, « la police s'affiche aux Beaux-Arts, les Beaux-Arts affichent dans la rue ». À deux reprises, en effet, il y a eu descente de police, le 27 juin 1968, pour fermer l'Atelier populaire, en février 1974, pour mettre fin aux réunions hebdomadaires du FHAR, Front homosexuel d'action révolutionnaire.

Belle entrée en matière pour une exposition dont le catalogue, avec toutes les reproductions, et des textes qui se souviennent, décrivent, fait plus de 800 pages. Et lui comme l'exposition elle-même ne s'en tiennent pas là. Les deux font revivre une époque, que rien ne caractérise mieux que la notion d'élan, et lui allait dans tous les sens, par-dessus les partis politiques, qui n'étaient que l'écume de la houle qui a saisi, plus fortement que d'autres pays, la France. Il y avait bien sûr ce qui se passait dans les lycées, les universités, irradiant dans les usines, jusque dans les exploitations agricoles. Les individus en étaient saisis, dans leur esprit, dans leur corps ; la société mise en question dans son fonctionnement, travailleurs immigrés, mal-logés, prisonniers, et les combats pour une trans-

Images en lutte aux Beaux-Arts, où art et politique se sont rejoints sur les murs de Paris

formation des structures sociales vite relayés par la montée des mouvements féministes, ceux de défense des homosexualités.

Le catalogue comme l'exposition rend compte de pareil bouillonnement, effervescence qui n'avait pas de secret et quasi mythique organisateur, comme le suggèrent dans ces cas-là les ministres de l'intérieur. Et tant pis si la spontanéité a comme contrecoup un manque d'organisation. On n'était pas en guerre, même si les combats lointains, meurtriers ceux-là, au Vietnam par exemple, jouaient à plein dans les consciences. Après coup, on dira que l'imagerie révolutionnaire fut quelque peu candide ; il reste que l'extrême-gauche française n'a que très marginalement basculé dans des actions violentes.

Les affiches sorties des Beaux-Arts, du travail nocturne des volontaires, on connaît leurs dessins forts, fortement simplifiés, la silhouette de De Gaulle, les casques des CRS, les toitures en dents de scie des usines, le poing levé. Plus de subtilité, de la poésie carrément, du moins par moments, dans les textes, pour (faire) -croire à la plage sous les pavés, ou inviter de façon toute libertine : *Prolétaires de tous pays, caressez-vous !* Des deux côtés, une même volonté d'efficacité, de percussion, frapper fort, produire un choc.

Dans l'exposition, une grande place est faite aux artistes, à leurs œuvres, et le visiteur dès lors voit que les questionnements esthétiques n'étaient pas abandonnés. Quitte à s'inscrire là aussi dans une interrogation plus large, matérialiste sans doute, quand le groupe Supports/Surfaces se penche avec radicalité sur les données originelles de la création. Pour tels artistes, l'art céda le pas à leur engagement militant, ainsi Pierre Buraglio, pendant quelque temps, renonce à la peinture et s'en va à l'usine. Heureusement, il reprendra son travail d'artistes, en 1973, on s'en félicite devant la couverture qu'il avait faite, dès 1969, pour le programme du *Prix de la révolte au marché noir*, de Dimitriadis, mis en scène par Chéreau au Théâtre de Sartrouville.

Avec les manifestations, les publications vont pulluler autour de Mai 68, comme la réédition du journal satirique *L'Enragé*, édité irrégulièrement de mai à novembre par Jean-Jacques Pauvert, douze numéros en tout. Deux années plus tard, c'est la naissance de *Charlie Hebdo*, qui continue malgré l'attentat de 2015 (à lire impérativement *le Lambeau*, de Philippe Lançon, survivant miraculé). Et cinquante ans après, aujourd'hui, tristesse, ou colère, de prendre connaissance des résultats d'une enquête menée par une équipe de sociologues, qui ont analysé les déclarations de 7 000 lycéens, âgés de quatorze à seize ans, issus pour beaucoup de quartiers populaires avec l'islam comme marqueur, mais pas uniquement ; un quart d'entre eux, est-ce peu, non, c'est trop, beaucoup trop, disant que les victimes de l'attentat « l'ont un peu cherché ».

Un maître-mot de Mai 68 a été libéré (d'expression, de création). On terminera avec un autre poète, Paul Eluard : « Sur l'espoir sans souvenir / J'écris ton nom... Liberté ».

L'exposition *Images en lutte – La culture visuelle de l'extrême-gauche en France (1968-1974)* ; commissaires : Philippe Artières et Éric de Chassey, dure encore jusqu'au 20 mai au Palais des Beaux-Arts, 13 quai Malaquais, Paris VI* ; www.beauxartsparis.fr.

Cinéma

Au cœur des ténèbres

Vers la fin du XIX^e siècle, un capitaine chevronné, Joseph Blocker, a pour mission d'escorter un chef cheyenne mourant, Yellow Hawk, vers sa terre natale. Blocker qui se définit comme un professionnel du « massacre des sauvages » accepte à contrecœur. Yellow Hawk était son pire ennemi. Mais la rencontre d'une femme dont le mari et les trois enfants ont été assassinés par des maraudeurs comanches modifie le sens de la mission.

Quatrième film réalisé par l'acteur américain Scott Cooper, *Hostiles* est un très beau western crépusculaire injustement boudé par le public. Le récit est né de la découverte, par hasard, d'un synopsis oublié de Donald Stewart, mort en 1999 et connu pour avoir remporté l'Oscar de la meilleure adaptation en 1982 pour *Missing* de Costa-Gavras.

Usant du western comme condensé de l'histoire humaine et expression du sens tragique de la vie, Cooper s'est attaché à construire la psychologie de ses personnages à partir des acteurs appréhendés pour chacun des rôles. Christian Bale (le *Batman* de la trilogie de Christopher Nolan) est remarquable de retenue et d'émotion dans le rôle du capitaine Blocker, un militaire féroce et raciste qui connaît mieux cependant la langue et la culture cheyennes que les vertueux qui dénoncent sa violence aveugle. Rosamund Pike (ex-*James Bond Girl* et tueuse perverse de *Gone Girl* de David Fincher) est Rosalie Quaid, la femme traumatisée par le massacre de sa famille. Habitué des rôles d'Indiens, Wes Studi est Yellow Hawk, un guerrier cheyenne, qui a tant donné la mort qu'il n'a pas peur de la recevoir à son tour.

Hostiles de Scott Cooper est un très beau western crépusculaire, injustement boudé par le public

La séquence d'ouverture du film est magistrale. Une citation de l'écrivain britannique David Lawrence indique le sens du récit : « The essential american soul is hard, isolate, stoic, and a killer. It has never yet melted ». Elle laisse aussitôt la place à une petite ferme que l'on distingue au loin, dans une plaine, entourée de montagnes. La quiétude est rompue par une chevauchée brutale et effrayante. Le spectateur est à la fois, dans la maison, dont la porte s'ouvre sur la menace extérieure, et au milieu des êtres ensauvagés qui galopent vers la ferme. Hommage obligé au classicisme fordien, et rappel à l'ordre réaliste, l'ouverture du film se présente comme la mise en scène cruelle et violente du massacre hors-champ de *The Searchers* (John Ford, 1956). Mais nous ne sommes plus dans les récits de quatre sous qui faisaient le succès des premiers imprimés de la fin du XIX^e siècle à coups de sensations et de fantasmes sur la femme blanche enlevée par les Indiens. Cooper donne à voir l'Histoire. Celle d'une Amérique naissante qui pacifie son « Wild West » intérieur comme une puissance impérialiste le ferait à l'égard d'un pays étranger, soumettant des peuples entiers à l'arbitraire colonial et à la loi des armes. Nous ne sommes pas non plus dans la réhabilitation des figures oubliées de l'histoire officielle comme dans le western critique du Nouvel Hollywood.

La furie vengeresse enclenche le cycle infernal de la violence et de la guerre civile. Elle oblige à tuer pour sauver sa peau, dans un monde hostile ; par habitude, ou pire, par plaisir. Le mal est partout qui court des bourreaux aux victimes. La balade qui en découle devient une quête introspective où l'homme puise au plus profond de lui-même l'énergie affective et morale susceptible de racheter la part sombre et violente qui demeure en lui.

Combinant réalisme ethnographique (des spécialistes cheyennes et comanches ont permis de restituer avec précision les dialectes indiens) et transposition plastique des splendides paysages de l'ouest américain, Cooper utilise la variété des éléments naturels (la pluie, le vent, le soleil, la chaleur, l'obscurité) pour sonder les âmes au travers des corps meurtris jusque dans leur chair. Les silences se font grave. L'œil humide de Blocker brille dans la nuit noire. Rosalie invoque sa foi religieuse. Le vieux guerrier cheyenne est aussi un grand-père qui entend transmettre à son petit-fils le sens d'une vie. Malgré une baisse de rythme et quelques passages à vide, *Hostiles* demeure une mise en scène réussie de la violence des rapports humains et de la force rédemptrice de l'amour, du respect et de la tolérance. **Fabrice Montebello**



Wes Studi et Christian Bale en ennemis jurés

Trier wird marxistisch

STIL

Anina Valle Thiele

Am 5. Mai ist es endlich soweit: der Geburtstag „des bedeutendsten Denkers des 19. Jahrhunderts“ jährt sich zum 200. Mal. Die große Karl-Marx-Ausstellung wird dann feierlich eröffnet. Mit dabei zahlreiche Kommunisten: Jean-Claude Juncker *himself*, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, der Oberbürgermeister der Stadt Trier, Wolfram Leibe (SPD) und Dr. Stephan Ackermann, Bischof im Bistum Trier, sowie Kurt Beck, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung. Denn ob in Trier oder Luxemburg (siehe etwa die Karl-Marx-Lesung im Kasemattentheater am



Karl Marx als Mützenmodell

5. Mai) stehen die sozialdemokratischen Liebhaber in der ersten Reihe, wenn es darum geht, den Autor der Kritik des Gothaer Programms zu feiern.

Trier hat nicht viele „große Söhne“, das Andenken seines geliebt-gehassten einstigen Bürgers soll also für das Stadtmarketing so gut es geht genutzt werden. In der Fußgängerzone locken nicht nur Souvenirshops mit Marx-Büsten und Devotionalien aller Art. Auch Ampelmännchen – wie es sie bald in jeder deutschen Stadt von irgendetwas gibt – mit dem Konterfei von Genosse

Karl blinken vor sich hin. Hinter dem Museum Simeonstift an der Porta Negra steht jetzt die noch verhüllte, sechs Meter hohe Statue aus China. Da jährlich 150 000 chinesische Touristen den Weg nach Trier fänden und es in Zukunft noch viel mehr werden könnten, war selbst der Trierer Baudezernent Andreas Ludwig (CDU) bei der Abstimmung für die Schenkung zu haben. Trier wolle im Jubiläumsjahr 2018 mit der ganzen Welt in eine Diskussion treten – auch mit den chinesischen Besuchern, hieß es. Unter dem Titel *Wir sind Marx* sind seit dem 10. April zudem rund 30-Personen-Porträts von Menschen mit dem Familiennamen „Marx“ aus Trier und Umgebung in der Trierer Fußgängerzone zu sehen. Der solide Name eines Weltbürgers!

Partizipatives Entertainment ist den Ausstellungsmachern wichtig. So zog bereits letzten Sommer und Herbst ein „Marx-Container“ durch die Städte Saarbrücken, Metz und Luxemburg (Rotunden). In dem Container, konnten Passanten ihre Gedanken zu Marx loswerden und in ein Mikrofon sprechen. – Ein Ort der heimlichen Beichte für die letzten Marxisten oder ein Container zur Entsorgung kommunistischen Gedankenguts?

„Nie zuvor gab es eine so umfassende Auseinandersetzung mit dem Leben, Werk und Wirken des bedeutenden Denkers und Philosophen“, liest man ganz unbescheiden in der Vorankündigung zur großen Ausstellungsschau im Rheinischen Landes- und im Stadtmuseum. Sie verspricht, Einblicke in Marx' wichtigste Schriften zu gewähren, will zeigen, was an den Ideen des herausragenden Analytikers seiner Zeit bis heute aktuell ist, und natürlich den „Menschen Marx und seine Familie“ präsentieren. „Wer war Karl Marx? Ein Revolutionär, Gelehrter, Romantiker, Philosoph oder Journalist?“, fragen die Ausstellungsmacher. Auf jeden Fall offenbar: ein großer Deutscher! „Im Jahr 2003 landete Karl Marx bei der TV-Ranking-Show „Die größten Deutschen“ auf dem dritten Platz, vor ihm nur Adenauer und Luther!“ liest man in der Pressemappe.



Marx-Schokolade gibt es in den Varianten Vollmilch, Zartbitter und Weiß

In der Ausstellung wird jedoch darauf hingewiesen, dass er – im Visier der preußischen Polizei – Ende 1845 seine preußische Staatsbürgerschaft aufgab und bis zu seinem Lebensende Staatenloser blieb ... „Über Paris ging er nach London, das zu seinem Aufenthaltsort bis zum Lebensende wurde. Dort entwickelte sich Marx nicht nur zum Universalgelehrten, sondern auch zum aufmerksamen Beobachter des Weltgeschehens“, entnimmt man der Pressemappe, in der zugleich das Bild von Marx als armem Schlucker bemüht wird,



Der Marx-Container

der Zeit seines Lebens auf Beihilfen von Freunden angewiesen war und insbesondere Friedrich Engels am Rockzipfel hing.

Getreu dem Sendung-mit-der-Maus-Prinzip (Wieso? Weshalb? Warum?) soll in der Schau deutlich werden, welche Rolle Trier, Paris und London im Leben von Marx spielten und wer oder was den jungen Denker geprägt hat ... Persönliche Zeitdokumente von Marx und zeichnen „so ein lebendiges Bild des Menschen hinter der Ikone“. Damit reihe sich die große Schau ein in die Tradition der großen Einzel-Ausstellungen berühmter Herrscher, wie „Konstantin, der Große“ (2007) und „Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann“ (2016).

Flüchtlingsgeschichten sind in der heutigen Zeit en vogue, deshalb ist eine wichtige Etappe der Ausstellung (s)einem Leben auf der Flucht gewidmet. Vielleicht ist dies ja der Weg, sich politisch zu geben, ohne über Kapitalismus, Warenfetisch und Klassenkampf sprechen zu müssen ... Da Karl Marx schon 1849 mit Ehefrau Jenny nach London fliehen musste, wird sein Lebensweg eingebettet in ein epochales Ereignis: die Flucht Tausender im 19. Jahrhundert. „Es war mit die unangenehmste Epoche in unserem Flüchtlingsleben“, wird Ehefrau Jenny Marx' zitiert.

Ein bisschen wird sich Marx Lebensweg in der Trierer Ausstellung wohl wie der eines Überlebenskünstlers aus der Spätromantik lesen, erinnert sein Parcours an Joseph von Eichendorffs *Aus dem Leben eines Taugenichts*: „K.M. war es schon früh gewohnt, seine Zelte abzubauen und an einem anderen Ort neu anzufangen. (...) Mit Beginn seines politischen Engagements begann jedoch Karl Marx' Odyssee (...) Sein Weg führte ihn nach Brüssel, wo er Anfang 1848 gemeinsam mit Friedrich Engels das *Manifest der Kommunistischen Partei* schrieb ... Ein philosophisch universalgebildeter Bohemien („mit einem entspannten Verhältnis zu Alkohol“ (*Radio 100,7*) aus dem kleinen Trier, der weit herumgekommen ist. Viel Diskussionsstoff also auch für die chinesischen Gäste – Trier, let's make it happen!

Die Ausstellung *Karl Marx 1818 – 1883. Leben. Werk. Zeit.* Rheinland-pfälzische Landesausstellung wird am 5. Mai eröffnet und ist bis 21. Oktober 2018 in Trier zu sehen.



L'événement

Ça ne durera qu'un seul jour, il faudra donc en profiter. Anne-Marie Herckes, depuis des années dans le top de nos créatrices préférées, ouvre exceptionnellement ce samedi 21 avril les portes de son atelier au 26 de la rue Michel Rodange pour une vente pop up **entre amies**. Car hormis ses magnifiques broches (photo : Anne-Marie Herckes), bijoux et accessoires qu'elle est désormais invitée à présenter dans les salons les plus prestigieux de villes et capitales européennes, la talentueuse artiste a invité deux amies de longue date à exposer leurs propres articles. À savoir Valérie Conrot, alias *denicheuse.com*, qui chine et vend en ligne des objets, cadeaux, accessoires insolites et ludiques, ainsi que Laure Faber, la responsable de *woolinspires.com*, dont les bonnets, châles, couvertures et autres accessoires tricotés font un tabac, fussent-ils en laine, soie, mohair, coton, alpaga, ou même en fibres métalliques. Cette dernière dirige aussi des cours et ateliers de tricot au Clubhaus am Brill de Mamer, au Kulturhaus Niederanven ou en individuel sur demande, et cela aussi bien pour adultes que pour enfants. Quant à la vente *pop up* de ce samedi, elle se déroulera de 11 à 18 heures. GD



L'endroit

On ne change pas une équipe qui gagne. Raison pour laquelle Tanja de Jaeger s'est de nouveau associée à son complice principal Mario Comparetto, avec l'aide précieuse duquel elle a fait du Dipso un des *wine bars* les plus courus du pays. Nouveau dans la société est Mickey Hardt, *top model* et acteur, que les deux autres connaissent depuis longtemps, car bien avant sa carrière médiatique, le jeune homme aux fossettes séduisantes nous servait déjà des bières en terrasse du Bar Code de Patrick Bernimont à Hollerich, autre pilier du Dipso. Ensemble, la *dream team* vient de créer **Katchi, the beef club**, restau bien situé à un angle de la Place Guillaume, à côté du Colisée. Comme son nom l'indique, ce lieu sera un endroit de rencontres pour les amateurs de viandes saignantes, choisies avec soin chez les meilleurs fournisseurs de bœuf, avant que celles-ci n'atterrissent dans un four South Bend capable de saisir la viande jusqu'à 800 degrés. Ce qui la rend bien croustillante autour et la laisse hyper-juteuse à l'intérieur. Pour avoir testé la bavette, je ne pourrai que chaudement la conseiller. Accompagnements à choisir en supplément. L'intérieur est *cozy* et volontairement plongé dans la pénombre, avec des murs noirs mais égayés par un papier peint à fleurs d'un côté et un beau panneau peint signé Laura Da Silva de l'autre (photo : GD). Des vins luxembourgeois ou signés Chapoutier, voire Bernard Magrez feront le plaisir des amateurs de bons nectars. GD



L'événement

La *Journée mondiale du livre et du droit d'auteur* a lieu comme tous les ans le 23 avril. Cela tombe cette année sur un lundi, journée peu recommandable pour des festivités de quel genre que ce soit. Edmond Donnersbach, dont la librairie Alinéa semble s'être remise de ses soucis passagers grâce à l'appui de quelques fervents lecteurs engagés et prêts à mettre la main au portefeuille, a décidé de reporter le tout au samedi 28. Une série d'auteurs on été invités à venir dialoguer, lire et trinquer avec leurs lecteurs, à l'occasion d'un **apéritif littéraire** qui aura lieu, un verre de bulles à la main, entre 11 et 14 heures. Lors de cette journée dédiée aux libraires indépendants, à part le crémant, une rose traditionnelle sera offerte aux visiteurs, ainsi que la belle publication *L'homme livre* (photo : Alinéa). Précisons que la date de cette journée mondiale a été choisie à l'origine par l'Unesco parce qu'un 23 avril disparaissaient des écrivains comme Shakespeare ou Cervantes, tandis que le même jour marque la naissance de Pascal Quignard ou de Vladimir Nabokov. L'idée de cette célébration vient de Catalogne, où est aussi née la tradition de remettre une rose aux lecteurs. Le titre de *Capitale mondiale du livre*, accordé chaque année par l'Unesco à une ville en reconnaissance des programmes municipaux pour promouvoir la lecture, revient cette année à Athènes. GD

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzeburger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

